



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Vorurteile und Stereotype in der Außenpolitik
Österreich-Ungarns gegenüber den Balkanstaaten
zwischen 1885 und 1918

verfasst von

Mag. Lukas Grossberger

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 190 313 333

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Lehramtsstudium UF Geschichte, Sozialkunde und Politische
Bildung, UF Deutsch

Betreut von:

a.o. Univ.-Prof. Dr. Alojz Ivanišević

Gewidmet meinen Eltern
Anna und Franz Grossberger

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	Seite 6
2. Vorurteil und Stereotyp – eine semantische Analyse	Seite 8
3. Der Balkan – eine geographische Standortbestimmung	Seite 12
4. Der Balkan und die Vorurteile – ein historischer Abriss	Seite 16
5. Die Außenpolitik Österreich-Ungarns während und nach dem Wiener Kongress	Seite 21
6. Die Parteinahme der Habsburgermonarchie im Serbisch-Bulgarischen Krieg von 1885 und dessen Folgen	Seite 35
7. Die Habsburgermonarchie und die bosnische Annexionskrise von 1908	Seite 51
8. Pulverfass Balkan? Der Erste und der Zweite Balkankrieg	Seite 72
9. <i>Serbien muss sterbien!</i> Die Julikrise und der Weg in den Ersten Weltkrieg	Seite 86
10. Zusammenfassung und Resümee	Seite 111
11. Literaturverzeichnis	Seite 115
12. Abstract	Seite 120
13. Lebenslauf	Seite 121

Vorurteile und Stereotype in der Außenpolitik Österreich-Ungarns gegenüber den Balkanstaaten zwischen 1885 und 1918

1. Einleitung

Die vorliegende Arbeit setzt sich mit der Wahrnehmung der Balkanstaaten durch die politischen Kräfte der Österreichisch-ungarischen Monarchie auseinander. Dabei sollen vor allem die gegenüber dem Balkan vorherrschenden Stereotype und Vorurteile einer ausgiebigen Betrachtung unterzogen werden. Ziel der Arbeit ist es somit in erster Linie herauszuarbeiten, ob, beziehungsweise inwiefern, Vorurteile und Stereotype in der österreichisch-ungarischen Außenpolitik gegenüber dem Balkanraum nachzuweisen sind. Des Weiteren soll im Falle einer positiven Beantwortung dieser Forschungsfrage dargestellt werden, welche Vorurteile beziehungsweise welche Stereotype vorherrschend sind und mit dem Balkanraum verbunden werden. Zusätzlich stellt sich die Frage, ob in der Wahrnehmung der Balkanstaaten durch die Monarchie länderspezifische Differenzierungen erkennbar sind. Wird das vor dem Ersten Weltkrieg mit Österreich-Ungarn verfeindete Serbien etwa anders eingeschätzt als der spätere Bündnispartner Bulgarien? Zum Abschluss muss freilich auch analysiert werden, welche Konsequenzen sich für die Habsburgermonarchie aus den vorherrschenden Stereotypen und Vorurteilen ergaben. Hier steht in erster Linie die Frage im Raum, ob die Außenpolitik Österreich-Ungarns durch die Wahrnehmung der Balkanstaaten konkrete Beeinflussungen erfahren hat.

Betreffend Aufbau und Strukturierung der vorliegenden Arbeit gilt es festzuhalten, dass zu Beginn eine Hinführung zur Thematik erfolgt. Auf den ersten Seiten werden in erster Linie germanistische sowie geographische Themenfelder abgedeckt. Besondere Bedeutung kommt dabei der semantischen Analyse zu, welche die Begriffe des Vorurteils beziehungsweise des Stereotyps näher definieren soll. Hierbei geht es vor allem darum, eine klare Abgrenzung der beiden Termini vorzunehmen und deren Bedeutungsunterschiede festzuhalten. Im anschließenden Kapitel wird daraufhin der Balkan als geographischer Raum vorgestellt. Ausgehend vom Balkangebirge soll an dieser Stelle exakt definiert werden, welche Staaten und Regionen heute zum Balkanraum gezählt werden beziehungsweise welche Abgrenzungen und Überschneidungen zu Bezeichnungen wie etwa dem Termini Südosteuropa vorherrschend sind.

In einem weiteren Kapitel geht die vorliegende Arbeit schließlich auf die historischen Dimensionen der Vorurteile und Stereotype gegenüber den Balkanvölkern ein. Ziel dieses Teils der Arbeit ist es, einen geschichtlichen Verlauf über die Entwicklung der Vorurteile und Stereotype gegenüber dem Balkan wiedergeben zu können. In erster Linie soll an dieser Stelle die historische Entstehung und Herausbildung der Ressentiments erforscht werden, zudem wird dieser Teil der Arbeit auch auf die Frage Bezug nehmen, welche Faktoren dabei eine zentrale Rolle eingenommen haben. Danach werden die außenpolitischen Strukturen und Stoßrichtungen der Habsburgermonarchie durchleuchtet. Dieses Kapitel soll vor allem die Frage beantworten, welche politische Bedeutung der Balkanraum beziehungsweise auch einzelne Staaten dieser Region für Österreich-Ungarn einnahmen. Ausgehend vom 1878 stattfindenden Berliner Kongress sollen deshalb die Intentionen und Bestrebungen der Monarchie in Bezug auf die Balkanstaaten dargestellt werden.

Der Hauptteil der Diplomarbeit nähert sich schließlich vier konkreten Krisen- und Konfliktsituationen auf dem Balkan an. Die ausgewählten politischen Herausforderungen sollen in Bezug auf Vorurteile und Stereotype von Seiten der Österreichisch-ungarischen Monarchie her untersucht werden. Bei den vier Krisen- beziehungsweise Konfliktsituationen handelt es sich jeweils um Ereignisse welche zwischen 1885 und 1918 stattgefunden haben. Als erstes Beispiel thematisiert die Arbeit den Serbisch-Bulgarischen Krieg von 1885. Österreich-Ungarn war an diesem Konflikt nicht direkt beteiligt, eine starke politische Involvierung kann jedoch nachgewiesen werden, weshalb dieser militärischen Auseinandersetzung innerhalb der Monarchie durchaus eine große Bedeutung zukam. Das zweite Beispiel setzt sich näher mit der bosnischen Annexionskrise des Jahres 1908 auseinander. Dieser Konflikt verdient eine eingehende Betrachtung zumal er von der Donaumonarchie selbst ausgelöst worden ist und die gesamte europäische Diplomatie über Wochen hinweg beschäftigte. Besonderes Interesse in Bezug auf die Annexionskrise gilt zudem der Frage ob sich die Vorurteile und Stereotype der österreichisch-ungarischen Außenpolitik gegenüber Bosnien und der Herzegowina beziehungsweise gegenüber Serbien unterschieden haben.

Das dritte Konfliktbeispiel widmet sich eingehend dem Ersten sowie dem Zweiten Balkankrieg. In beiden gewaltsamen Auseinandersetzungen spielte die Österreichisch-ungarische Monarchie eine passive Rolle, die diplomatischen Einmischungen dürfen jedoch

keineswegs unterschätzt werden. Das vierte und abschließende Beispiel geht schließlich auf den Ersten Weltkrieg näher ein. Die unterschiedlichen Bündniskonstellationen, das von Geringschätzung gekennzeichnete Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Serbien sowie die propagandistischen Maßnahmen der Monarchie innerhalb der eigenen Bevölkerung lassen eine Bearbeitung des als Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts bezeichneten Krieges als aussichtsreich erscheinen. Im Raum steht dabei in erster Linie die Frage, ob die Vorurteile und Stereotype der österreichisch-ungarischen Diplomaten gegenüber Serbien besonders groß gewesen beziehungsweise besonders zum Vorschein getreten sind. In einer abschließenden Zusammenfassung werden die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit ausgewertet und umfassend präsentiert.

2. Vorurteil und Stereotyp – eine semantische Analyse

Der Vorurteilsbegriff muss vor allem, in Bezug zur lateinischen Sprache gesehen, unter stark differenzierten Gesichtspunkten betrachtet werden. Das lateinische Substantiv „*praejudicium*“ bezieht sich auf etwas, das vorausgeht. Es wird damit ein Urteil angesprochen, welches auf vorangegangenen Entscheidungen basiert. Der Begriff Vorurteil kann somit durchaus als wertneutral bezeichnet werden. Selbiges gilt für den deutschen Terminus. Der in der deutschen Sprache verwendete Begriff wurde erstmals im 16. Jahrhundert in Rechtstexten erwähnt, welche aus Baden-Württemberg stammten. Als Vorurteil verstand man zu dieser Zeit eine Entscheidung eines Richters, welche bereits vor einem endgültigen Urteil getroffen wird.¹ Erst im 17. beziehungsweise im 18. Jahrhundert fand ein semantischer Bedeutungswandel statt, welcher dazu führte, dass der zuvor wertneutrale Begriff des Vorurteils vor allem in der Umgangssprache eine negative Konnotation erhielt.

Der Terminus Vorurteil erhielt eine inhaltliche Dimension welche zum Ausdruck brachte, dass es sich bei dem Urteil um ein vorschnelles und nicht ausreichend begründetes handle. Der Vorurteilsbegriff geriet somit ab dem 18. Jahrhundert in einen Gegensatz mit Termini wie Vernunft oder Wahrheit. Auch heute wird der Begriff des Vorurteils in einem negativen Bedeutungszusammenhang verwendet. Das Wörterbuch der deutschen Sprache erklärt den

¹ vgl. Michael R. Lorenz, „Serbien muss sterben“. Tradierung publizistisch vermittelter Vorurteile. Vergleichende Analyse der Balkan-Berichterstattung österreichischer Tageszeitungen der Jahre 1914 und 1991. Dipl.-Arbeit (Wien 1992). S.11.

Begriff folgendermaßen: „ohne Prüfung der objektiven Tatsachen voreilig gefasste oder übernommene, meist von feindseligen Gefühlen gegen jemanden oder etwas geprägte Meinung“². An dieser Darstellung, vor allem an der Herausstreichung der Tatsache, wonach der Terminus mit feindseligen Gefühlen gegenüber anderen Menschen oder Dingen in Verbindung gebracht wird, ist eindeutig wahrnehmbar, welche negative Ausprägung dem Begriff im Laufe der vergangenen Jahrhunderte widerfahren ist.

In ähnlicher Weise findet auch der Begriff des Stereotyps in der deutschen Sprache Verwendung. Im populären Sprachgebrauch, wie auch in der einschlägigen Fachliteratur, kommt es jedoch häufig zu Überschneidungen, was die Verwendung der Termini Vorurteil und Stereotyp betrifft. Aber selbst unter Sprachexperten ist eine gewisse Willkür bei der Verwendung der Begriffe festzustellen. Teilweise führt der undifferenzierte Gebrauch der Termini Vorurteil und Stereotyp auch zu einer synonymen Verwendung. Aus diesem Umstand heraus erscheint es wenig verwunderlich, dass für den Laien eine Differenzierung dieser beiden Begriffe kaum mehr möglich ist. Selbst im Wörterbuch der deutschen Sprache taucht bei der Erklärung des Begriffs Stereotyp der Terminus Vorurteil auf. Ein Stereotyp wird darin als ein ungerechtfertigtes und verallgemeinerndes Vorurteil beschrieben. Zudem wird angemerkt, dass es sich beim Stereotyp um ein „festes, klischeehaftes Bild“³ handeln würde.

Gleichzeitig hat der Terminus Stereotyp auch eine Bedeutung, welche vor allem im Bereich der Medizin beziehungsweise der Psychiatrie Verwendung findet. In diesen Disziplinen wird das Wort Stereotyp nämlich als ein sprachlicher Ausdruck beziehungsweise als eine vom menschlichen Körper ausgehende Bewegung angesehen. Eine weiterführende Erklärung des Begriffs Stereotyp verweist zudem darauf, dass es sich bei dem Terminus um eine nähere Beschreibung von Gruppierungen oder Menschen handelt, welche sich bildhaft und leicht einprägsam darstellt. Zudem wird ein Sachverhalt mithilfe einer stereotypischen Darstellung vereinfacht abgebildet. Der Begriff Stereotyp wird im wissenschaftlichen Bereich vor allem im Kontext der Sozialwissenschaften genutzt. Im Rahmen dieser Arbeitsfelder werden in erster Linie Personen in Kategorien eingeordnet, welchen dieselben Verhaltensmuster beziehungsweise Eigenschaften zugeschrieben werden. Insgesamt existieren jedoch sehr viele

² <http://www.duden.de/rechtschreibung/Vorurteil> (Letzter Zugriff am 17.10.2013).

³ <http://www.duden.de/rechtschreibung/Stereotyp> (18.10.2013).

Definitionen für den Begriff des Stereotyps.⁴ Vergleicht man abschließend die Darstellung der beiden Begriffe Vorurteil und Stereotyp im Wörterbuch der deutschen Sprache, so fällt vor allem auf, dass der Terminus Stereotyp in neutraler Art und Weise Verwendung findet. Während ein Vorurteil meist im Zusammenhang mit feindseligen Gefühlen gebraucht wird, dient ein Stereotyp in stärkerem Maße dazu, eine klischeehafte Ansicht auszudrücken, diese muss jedoch nicht von negativen oder gar entzweierenden Gefühlen geprägt sein.

Aus semantischer Sicht erscheint es freilich auch interessant wie der Begriff Balkan in den unterschiedlichsten Sprachen und Regionen Verwendung findet. In den meisten europäischen Sprachen wird der Balkanbegriff entweder in der Einzahl oder aber in der Mehrzahl gebraucht. Eine Ausnahme bildet jedoch die französische Sprache. Hier heißt es sowohl „le Balkan“ wie auch „les Balkans“. Der Begriff findet demnach sowohl im Singular wie auch im Plural Verwendung.⁵ Semantisch betrachtet, steht der Ausdruck Balkan in der deutschen Sprache sowohl für einen Gebirgszug in Südosteuropa, wie auch für die Balkanhalbinsel.⁶ Im alltäglichen Sprachgebrauch wird im deutschen Sprachraum jedoch in aller Regel letzterer Ausdruck mit dem Begriff Balkan in Verbindung gebracht. Die französische Sprache wiederum nimmt in diesem Bereich eine aufschlussreiche Unterscheidung vor. Während der Terminus „le Balkan“ für den Gebirgszug verwendet wird, dient der Begriff „les Balkans“ als Bezeichnung für die Balkanhalbinsel.

Interessant mutet zudem an, dass der Balkanbegriff in der deutschen Sprache auch in adjektivischen Formen verwendet wird. So dient der Ausdruck etwa zur näheren Bestimmung bei zusammengesetzten Substantiven. Beispiele hierfür wären etwa die Begriffe Balkanländer oder Balkanpakt. Gleichzeitig existiert jedoch auch das Adjektiv balkanisch im deutschen Sprachraum. Dies kann sowohl eine neutrale wie auch eine negative Konnotation aufweisen. In der englischen Sprache verhält es sich ebenso. Auch hier kann das Adjektiv sowohl wertneutral wie auch kompromittierend eingesetzt werden. In der russischen Sprache hingegen „haben sowohl das Substantiv als auch das Adjektiv balkanskii einen ausschließlich neutralen Sinn.“⁷ Auch in der italienischen wie in der französischen Sprache weist die

⁴ vgl. Bernd Six, Stereotype und Vorurteile im Kontext sozialpsychologischer Forschung. In: Günther Blaicher, (Hg.) Studien zu Klischee, Stereotyp und Vorurteil in englischsprachiger Literatur (Tübingen 1987). S.44.

⁵ vgl. Maria Todorova, Die Erfindung des Balkans. Europas bequemes Vorurteil (Darmstadt 1999). S.55.

⁶ vgl. <http://www.duden.de/rechtschreibung/Balkan> (19.10.2013).

⁷ Todorova, Erfindung. S.55.

adjektivische Verwendung des Balkanbegriffs für gewöhnlich keine negative Färbung auf. In beiden Sprachen ist jedoch in seltenen Fällen auch eine kompromittierende Verwendung anzutreffen. In Österreich hingegen wird das Adjektiv balkanisch vielfach in einem negativen Bedeutungszusammenhang verwendet, wenngleich das Wort im alltäglichen Sprachgebrauch selten anzutreffen ist. Das Wörterbuch der deutschen Sprache etwa setzt das Adjektiv balkanisch mit den Begriffen chaotisch, rückständig und korrupt gleich.⁸ Eine ausgesprochen negative Verwendung des Terminus lässt sich alleine aus dieser Darstellung heraus unschwer ableiten.

Interessant ist freilich auch, wie der Balkanbegriff in den Balkanländern zur Anwendung kommt. Ähnlich wie in den übrigen europäischen Staaten variiert der Gebrauch der Bezeichnung auch in der Region selbst sehr stark. In der türkischen Sprache etwa existieren zwei unterschiedliche Bezeichnungen für den Balkan. Ein Terminus steht stellvertretend für die Halbinsel, ein zweiter wird für das Balkangebirge verwendet. Einschränkend muss an dieser Stelle jedoch betont werden, dass letzterer Begriff nur regionale Verwendung findet.⁹ In der türkischen wie auch in der albanischen Sprache wird der Balkanbegriff neutral verwendet und unterliegt keiner negativen Konnotation. In Griechenland, Rumänien und Kroatien kann der Begriff hingegen sowohl neutral wie auch in einer abwertender Art und Weise eingesetzt werden. Bei einer negativen Verwendung des Terminus wird dieser mit Lasten wie Unkultiviertheit, Rückständigkeit und Unordentlichkeit gleichgesetzt.

Besonders aufschlussreich stellt sich die Verwendung des Balkanbegriffs in Bulgarien dar. Für den Terminus Balkan existieren in Bulgarien bemerkenswerterweise drei substantivisch gebrauchte Formen. Das erste, geographisch geprägte, Substantiv bezeichnet in allgemeiner und neutral gehaltener Form das Balkangebirge. Es kommt in der Regel in der Umgangssprache sowie in regional gebrauchten Dialekten zur Anwendung. Daneben existiert ein persönliches Substantiv, welches im Singular ebenfalls die Bergkette benennt, im Plural aber stellvertretend für die Bezeichnung der Balkanhalbinsel eingesetzt wird. Diese Verwendung weist deutliche Parallelen zur französischen Sprache auf, wo der Balkanbegriff ähnlich verwendet wird. Interessant ist, dass der Balkanbegriff in der bulgarischen Sprache sowohl mit einer negativen wie auch mit einer positiven Konnotation eingesetzt werden kann.

⁸ vgl. <http://www.duden.de/rechtschreibung/balkanisch> (19.10.2013).

⁹ vgl. Todorova, Erfindung. S.55.

So weist der Ausdruck „balkandzhiya“ etwa „auf jemanden hin, der ein spezielles Ethos besitzt: Unabhängigkeit, Stolz, Mut“¹⁰ und Ehre werden mit diesem Begriff in Verbindung gebracht.

3. Der Balkan – eine geographische Standortbestimmung

Bereits in vorchristlichen Jahrhunderten bildeten der Verlauf der Donau sowie die in unmittelbarer Nachbarschaft liegenden Gebirgszüge für die aus Griechenland stammenden Gelehrten bedeutende geographische Punkte, auf die sie in ihren Niederschriften Bezug nahmen. Sowohl die im sechsten Jahrhundert vor Christus entstandene Weltkarte des Hekataios sowie die Aufzeichnungen Herodots und Eratosthenes von Kyrene stellen geographische Versuche dar, den Balkan kartografisch zu erfassen.¹¹ Die Eingliederung des Balkanraumes in das Römische Reich zwischen dem ersten Jahrhundert vor sowie dem ersten Jahrhundert nach Christus ließen ein immer exakter werdendes geographisches Bild des Balkans entstehen. „Am Ende der römischen Herrschaft, mit dem Beginn der Völkerwanderungen und dem Zerfall des Imperium Romanum war dieser südöstliche Teil Europas im Großen und Ganzen nicht nur bekannt, sondern auch infrastrukturell gestaltet.“¹² Die römischen Siedlungen sowie deren Verkehrswege, welche als so genannte Römerstraßen bezeichnet werden, prägen den Balkanraum bis hinein in die Gegenwart.

Die erstmalige Erwähnung des Namens Balkan geht schließlich in die Zeit der osmanischen Herrschaft zurück. Bei der Bezeichnung handelt es sich um einen aus dem Türkischen stammenden Begriff, welcher vom Balkangebirge abgeleitet wird. Zum ersten Mal wird der Balkan gegen Ende des 15. Jahrhunderts durch den italienischen Schriftsteller und Humanisten Filippo Buonaccorsi Callimaco genannt. Callimaco, der in Polen Schutz vor der Verfolgung durch Papst Paul II. suchte, avancierte zu einem wichtigen Berater des Polenkönigs. In seiner Funktion als Schriftsteller war er auch „der Autor der Heldengeschichte Wladislaw III. Warnencyks, in der er eine kurze Beschreibung des Haemus hinterließ, das er erblickte als er die osmanische Hauptstadt in diplomatischer Mission besuchte. In seinem Memorandum an Papst Innozenz VIII. aus dem Jahre 1490

¹⁰ Ebd. S.56.

¹¹ vgl. Wolfgang Geier, Südosteuropa-Wahrnehmungen. Reiseberichte, Studien und biographische Skizzen vom 16. bis zum 20. Jahrhundert (Wiesbaden 2006). S.27-38.

¹² Ebd. S.28.

schrieb Callimaco, dass die Einwohner den Namen Balkan für den Berg benutzen.“¹³ Dieser Name breitete sich schließlich schrittweise in ganz Europa aus.

Auch der aus Deutschland stammende Kleriker Salomon Schweigger trug wesentlich zur Bekanntmachung des Balkanbegriffes bei. An der Seite von Stephan Gerlach versuchte Schweigger eine Annäherung zwischen der orthodoxen Kirche und den Anhängern Luthers zu erreichen. Insgesamt lebte er drei Jahre lang in der osmanischen Hauptstadt, ehe er sich nach seiner Rückkehr nach Deutschland um eine Übersetzung des Korans bemühte. Reiseberichte Schweiggers, welche 1608 publiziert wurden enthielten eine exakte Beschreibung des Balkangebirges.¹⁴ Auch war er „der erste Reisende nach Callimaco, der den türkischen Namen des Berges, Balkan, in Umlauf brachte und so die Verbreitung des Namens in der Region dokumentierte.“¹⁵ Unter anderem heißt es in seiner detaillierten Abfassung: „Haemus ist für seine Silberminen bekannt, die er einst hatte, und daher nennen ihn die Italiener den Silberberg. Die Türken nennen ihn Balkan, und die örtliche Bevölkerung nennt ihn in der kroatischen Sprache Comonitza.“¹⁶

Im 16. und 17. Jahrhundert wurden schließlich vermehrt Schriften publiziert, welche, teilweise auf den Reiseberichten Schweiggers aufbauend, den Namen Balkan verwendeten. Die noch aus der Antike stammende Bezeichnung Haemus wurde schließlich ab dem 18. Jahrhundert synonym mit dem Begriff Balkan verwendet. Im Jahr 1808 tauchte der Begriff Balkan, welcher bisher immer nur als Namen für den Berg ausgewählt wurde, erstmals in einem weit größeren Kontext auf. Der aus Deutschland stammende Geograph August Zeune begründete in einer Publikation mit dem Titel „Goea“ den Ausdruck Balkanhalbinsel. Die Begriffe Balkan sowie Balkanhalbinsel waren zu Beginn des 19. Jahrhunderts „vor- oder überwiegend geographische Begriffe, wobei Festlegungen auf die westlichen, östlichen und südlichen Begrenzungen kaum, jene auf die nördlichen jedoch schwierig“¹⁷ und strittig waren. Tatsächlich avancierte der Balkan nicht aufgrund der akribischen Arbeit der Geographen zu einem zentralen Begriff für die Region. „Es war die irrige Annahme, die Balkanberge bildeten

¹³ Todorova, Erfindung. S.43.

¹⁴ vgl. Salomon Schweigger, Ein neue Reyssbeschreibung auss Teutschland nach Constantinopel und Jerusalem (Graz 1964). S.46-47.

¹⁵ Todorova, Erfindung. S.44.

¹⁶ Schweigger, Reyssbeschreibung. S.47.

¹⁷ Geier, Südosteuropa. S.36.

die Nordgrenze der Halbinsel, die Zeune anregte, sie Balkan zu nennen“¹⁸. In der Bevölkerung hatte sich dieser Name freilich bereits viel früher schon herausgebildet. Zeune strebte übrigens danach, einen Begriff einzuführen, welcher analog zu den Bezeichnungen apenninische und pyrenäische Halbinsel verwendet werden konnte.

Zumindest zu Beginn des 19. Jahrhunderts waren die immer weitere Verbreitung findenden Begriffe Balkan und Balkanhalbinsel überwiegend geographische Bezeichnungen. Auch stellte eine Einigung auf die Begrenzungen der Balkanhalbinsel im Westen, im Osten sowie im Süden kein Problem dar. Die Grenzen im Norden waren hingegen ungleich schwieriger zu ziehen, „weil sie sowohl historiographische als auch geo- und machtpolitische „Ladungen“ hatten. Der kleinste gemeinsame Nenner war die geographische Verständigung auf eine nördliche Begrenzung der „Balkanhalbinsel“ etwa durch eine Linie obere Adria, Save bis zur Einmündung in die Donau (Belgrad), Südkarpaten, Donau-Delta.“¹⁹ In der Mitte des 19. Jahrhunderts standen jedoch zahlreiche Begriffe in Konkurrenz zur Bezeichnung Balkanhalbinsel. Bis zum 1878 stattfindenden Berliner Kongress wurden die meisten Benennungen der Region durch die Anwesenheit sowie durch die geopolitische Bedeutung des Osmanischen Reiches beeinflusst. Europäische Türkei, Türkei in Europa, Orientalische Halbinsel sowie Europäische Levante waren Begriffe, welche für die Balkanhalbinsel synonym verwendet wurden. Vor allem die Bezeichnung Europäische Türkei war im 19. Jahrhundert weit verbreitet.

Gleichzeitig existierten auch Begriffe für die Region, welche mit einer starken ethnischen Dimension versehen waren. Griechische Halbinsel oder slawisch-griechische Halbinsel können hierfür als Beispiele hervorgehoben werden. Zudem stellte der Name Balkan selbst innerhalb der Region nicht die am weitesten verbreitete Eigenbezeichnung der Bewohner dar. Die Osmanen etwa nannten die Balkanhalbinsel „Rumeli“, was so viel bedeutet wie Land der Römer. „Dennoch war es zu spät, den Namen völlig über Bord zu werfen. In der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts setzte sich „Balkanhalbinsel“ oder einfach „Balkan“ statt „Europäische Türkei“ durch.“²⁰ Mit der schrittweisen Zurückdrängung des Osmanischen Reiches von der Balkanhalbinsel und der zunehmenden negativen Konnotation, die der

¹⁸ Todorova, Erfindung. S.47.

¹⁹ Geier, Südosteuropa. S.36.

²⁰ Todorova, Erfindung. S.49.

Balkanbegriff im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts erfuhr, tauchten schließlich erneut alternative Bezeichnungen für den Balkanraum, wie etwa Südosteuropa oder südosteuropäische Halbinsel, auf, welche sich teilweise etablieren konnten und neutral besetzt waren.

Obwohl eine exakte geographische Abgrenzung des Balkanraumes auch heute noch schwierig ist und unterschiedliche Auffassungen vorherrschend sind, hat sich dennoch eine Unterscheidung zwischen den Begriffen Balkan und Südosteuropa durchgesetzt. „Während letztere Kategorie weiter gefasst ist und in unterschiedlichen Zusammenhängen auch Slowenien, die Slowakei, Ungarn, die Republik Moldau und Teile der Ukraine umfasst“²¹, wird der Balkan stärker in einem historischen Kontext betrachtet. Die wichtigsten Merkmale des Balkanraumes in Bezug auf seine Geschichte sind in diesem Zusammenhang einerseits das Erbe aus der byzantinisch-orthodoxen Zeit, sowie andererseits die osmanische Herrschaft und deren weitreichende Folgen. Betrachtet man den Balkanraum in diesem Kontext so erscheint eine Grenzziehung im Norden bis an die beiden Meeresströme Save und Donau als sinnvoll. Diese Grenze konsolidierte sich zu Beginn des 18. Jahrhunderts und trennte das von den Osmanen beherrschte Territorium von der Habsburgermonarchie. Ungarn wird demnach nicht dem Balkan, sehr wohl aber Südosteuropa zugeordnet, zumal das Osmanische Reich trotz einer rund 150 Jahre andauernden Herrschaft in diesem Gebiet nahezu keine langfristigen Spuren hinterließ.

Der Balkanraum definiert sich heute vor allem über eine Struktur unterschiedlichster Kriterien. Geographische, historische, kulturelle, politische, ethnische und religiöse Merkmale müssen in unterschiedlichem Umfang berücksichtigt werden. In der jüngeren Geschichtsschreibung werden 13 Länder ganz oder teilweise dem Balkan zugerechnet. Neben Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Griechenland, dem Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro und Serbien werden auch kleine Teile der Türkei und Rumäniens, sowie vereinzelt auch Teile Sloweniens und Italiens dem Balkan zugeordnet. Für die Einbeziehung Rumäniens als Balkanstaat ist vor allem der nördliche Teil der Dobrudscha ausschlaggebend, während die europäischen Teile der Türkei aus geographischen, aber auch

²¹ <http://www.ieg-ego.eu/de/threads/crossroads/grenzregionen/ulf-brunnbauer-der-balkan#Terminologie> (10. 10. 2013).

aus historischen Gesichtspunkten heraus, zum Balkan gezählt werden.²² In Bezug auf Italien ist an dieser Stelle festzuhalten, dass lediglich die Provinz Triest dem Balkan zugeordnet wird. Die Zugehörigkeit unterschiedlichster Länder zum Balkan ist jedoch unter Historikern und Geographen noch immer umstritten. So werden in einzelnen Publikationen sogar Moldawien beziehungsweise Ungarn dem Balkan zugeschrieben. In Bezug auf Ungarn ist dies freilich auch darauf zurückzuführen, dass die Begriffe Balkanhalbinsel und Südosteuropa vereinzelt synonym verwendet werden.²³

4. Der Balkan und die Vorurteile – Ein historischer Abriss

„Der Balkan ist ein im Alltäglichen oft sprichwörtlich gebrauchter, geographisch nicht immer genau abgegrenzter Teil des europäischen Kontinents, mit dem bis heute von vielen gewisse, oft nicht sehr schmeichelhafte Klischees und Vorstellungen wie Rückständigkeit, Schmutzigkeit, andauernde und besonders blutige Kriege oder auch Bandenunwesen assoziiert werden.“²⁴ Diese höchst negativen Zuschreibungen über die Balkanregion sind teilweise bereits viele Jahrhunderte lang allgegenwärtig. Ihren Nährboden bezogen sie beispielsweise aus Kriegsgräueln und Massakern, welche bereits im 11. Jahrhundert nach Christus nachgewiesen wurden. Der byzantinische Kaiser Basileios II. ließ zum Beispiel nach einem Sieg 14 000 bulgarischen Kriegsgefangenen die Augen ausstechen, ehe er ihnen die Freiheit schenkte. In der bulgarischen Heimat verfehlten die bestialischen Grausamkeiten ihre Wirkung nicht: „Der letzte Westbulgarische Zar brach beim Anblick seiner verstümmelten Krieger zusammen, mit ihm der letzte Widerstand des Westbulgarischen Reichs“²⁵. Historisch betrachtet gehört das Ausstechen der Augen des Gegners zu einer weit verbreiteten Terrormethode auf dem Balkan, welche auch in den Kriegen des 20. Jahrhunderts noch zur Anwendung kam.

Lange bevor sich der Balkanbegriff etablierte wurde die Region jedoch bereits mit negativen Zuschreibungen assoziiert. Im 16. und 17. Jahrhundert etwa prägte vor allem die Angst vor dem Aufstieg des Osmanischen Reiches die Wahrnehmung des Balkanraumes. Das

²² vgl. Geier, Südosteuropa. S.36.

²³ vgl. Todorova, Erfindung. S.52.

²⁴ Andreas Rathberger, Der Blick auf den Balkan. Klischees, Ängste und Wunschvorstellungen über den Balkan in der Öffentlichkeit der Habsburgermonarchie 1848-1914. Dipl.-Arbeit (Wien 2007). S.1.

²⁵ Imanuel Geiss, Der Balkan als historische Konfliktregion. In: Jürgen Elvert, (Hg.) Der Balkan. Eine europäische Krisenregion in Geschichte und Gegenwart (Stuttgart 1997). S.25.

Osmanische Reich wurde vor allem im englischsprachigen Raum mit Begriffen wie „Tyrannei, Willkürlichkeit, Erpressungen, Sklaverei, Piraterie, brutalen Bestrafungen und christlichen Martyrien“²⁶ in Verbindung gebracht. In Österreich-Ungarn spielten diese Wahrnehmungen in Hinblick auf die jahrhundertelange „Erbfeindschaft“ zum Osmanischen Reich eine besonders gewichtige Rolle. Zudem passte die Vorstellung eines rückständigen Balkanraumes ideal in die von einer patriotischen Geschichtsschreibung, welche die eigene Überlegenheit gegenüber anderen Völkern proklamierte, gekennzeichneten Selbstwahrnehmung der Bewohner der Habsburgermonarchie.

„Nichts Besseres weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei, Wenn hinten, weit, in der Türkei, Die Völker aufeinander schlagen. Man steht am Fenster, trinkt sein Gläschen aus Und sieht den Fluß hinab die bunten Schiffe gleiten; Dann kehrt man abends froh nach Haus, Und segnet Fried und Friedenszeiten.“²⁷ Mit diesen Worten lässt Johann Wolfgang von Goethe einen Bürger in „Faust I“ auftreten, welcher die Kämpfe des von 1787 bis 1792 andauernden russisch-österreichischen Türkenkrieges beschreibt. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war die Türkengefahr für die Habsburgermonarchie, welche Jahrhunderte lang die Geschichte des Reiches beeinflusst hatte, freilich längst gebannt. Der in der Vergangenheit gefürchtete Gegner konnte nun mit gänzlich anderen Augen betrachtet werden. Einerseits sorgten die Nachwirkungen der Aufklärung für ein zunehmendes Interesse an den Völkern sowie an der Geschichte des Balkanraumes, andererseits trat jedoch auch zusehends die Erkenntnis ins Bewusstsein der europäischen Bevölkerung, sehr wenige gesicherte Informationen über diese Region zu besitzen.²⁸

Der österreichisch-ungarische Naturforscher Felix Phillip Kanitz bemängelte etwa in seinen Reiseberichten über den Balkanraum, welche im Jahr 1864 in Wien erschienen, dass das Wissen über die reich bevölkerten Balkanstaaten erschreckend gering sei. Kanitz wagte sogar einen drastischen Vergleich, indem er in seinen Schriften festhielt, dass der Balkan auf den Karten der Habsburgermonarchie nicht wesentlich besser oder umfangreicher dargestellt werden würde wie die Nilquellen, welche erst in den letzten Jahren entdeckt worden waren.²⁹ Die ausführliche Darstellung des Balkanraumes auf Karten der Monarchie war Kanitz ein

²⁶ Todorova, Erfindung. S.134.

²⁷ Johann Wolfgang Goethe, Faust. Der Tragödie erster Teil (Wien 2003). S.42.

²⁸ vgl. Geier, Südosteuropa. S.89.

²⁹ vgl. Rathberger, Blick. S.5.

besonderes Anliegen, zumal er diese Region und dabei insbesondere Bulgarien nahezu zwei Jahrzehnte lang bereiste. Die auf seinen Reisen gewonnenen wissenschaftlichen Erkenntnisse stellte Kanitz schließlich einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung. Sein einzigartiges Werk stellte „eine der umfangreichsten Sozial- und Kulturgeschichten der Bulgaren und Bulgariens“³⁰ dar.

Auch in der österreichisch-ungarischen Presse traten große Wissenslücken zu Tage, was Fragen über den Balkanraum betraf. Der Pester Lloyd, eine der bedeutendsten Zeitungen der transleithanischen Reichshälfte, hatte jedenfalls keine Skrupel, vorhandene Bildungslücken über den Balkan durch weit verbreitete Stereotype und Vorurteile zu ersetzen. Mit dieser Strategie befand sich das Blatt, welches eine der größten deutschsprachigen Tageszeitungen Ungarns darstellte, in guter Gesellschaft. „Tatsächlich dürfte mangelndes Detailwissen über den Balkan und die dortigen „Wirren“ von einem Gutteil der Leserschaft [...] jedenfalls kaum als peinliche Bildungslücke empfunden worden sein. Gemäß einiger der populärsten und am langfristigen wirksamen Vorstellungen „wusste“ man ja ohnehin, dass es sich beim Balkan um eine abgelegene, rückständige, alles in allem recht unangenehme und nicht besonders wichtige Weltgegend handle.“³¹ Das eigene Unwissen über den Balkanraum wurde deshalb von einem Großteil der europäischen Bevölkerung als wenig besorgniserregend eingestuft.

Tatsächlich wurde der Balkanraum Jahrhunderte lang mit Begriffen wie Rückständigkeit, Unordnung und Verfall assoziiert. Der bereits erwähnte Naturforscher Kanitz beklagte sich beispielsweise im Rahmen seiner Reiseberichte über die schiefwinkligen Mauern einer osmanisch geprägten Stadt auf dem Balkan. „Bei einem Besuch Venedigs hätte Kanitz schiefwinklige Mauern und enge Gässchen vielleicht als etwas Reizvolles wahrgenommen. Auf dem Balkan war dergleichen für ihn eindeutig etwas Negatives“³² und Nichteuropäisches, das er in abwertender Art und Weise in seinen Darlegungen abqualifizierte. Auch in anderen Reiseberichten dieser Zeit und sogar in renommierten Reiseführern des 19. und 20. Jahrhunderts werden der Balkanraum und im Besonderen auch dessen Bewohner, welche vielfach als rückständig, altmodisch bekleidet und ungepflegt charakterisiert werden, in herablassender Art und Weise beschrieben.

³⁰ Geier, Südosteuropa. S.188.

³¹ Rathberger, Blick. S.7.

³² Ebd. S.8.

Wie unpräzise und kontrastreich die Zuschreibungen gegenüber den Balkanvölkern jedoch waren, zeigt sich besonders deutlich bei der Darstellung ihrer militärischen Fähigkeiten. Einerseits wurden die Soldaten der Balkanländer als feige und militärisch unfähig abgestempelt.³³ Andererseits schürten viele Autoren des 19. und 20. Jahrhunderts jedoch die Angst vor den Balkanvölkern, indem sie die Bewohner als wilde und furchtlose Barbaren darstellten, welche sich in Todesverachtung auf ihre Feinde stürzen würden. Alleine an diesem Beispiel kann veranschaulicht werden, wie multiperspektivisch und belastet sich die Ansicht auf den Balkanraum darstellte. Eine vorurteilsfreie Betrachtung der Balkanländer war auch zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch nahezu unmöglich, zumal sich die Vorurteile und Stereotype gegenüber diesem historischen Raum über Generationen hindurch ins Gedächtnis der Menschen eingebrannt hatten.³⁴

Besonders eindrucksvoll kann die unterschiedliche Sichtweise auf den Balkan mit Blick auf den Ersten Weltkrieg und hierbei auf das Kriegsjahr 1914 dargestellt werden. Das von der österreichisch-ungarischen Propaganda zum Feindbild aufgebaute Serbien wurde innerhalb von nur wenigen Wochen in der Presse unter völlig differenzierenden Gesichtspunkten betrachtet. Die serbischen Soldaten etwa wurden einerseits in Berichten als tapfere Soldaten gelobt, welche ihre Stellungen mit Respekt einflößendem Kampfgeist verteidigen würden. Andererseits äußerte sich die Presse jedoch über die heimtückische Kampfweise der serbischen Armee abschätzig und bezeichnete die Vorgangsweise des Feindes als hinterlistig. Die Bildung und Ausbildung der serbischen Offiziere wurde etwa als äußerst gering dargestellt, während das Aussehen der Soldaten als armselig und verwahrlost wiedergegeben wurde. Gleichzeitig bezeichneten die Medien die gegnerischen Soldaten sogar als Fremde, welche von der Führung zum Kampf gezwungen wurden. In anderen Ausgaben heißt es jedoch wieder: Wir „haben in der serbischen Armee einen überaus hartnäckigen, tüchtigen, gut geführten und mit größter Tapferkeit kämpfenden Gegner“³⁵. Die Unterschiede in der Darstellungsweise könnten somit größer kaum sein.

³³ vgl. Lorenz, Serbien. S.103.

³⁴ vgl. Gerhard Grimm, Das „Balkan-Bild“ des „Brockhaus“ im 19. Jahrhundert. In: Elvert, (Hg.) Balkan (Stuttgart 1997). S.60.

³⁵ Lorenz, Serbien. S.103.

Tatsächlich werden nicht ausschließlich negative Zuschreibungen mit dem Balkanraum in Verbindung gebracht. Vielfach existieren etwa romantisch aufgeladene Reiseberichte, welche über die exotisch anmutende Andersartigkeit des Balkanraumes schwärmen. „Diese sind teils ambivalent zwischen Amüsement und Herablassung angesiedelt; teilweise findet man aber auch regelrecht überschäumende Begeisterung für die Tapferkeit, Wildheit und Ursprünglichkeit der Bevölkerung der Halbinsel.“³⁶ Nicht immer wurde der von vielen Einwohnern Österreich-Ungarns als rückständig und schmutzig wahrgenommene Balkanraum in negativer Art und Weise beschrieben. Häufige Erwähnung finden etwa die traditionellen Kleidungsstücke der Balkanbewohner, welche in zahlreichen Berichten als auffallend farbenfroh und malerisch geschildert werden. Auch wurde die Schönheit der Landschaft sowie der Natur vielfach als Bemerkenswert hervorgehoben.

Bei einigen Berichten über den Balkan schwingen freilich auch Verweise auf orientalische Einflüsse mit. Nicht selten bezeichneten westliche Reisende die Region auch als Europäischen Orient. „Was praktisch alle Beschreibungen des Balkans als zentrale Eigenschaft anzubieten hatten, war ihr Übergangstatus. Der Westen und der Orient werden normalerweise als unvereinbare Einheiten dargestellt, Gegenwelten, aber vervollständigte Gegenwelten.“³⁷ Demnach hat der Balkanraum für viele Reisende die Funktion einer Brücke übernommen. Er stellte einen Übergangsraum zwischen Europa und Asien dar. Auch wurde vielfach die von Besuchern als uneuropäisch wahrgenommene Verhaltens- und Lebensweise der Bewohner des Balkans dadurch erklärt, dass es sich beim Balkan um einen durch die osmanische Herrschaft zutiefst orientalisch geprägten Raum handeln würde. Die Zuordnung des Balkans zum Orientalismus stellte jedenfalls in Publikationen westlicher Reisender eher die Regel als die Ausnahme dar.

Auch die positiven Tugenden der Einwohner des Balkans werden in zahlreichen Schriften lobend hervorgehoben. So lobten Reiseführer beispielsweise den Anstand und Stolz der montenegrinischen Männer, welche jederzeit bereit wären zur Waffe zu greifen, um ihre Heimat sowie ihre Sitten und Gebräuche zu verteidigen. Ähnliches wird auch über die als wild und kriegerisch beschriebenen Bosniaken geäußert, wobei vor allem die Bewunderung für ihren Anspruch, ein freies und autonom agierendes Volk sein zu wollen, in den Berichten

³⁶ Rathberger, Blick. S.16.

³⁷ Todorova, Erfindung. S.34.

deutlich zum Ausdruck kommt.³⁸ Besonders positiv äußerten sich westliche Medien auch vielfach über die Leistungen der Balkanvölker in militärischen Konflikten. Zwar wurden die Soldaten der Balkanstaaten auch als feige und träge beschrieben, zur Überhöhung der eigenen militärischen Leistungen oder aber um ausbleibende Erfolge vor der eigenen Bevölkerung rechtfertigen zu können, griffen die Medien der Habsburgermonarchie jedoch gerne auf das Bild des kriegerischen und wilden Balkanbewohners zurück, welcher nicht weichen wolle und seine Stellungen tapfer und unerschrocken verteidige.

So begegneten die österreichisch-ungarischen Medien dem Beginn des Ersten Weltkriegs etwa mit einer Welle von Beschimpfungen gegen das als hinterhältig und meuchelmörderisch beschriebene Serbien, die Kriegsleistungen des Balkanstaates nötigten der Presse aber bald darauf bereits großen Respekt ab. Die „Serben leisteten hier sehr tapferen Widerstand und verteidigten einzelne Stellungen geradezu bis zum letzten Mann“³⁹ ist etwa über die mangelnden Erfolge der österreichisch-ungarischen Armee im Herbst 1914 zu lesen. Aber auch den anderen Balkanvölkern wurde häufig ein gewisses Talent in der Kriegsführung unterstellt. 1875 mutmaßte die Neue Freie Presse sogar, dass ein Aufstand der albanischen Bevölkerung aufgrund ihrer Tapferkeit und Unerschrockenheit geradezu den Niedergang des Osmanischen Reiches nach sich ziehen würde.⁴⁰ Tatsächlich begegnete man einem Vorurteil sowie einem, das Gegenteil behauptenden, Stereotyp in den Medien immer wieder: Die stereotypische Darstellung beschwor die Tapferkeit und die kriegerische Art der Balkanvölker. Es lobte ihre Zähigkeit und Ausdauer im Kampf. Das Vorurteil hingegen tat die Einwohner des Balkanraumes als unorganisierte Schwächlinge ab, welche träge und feige wären und gegen eine reguläre Armee keine Chance hätten.

5. Die Außenpolitik Österreich-Ungarns während und nach dem Berliner Kongress

Der von 13. Juni 1878 bis 13. Juli 1878 abgehaltene Berliner Kongress war ein Treffen der einflussreichsten europäischen Großmächte sowie des Osmanischen Reiches. Ziel des Kongresses war es, eine neue Friedensordnung für den Balkanraum zu schaffen und die politischen wie militärischen Konflikte der Jahre 1875 bis 1878 auf friedliche Art und Weise

³⁸ vgl. Rathberger, Blick. S.21.

³⁹ Lorenz, Serbien. S.103.

⁴⁰ vgl. <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=nfp&datum=18750811&seite=13&zoom=33> (10.02.2014).

beizulegen. Die lange Ereigniskette, welche zum Berliner Kongress geführt hatte, soll an dieser Stelle nur in wenigen Worten abgehandelt werden: Den Ausgangspunkt bildete eine Krise des Osmanischen Reiches, welche sich bereits gegen Ende des 18. Jahrhunderts deutlich abzeichnete.⁴¹ Mit den 1875 beginnenden Aufständen in Bosnien und in der Herzegowina steuerte die Orientalische Krise auf einen Höhepunkt zu. Auch ließen Erhebungen in Makedonien und Bulgarien nicht lange auf sich warten. Am 30. Juni 1876 eröffneten Montenegro und Serbien schließlich die Kampfhandlungen gegen die Türkei. Keine zwei Monate später war die serbische Armee allerdings geschlagen und das Fürstentum musste um Waffenstillstand bitten.

Unter dem Deckmantel, osmanischen Grausamkeiten an den orthodoxen Christen auf dem Balkan entgegenzutreten zu müssen, erklärte Russland schließlich am 24. April 1877 dem Osmanischen Reich den Krieg. Gegen Ende der Kampfhandlungen, am 3. März 1878, standen die russischen Truppen etwa 60 Kilometer vor der Hauptstadt des Osmanischen Reiches und hatten nahezu den gesamten Balkanraum unter ihre Kontrolle gebracht. Der russische Machtzuwachs, welcher im Frieden von San Stefano bestätigt wurde, brachte das Zarenreich mit England sowie mit Österreich-Ungarn in Konflikt, zumal die beiden Länder auf dem Balkanraum eigene Interessen verfolgten.⁴² Während Großbritannien seine Flotte mobilisierte, begann die Regierung in Wien damit, Kriegskredite aufzunehmen und ihre Truppen an der russischen Grenze in Alarmbereitschaft zu setzen. Die Balkankrise drohte sich somit zu einer gesamteuropäischen Krise auszuweiten.

Da sich Österreich-Ungarn für einen militärischen Konflikt jedoch nicht gut genug gerüstet sah, drängte Außenminister Gyula Andrassy schließlich in Richtung einer diplomatischen Lösung. Sein russischer Amtskollege Alexander Gortschakow nahm diesen Vorschlag auf und schlug letztlich die Hauptstadt des Deutschen Reiches als Verhandlungsort vor. „Deutschlands Reichskanzler Otto von Bismarck erkannte in dieser Situation die Gelegenheit zu einer weiteren Demonstration der Führungsposition Preußens in Deutschland und seiner Machtstellung in Europa. Er bot sich als Vermittler für die verletzten Interessen der

⁴¹ vgl. Imanuel Geiss, Der Berliner Kongreß – Eine historische Retrospektive. In: Ralph Melville, Hans-Jürgen Schröder, (Hg.) Der Berliner Kongress von 1878. Die Politik der Grossmächte und die Probleme der Modernisierung in Südosteuropa in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (Wiesbaden 1982). S.32-33.

⁴² vgl. Emil Palotás, Machtpolitik und Wirtschaftsinteressen. Der Balkan und Rußland in der österreichisch-ungarischen Außenpolitik 1878 – 1895 (Budapest 1995). S.20.

europäischen Großmächte an und lud im Juli 1878 zum Berliner Kongress.“⁴³ Vorteilhaft für Bismarck war freilich, dass das Deutsche Reich im Gegensatz zu den übrigen Großmächten keine eigenen politischen Interessen auf dem Balkan verfolgte. Österreich-Ungarn befand sich hingegen in einer gänzlich anderen Situation, zumal der Balkan nach den militärischen Niederlagen von 1859 und 1866 das letzte noch verbliebene Einflussgebiet der Monarchie darstellte.

„Die österreichisch-ungarische Delegation reiste mit dem Ziel nach Berlin, den alten und kategorischen Wunsch Franz Josephs und der Militärkreise zu erfüllen: die Einverleibung Bosniens und der Herzegowina mit internationaler Genehmigung.“⁴⁴ Die von der Habsburgermonarchie und Großbritannien eingenommene Haltung, welche den Positionen des russischen Zarenreiches vor allem in der Frage der Behandlung Bulgariens diametral entgegenstand, brachte schließlich ernsthafte Konflikte mit sich. Letztlich führte der Kongress nicht nur in der bulgarischen Frage zu einer empfindlichen russischen Niederlage. Einerseits gelang es dem Zaren nicht, die europäischen Mächte von der Errichtung eines unter russischem Schutz stehenden Großfürstentums Bulgariens zu überzeugen, andererseits wurde er zudem dazu gezwungen, auf den überwiegenden Großteil der in San Stefano erworbenen Gebiete zu verzichten. Noch schwerer wog freilich, dass Russlands direkte Gegenspieler auf dem Balkan, Großbritannien und Österreich-Ungarn ihren Einfluss beziehungsweise ihren Machtbereich in der Region ausdehnen konnten.

Letztendlich fühlte sich Russland „um die Früchte seines Sieges über die Türkei betrogen. Zwar ging es nicht leer aus im Länderschacher: Es bekam Teile Bessarabiens, die es nach dem Krimkrieg 1856 verloren hatte, zurück, dazu einige Gebiete in der asiatischen Türkei. Doch statt des russischen Satellitenstaates Großbulgarien wurde ein autonomes, dem türkischen Sultan weiterhin tributpflichtiges Fürstentum Bulgarien geschaffen.“⁴⁵ Dem wichtigsten Ziel Russlands, nämlich der Inbesitznahme der Meerengen, war das Zarenreich keinen Schritt näher gekommen. Österreich-Ungarn hingegen erhielt auf dem Berliner Kongress die Legitimation zur Besetzung Bosniens sowie der Herzegowina. England bekam

⁴³ Helga Berdan, Die Machtpolitik Österreich-Ungarns und der Eisenbahnbau in Bosnien-Herzegowina 1872 – 1914. Dipl.-Arbeit (Wien 2008). S.28.

⁴⁴ Palotás, Machtpolitik. S.24.

⁴⁵ Volker Ullrich, Die nervöse Grossmacht. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs 1871 – 1918 (Frankfurt am Main 1997). S.87.

zudem die Insel Zypern, die von besonderer strategischer Bedeutung war, zugesprochen. Die Zukunft Bosniens wurde freilich bereits zum Teil vor dem Berliner Kongress entschieden. Vor Beginn der Versammlung war jedenfalls klar, dass die Provinz nicht im Besitz des Osmanischen Reiches bleiben würde.

Österreich-Ungarn arbeitete unter der Führung von Außenminister Andrassy deshalb von Beginn des Kongresses an energisch darauf hin, eine Annexion Bosniens für die Habsburgermonarchie zu ermöglichen. Am 25. Juni 1878 schien Andrassy sein Ziel zumindest teilweise erreicht zu haben. An diesem Tag teilte er dem Ballhausplatz schließlich mit, dass „die führenden Staatsmänner Europas bereit seien, die von ihm ausgearbeitete Plattform anzunehmen: Der Kongreß werde Österreich-Ungarn bevollmächtigen, sowohl Bosnien und die Herzegowina als auch den umstrittenen Sandschak zu besetzen und zu verwalten.“⁴⁶ Von einer Annexion im völkerrechtlichen Sinne hatte die Monarchie letztlich jedoch Abstand genommen. Andrassy zeigte sich jedoch überzeugt davon, dass eine Annexion der besetzten Gebiete lediglich eine Frage der Zeit sein werde. Positiv bewertete Andrassy auch das Entgegenkommen Russlands. Das Zarenreich gab dem Außenminister auf dem Kongress zu verstehen, dass es sich einer späteren und damit endgültigen Annexion Bosniens sowie des Sandschaks von Novi Pazar nicht widersetzen werde.

Letztlich leistete vor allem das Osmanische Reich Widerstand gegen die Gebietsansprüche Österreich-Ungarns. Der Sultan konnte den Großteil seiner Forderungen allerdings nicht durchsetzen und war letztlich auch in der Frage, was mit Bosnien und der Herzegowina sowie mit dem Sandschak geschehen solle, zum Nachgeben gezwungen. Immerhin gelang es den Diplomaten des Osmanischen Reiches Außenminister Andrassy eine Erklärung abzutrotzen, wonach die Besetzung der Österreich-Ungarn zugesprochenen Gebiete nur provisorisch sei und lediglich vorübergehenden Charakter besitze.⁴⁷ Auch wenn die von Andrassy abgegebene Erklärung nicht in den ausformulierten Vertrag, welcher den Berliner Kongress abschloss, aufgenommen wurde, so kann das Zugeständnis des österreichisch-ungarischen Außenministers dennoch als Manko angesehen werden, zumal die Verhandlungsposition des Osmanischen Reiches auf dem Kongress bedingt durch die vorangegangenen Aufstände

⁴⁶ Palotás, Machtpolitik. S.25.

⁴⁷ vgl. Berdan, Machtpolitik. S.30.

sowie durch die militärische Niederlage gegen Russland als außerordentlich geschwächt bezeichnet werden muss.

Am Morgen des 29. Juli 1878 und somit zwei Wochen nach Beendigung des Berliner Kongresses begannen österreichisch-ungarische Truppen mit der Okkupation Bosniens und der Herzegowina. Die Bevölkerung der Monarchie sah in der Besetzung der beiden Provinzen eine historische Kulturmission Österreich-Ungarns, die das Ziel verfolgte, die europäische Zivilisation auf den Balkan zu bringen. Bosnien wie auch die Herzegowina wurden innerhalb der Habsburgermonarchie weitgehend als halbbarbarische Länder angesehen, deren wirtschaftliches und kulturelles Fortkommen einzig und alleine vom Wohlwollen der Monarchie abhängig war. „Die Vorstellung, die Monarchie erfülle mit der Kolonisation des Balkans eine edle Aufgabe, verband damals offenbar wirklich fast alle politischen Lager Österreich-Ungarns.“⁴⁸ Auf dem Ballhausplatz nützte man freilich das in der Bevölkerung verankerte Klischee von den rückständigen Barbaren auf dem Balkan aus, um eine möglichst breite Legitimation für das Eingreifen in Bosnien und der Herzegowina zu gewinnen.

Die Okkupation Bosniens und der Herzegowina weckte jedoch auch die Begehrlichkeiten anderer Staaten nach Teilen des Balkans. Wie komplex sich die Situation darstellte und welch schlechtes Image der Balkan in den übrigen Teilen Europas genoss, zeigte hingegen eine Aussage des italienischen Diplomaten und ehemaligen Präsidenten der Abgeordnetenkammer Francesco Crispi. Auf die Aufforderung Bismarcks, Italien solle sich an Albanien schadlos halten, wenn Österreich-Ungarn Bosnien besetzte, entgegnete der Italiener, dass er nicht wisse, „was wir damit anfangen sollten.“⁴⁹ Für Crispi, der selbst aus Albanien stammte, waren irredentistische Forderungen nach anderen österreichisch-ungarischen Provinzen, wie etwa Südtirol und Trient, von ungleich höherer Bedeutung. Diskussionen über die Okkupation Albaniens dienten hingegen lediglich der Aufrechterhaltung einer positiven Stimmung der italienischen Bevölkerung.

Zu Beginn der österreichisch-ungarischen Okkupation der beiden Provinzen setzte die Heeresführung lediglich geringe Kräfte ein. Mit starkem militärischem Widerstand wurde

⁴⁸ Rathberger, Blick. S.27.

⁴⁹ Moana Faleschini, Die diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Italien vor dem Ersten Weltkrieg, unter besonderer Berücksichtigung ihrer Balkanpolitik und der Gründung des Staates Albanien. Dipl.-Arbeit (Wien 1999). S.31.

seitens der Monarchie jedenfalls nicht gerechnet. Dieser stellte sich jedoch rasch ein. „Die Niederschlagung des sich immer weiter ausdehnenden Aufstandes hatte – allen optimistischen Prognosen zum Trotz – einen drei Monate dauernden schweren Kampf und den Tod von 4000 Soldaten zur Folge und kostete über 100 Millionen Gulden. In den Augen der Zeitgenossen war dies ein entsetzlich hoher Preis.“⁵⁰ Die Bevölkerung konnte schlichtweg nicht nachvollziehen, warum der Erwerb der beiden stets abgewerteten und als rückständig angesehenen Provinzen für die österreichisch-ungarische Außenpolitik eine derart zentrale Stellung einnahm. Immerhin erreichte die Monarchie mit dem Okkupationsfeldzug ein bedeutendes außenpolitisches Ziel und Kaiser Franz Joseph konnte seinen Herrschaftsbereich nach den politischen und vor allem militärischen Niederlagen der vergangenen Jahrzehnte endlich ausdehnen. Dennoch rief die Okkupation der Provinzen Bosnien und Herzegowina innerhalb der Monarchie großes Unbehagen hervor. Vor allem die Mehrheit der Deutschösterreicher und der Ungarn bangten um ihren eigenen politischen Einfluss im Vielvölkerstaat. Gleichzeitig stellte das Engagement der Monarchie auf dem Balkan eine nicht zu unterschätzende finanzielle Belastung dar. Auch hierbei spielte das Vorurteil über die Rückständigkeit der Region eine bedeutende Rolle.

Außenpolitisch gesehen verstärkte das Vordringen Österreich-Ungarns auf dem Balkan zudem den Gegensatz zu Russland. Zusätzlich entstanden auch zwischen dem Deutschen Reich und Russland Spannungen, zumal der russische Kaiser Alexander II. den deutschen Reichskanzler Bismarck für das aus seiner Sicht unbefriedigende Ergebnis des Kongresses verantwortlich machte. Weiters führte der Groll des Zarenreichs jedoch auch zu einer Intensivierung der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Habsburgermonarchie. Während Bismarck eine umfassende Allianz einschließlich einer Zollunion mit Österreich-Ungarn anstrebte, verfolgte Andrassy allerdings weit gemäßigte Ziele. „Dessen Gegenvorschlag lief auf den Abschluß eines Defensivbündnisses hinaus, dessen Spitze gegen Rußland gerichtet sein sollte.“⁵¹ Bismarck, der hingegen auf eine Erneuerung des Drei-Kaiser-Bündnisses hinarbeitete, verständigte sich letztlich mit Andrassy und zeigte damit St. Petersburg bewusst die kalte Schulter.

⁵⁰ Palotás, Machtpolitik. S.30.

⁵¹ Ullrich, Grossmacht. S.89.

Schlussendlich gelang es Bismarck im September 1879 auch Kaiser Wilhelm I. von der Notwendigkeit des Bündnisses mit Österreich-Ungarn zu überzeugen. Der deutsche Monarch hätte lieber auf eine Verständigung mit Russland gesetzt, nicht zuletzt aufgrund seiner dynastischen Freundschaft zum Zarenreich. Im Gegensatz zu Kaiser Franz Joseph, welcher sich stets als deutscher Fürst wahrnahm, assoziierte Kaiser Wilhelm mit der Habsburgermonarchie die Gegensätze der 1850er und 1860er Jahre. Unverhohlen geäußerte Rücktrittsdrohungen Bismarcks zwangen den deutschen Monarchen jedoch letztlich zum Einlenken. Am 7. Oktober 1879 wurde der Zweibundvertrag schließlich in Wien unterzeichnet.⁵² Der vorerst nur auf fünf Jahre anberaumte Zweibund stellte ein Novum in der Politik der europäischen Großmächte dar. Zum ersten Mal „war Bismarck [...] eine festere Bindung mit einer anderen Macht eingegangen – eine Bindung, aus der eine Dauerallianz wurde, die erst mit dem Zusammenbruch der beiden Reiche 1918 enden sollte.“⁵³ Die Unterzeichnung des Zweibundvertrages stellte die letzte und gleichzeitig auch eine der bedeutendsten Handlungen des österreichisch-ungarischen Außenministers Andrassy dar. Unmittelbar nach dem Zustandekommen des Zweibundes wurde er in seinem Amt von Heinrich Freiherr von Haymerle abgelöst.

Der neue Außenminister der Doppelmonarchie war sich der durch die Okkupation der Provinzen Bosnien und Herzegowina entstandenen Rivalität mit Russland durchaus bewusst und trachtete daher von Beginn seiner ministerialen Tätigkeiten an, Österreich-Ungarns Position als europäische Großmacht weiter auszubauen und somit eine Bedrohung durch Russland unmöglich zu machen. Der Berliner Kongress hatte zudem eine Wende in der österreichisch-ungarischen Außenpolitik in Bezug zu Russland deutlich gemacht: „Nicht mehr die Freundschaft mit Rußland war wichtig, wichtig waren allein die Interessen der Monarchie, für die die Militärs gegebenenfalls bereit waren, trotz aller Risiken einen Krieg mit dem Zarenreich zu beginnen.“⁵⁴ Innere Krisen des Zarenreiches führten letztlich jedoch ab 1879 zu einer raschen Annäherung Russlands an das Deutsche Reich. Bismarck erkannte die Chance einer langfristigen Verständigung mit dem östlichen Nachbarn und drängte Österreich-Ungarn deshalb zu einer Erneuerung des Dreikaiserbündnisses.

⁵² vgl. Palotás, Machtpolitik. S.70.

⁵³ Ullrich, Grossmacht. S.89-90.

⁵⁴ Franz-Josef Kos, Die Politik Österreich-Ungarns während der Orientkrise 1874/1875 – 1879. Zum Verhältnis von politischer und militärischer Führung (Köln / Wien 1984). S.430.

Von einer langfristigen Verständigung mit Russland wollte man auf dem Ballhausplatz jedoch vorerst nichts hören. Außenminister Haymerle sowie sein weiterhin mit großem Einfluss ausgestatteter Vorgänger Andrassy sahen einer Zusammenarbeit mit Russland skeptisch entgegen. „Erst Bismarcks Drohung mit einer deutsch-russischen Separatverständigung brachte sie zum Einlenken. Der am 18. Juni 1881 geschlossene Dreikaiservertrag verpflichtete die Vertragspartner zu wohlwollender Neutralität, falls einer von ihnen in einen Krieg mit einer vierten Macht verwickelt würde. [...] Außerdem kamen die Dreikaisermächte überein, ihre Interessen auf dem Balkan abzustimmen.“⁵⁵ Der zunächst für drei Jahre anberaumte Dreikaiserbund verminderte die Gefahr für das Deutsche Reich in einen Zweifrontenkrieg mit Frankreich und Russland verwickelt zu werden deutlich. Für Österreich-Ungarn hingegen brachte das Defensivbündnis aufgrund der weiterhin bestehenden Gegensätze mit Russland auf dem Balkan zunächst kaum erkennbare Vorteile.

Ein weiterer Baustein im europäischen Bündnissystem entstand schließlich am 20. Mai 1882 durch Italiens Anschluss an den Zweibund. Die Voraussetzung für den Beitritt Italiens wurde letztlich durch die französische Besetzung von Tunis geschaffen, welche für die Regierung in Rom einen empfindlichen Rückschlag ihrer eigenen Expansionswünsche auf dem afrikanischen Kontinent bedeutete. Mit Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich gewann Italien durch den Beitritt zum Zweibund zwei Bündnispartner, deren Wahrnehmung in Rom größer hätte nicht sein können: „Eine Verbindung mit dem Deutschen Reich war innenpolitisch unproblematisch und außenpolitisch für Italien sehr vorteilhaft; es gab keine Reibungsflächen, aber gemeinsame potentielle Gegner, besonders natürlich Frankreich. Beim Ausgleich mit Österreich-Ungarn waren innenpolitisch aber größere Hürden zu nehmen.“⁵⁶ Vor allem war Italien dazu gezwungen, seine Ansprüche auf Südtirol und Triest vorübergehend fallen zu lassen.

Ähnlich dem Zweibund stellte auch der Dreibund ein Defensivbündnis dar. Im Falle eines französischen Angriffs auf Italien sicherten das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn seinem Bündnispartner militärische Unterstützung zu. Umgekehrt erklärte sich Italien im Falle eines Angriffs von Frankreich dazu bereit, Deutschland Unterstützung zu leisten.

⁵⁵ Ullrich, Grossmacht. S.90.

⁵⁶ Holger Afflerbach, Der Dreibund. Europäische Großmacht- und Allianzpolitik vor dem Ersten Weltkrieg (Wien / Köln / Weimar 2002). S.53.

Österreich-Ungarn wiederum wurde für einen Krieg mit Russland wohlwollende Neutralität zugesagt.⁵⁷ Für die italienische Diplomatie stellte der Dreibundvertrag einen unumstrittenen Verhandlungserfolg dar, für Österreich-Ungarn hingegen kann der Vorteil beziehungsweise Nutzen, den man aus dem Dreibund zog, hingegen unterschiedlich bewertet werden. Einerseits gelang es der Donaumonarchie, sich im Falle eines Krieges mit Russland, den Rücken freizuhalten und eine italienische Neutralität zu erreichen. Andererseits muss jedoch festgehalten werden, dass die Verpflichtungen Österreich-Ungarns wesentlich weitreichender waren als jene von Italien, zumal sich das Habsburgerreich im Falle eines französischen Angriffs auf seinen Dreibundpartner aktiv am Krieg beteiligen musste, während Italien bei einem Krieg der Monarchie mit Russland lediglich zur Neutralität verpflichtet wurde.⁵⁸

In Bezug auf den Balkan zeichnete sich die österreichisch-ungarische Politik nach dem Berliner Kongress vor allem durch die, von vielen Rückschlägen begleitete, Annäherung an Rumänien sowie durch den Abschluss eines weitreichenden Handelsvertrages mit Serbien aus. Obwohl der österreichisch-ungarische Außenminister Gustav Graf Kálnoky, welcher den am 10. Oktober 1881 unerwartet an einem Herzinfarkt verstorbenen Haymerle ersetzte, von den Balkanstaaten ein äußerst negatives Bild hatte, gelangen ihm gerade dort unbestreitbare diplomatische Erfolge. Bereits als Botschafter in St. Petersburg hatte Kálnoky stets gefordert, der Ballhausplatz möge seine Interessen auf dem Balkan mit äußerstem Nachdruck vertreten: „In jenen Ländern leckt man nur die Hand, welche schlägt, oder von der man fürchtet, geschlagen zu werden“⁵⁹, lautete seine Devise in Hinblick auf die Behandlung der von ihm abschätzig als Halbbarbaren bezeichneten Balkanvölker.

Die Erfolge in Bezug auf die guten Beziehungen zu Serbien waren indes weniger der österreichisch-ungarischen Diplomatie sondern dem ausgesprochen austrophil agierenden serbischen Fürsten Milan aus dem Hause Obrenović geschuldet. „Milan war ein sonderbarer Mensch und ein noch sonderbarer Monarch. Er war politisch wie menschlich unausgeglichen, unendlich launenhaft, häufig zynisch und immer extrem egoistisch. Sein Land verachtete er wegen dessen Rückständigkeit und sehnte sich nach dem Westen, der ihm

⁵⁷ vgl. Palotás, Machtpolitik. S.140.

⁵⁸ vgl. Afflerbach, Dreibund. S.88-92.

⁵⁹ Walter Rauscher, Zwischen Berlin und St. Petersburg. Die österreichisch-ungarische Außenpolitik unter Gustav Graf Kálnoky 1881 – 1895 (Wien / Köln / Weimar 1993). S.30.

Zerstreuung und Genüsse bieten sollte“⁶⁰, stellte Palotás in seinen Darlegungen fest. Milans Amtsverständnis war zudem von einer nahezu maßlosen Österreichfreundlichkeit geprägt. Vielfach betrieb er eine Politik, welche dem Wohle seines Landes nicht entsprach. Der serbische Fürst, welcher sich regelmäßig in Wien aufhielt, zeichnete sich zudem durch Amtsmüdigkeit aus. Regelmäßig spekulierte Milan mit dem Gedanken, seinem Thron zu entsagen.

Die österreichisch-ungarischen Diplomaten kalkultierten mit der austrophilen Grundhaltung Milans, als sie im Sommer 1880 einen politischen Konflikt vom Zaun brachen, um Serbien wirtschaftspolitisch enger an die Monarchie zu binden. Tatsächlich gelang im Juni 1881 die Unterzeichnung eines bilateralen Handelsvertrages inklusive einer Geheimkonvention, welche für beide Staaten wirtschaftliche und politische Vorteile mit sich brachte. Österreich-Ungarn erkannte schließlich auch als erste europäische Macht die am 6. März 1882 erfolgte Ernennung Milans zum König von Serbien an. „Freilich hatte Wien dabei auf Milan eingewirkt, statt den für das Habsburgerreich untragbaren Titel eines „Königs der Serben“ den eines „Königs von Serbien“ zu wählen.“⁶¹ Doch nicht nur in formellen Fragen trat der Einfluss der Monarchie auf Serbien deutlich zu Tage. So bewahrte die österreichische Länderbank etwa die serbische Finanzwelt vor einem Zusammenbruch, indem sie nach der Insolvenz des französischen Bankinstituts Union Générale maßgeblich an der Konvertierung der serbischen Staatsanleihe mitwirkte.

Während König Milan den immer stärker werdenden Einfluss der Habsburgermonarchie in Serbien mit Wohlwollen registrierte, war hingegen in Teilen der serbischen Bevölkerung eine antiösterreichische Stimmung stark verankert, wenngleich an dieser Stelle angemerkt werden muss, dass ein Großteil der Bewohner Serbiens gar nicht wusste, wo Österreich-Ungarn überhaupt lag und welche politische Rolle es spielte. Die nationalistische serbische Presse erhob etwa in regelmäßigen Abständen Ansprüche auf die von der Monarchie okkupierten Provinzen Bosnien und Herzegowina. Dies sorgte auf dem Ballhausplatz naturgemäß für Verstimmungen. Außenminister Kálmoky empfand die serbischen Begierden nach den neu erworbenen Gebieten der Monarchie zudem als unakzeptablen und feindseligen Akt. Die

⁶⁰ Palotás, Machtpolitik. S.210.

⁶¹ Rauscher. S.55.

Haltung der politischen und intellektuellen Eliten Serbiens wertete er als Undankbarkeit.⁶² Wie eklatant sich die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und dem von König Milan angeführten Serbien innerhalb von wenigen Jahren vertieft hatten, wurde jedoch im Laufe der Bauernaufstände deutlich, welche die Herrschaft des serbischen Monarchen bedrohten. Ende 1883 informierte Außenminister Kálnoky jedenfalls vorsorglich die Regierung in Berlin, dass Österreich-Ungarn in Serbien einmarschieren werde, sollte es zum gewaltsamen Sturz Milans kommen.

Ob die Monarchie diesen Schritt der Eskalation letztlich tatsächlich gewagt hätte bleibt zweifelhaft. Die zur Schau gestellte Entschlossenheit Österreich-Ungarns muss jedoch als bemerkenswert eingeordnet werden. In Hinblick auf militärische Abenteuer darf allerdings auch die Einstellung des serbischen Königs als wenig zurückhaltend eingestuft werden. Neben der Tatsache, dass der Monarch Ansprüche auf Mazedonien erhob, wurde seine Herrschaft vor allem durch eine explizite antirussische Haltung geprägt. Mehrmals äußerte Milan etwa, dass er einen von ihm als unvermeidbar angesehenen Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Russland befürworten würde. Ein Sieg der österreichischen Truppen würde seine Regentschaft erheblich erleichtern, mutmaßte der serbische Monarch. Kálnoky versuchte freilich Milan mit deutlichen Worten in die Schranken zu weisen. Vor allem dem Expansionsstreben des serbischen Königs begegnete der österreichisch-ungarische Außenminister vehement: „Oberstes Ziel Österreichs sei die Erhaltung des Status quo, und die Aufgabe der Staatsmänner auf dem Balkan bestehe darin, für einen ungeahnten Aufschwung in ihren Ländern zu sorgen; es lohne sich nicht, über die ferne Zukunft Mutmaßungen anzustellen“⁶³, lautete die Devise Kálnokys. Gleichzeitig führte er Milan auch deutlich vor Augen, dass dieser sich keine Hoffnungen auf einen Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Russland machen brauche.

Während Serbien nach dem Berliner Kongress in ein starkes Abhängigkeitsverhältnis zu Österreich-Ungarn geriet und sogar als „ein österreichischer Satellitenstaat“⁶⁴ bezeichnet werden kann, waren die Beziehungen zu Rumänien nach 1878 teilweise durch empfindliche Rückschläge gekennzeichnet. Vor allem die Regelung der Donauschifffahrt stellte einen

⁶² vgl. Ebd. S.55-57.

⁶³ Palotás, Machtpolitik. S.214.

⁶⁴ Afflerbach, Dreibund. S.184.

ständigen Streitpunkt zwischen der Habsburgermonarchie und dem nach seinen im Jahr 1878 errungenen Erfolgen gegen das Osmanische Reich sehr selbstbewusst auftretenden Balkanstaat dar.⁶⁵ Für Österreich-Ungarn war die Frage nach der Vorherrschaft auf der Donau freilich eng verknüpft mit seiner wirtschafts- und handelspolitischen Vormachtstellung auf dem Balkan. In diesem Zusammenhang wirkte sich die Politik der rumänischen Regierung unter dem Vorsitz des liberalen Ministerpräsidenten Ion Constantin Bratianu, welcher sein Land in einer äquidistanten Position zwischen Russland und Österreich-Ungarn platzierte, keineswegs positiv auf die Bestrebungen der Habsburgermonarchie aus.

Letztlich fühlte sich die Doppelmonarchie von Rumänien nicht nur in der Frage der Donauschifffahrt brüskiert. Vor allem großrumänische Tendenzen, die von der Presse des Balkanstaates gefördert wurden und die sich gegen die Souveränität Ungarns richteten, stießen in der Monarchie auf empörte Ablehnung. Nach dem Parlamentsbeschluss vom 26. März 1881, welcher die Proklamation eines Königreichs Rumänien zum Inhalt hatte und die europäischen Mächte vor vollendete Tatsachen stellte, war zudem eine merkliche Steigerung der Attacken gegen das Königreich Ungarn wahrnehmbar. Dies führte naturgemäß zu weiteren Spannungen mit Österreich-Ungarn.⁶⁶ Selbst der rumänische König Carol ließ sich schließlich zu provokanten Aussagen in Richtung der Habsburgermonarchie hinreißen. Im November 1881 drohte er Österreich-Ungarn etwa unverhohlen mit einer Sperrung seiner Grenzen für den Viehexport. Die Doppelmonarchie reagierte auf diese Drohung schließlich mit dem Abbruch der persönlichen Beziehungen zur rumänischen Regierung. Erst eine Entschuldigung des rumänischen Ministerpräsidenten am 17. Dezember 1881 glättete die Wogen und verhinderte die Abberufung des Gesandten der österreichisch-ungarischen Regierung aus Bukarest.

Die Stimmung zwischen der Donaumonarchie und dem Balkanstaat blieb jedoch angespannt. Die irredentistischen Agitationen der rumänischen Presse gegen die Einheit Ungarns führten letztlich sogar dazu, dass Außenminister Kálmoky Rumänien offen mit Krieg drohte. Seine Verbitterung über die hochmütige Gebärde der aus seiner Sicht halbbarbarischen Balkanstaaten trat jedenfalls offen zu Tage.⁶⁷ Die im Frühjahr 1883 einberufene Londoner

⁶⁵ vgl. Rauscher, Berlin. S.58.

⁶⁶ vgl. Ebd. 58-59.

⁶⁷ vgl. Rathberger, Blick. S.29.

Konferenz zur Klärung der Donauschifffahrt brachte einen weiteren negativen Höhepunkt in den Beziehungen der beiden Staaten mit sich. Rumänien durfte der Konferenz nämlich lediglich in beratender Funktion beiwohnen. Das Zusammenwirken der europäischen Großmächte führte letztlich zu einer für Rumänien und Bulgarien nachteiligen Lösung. „Rumänien verlieh seiner Unzufriedenheit am lautesten Ausdruck. In Bukarest fühlte man sich in den heiligsten Rechten gekränkt und geschmälert. Die Empörung in der Presse kannte keine Grenzen.“⁶⁸

Mitte Juni 1883 folgte schließlich die nächste Provokation Rumäniens. Im Rahmen eines Festbankettes wurde der rumänische Herrscher Carol als König der Rumänen anstelle eines Königs von Rumänien titulierte. Die Brüskierung der ungarischen Reichshälfte der Monarchie war offensichtlich. Auf eine halbherzige Distanzierung durch die rumänische Regierung reagierte der österreichisch-ungarische Außenminister Kálnoky schließlich mit unverhohlenen Drohungen und deutlichen Worten. Ultimativ forderte er zudem eine Entschuldigung von der Regierung in Bukarest.⁶⁹ Die drohenden Worte des Ministers brachten letztlich die rumänische Regierung zum Einlenken. Bukarest verurteilte die Agitationen gegen das Königreich Ungarn und die Regierung verlieh ihrem Wunsch nach einem freundschaftlichen Verhältnis zur Donaumonarchie Ausdruck. Bei dem Versuch die Wogen zwischen Rumänien und der Habsburgermonarchie langfristig und nachhaltig zu glätten, war letztlich aber der mäßigende Einfluss des Deutschen Reiches ausschlaggebend.

Im Sommer 1883 veranlasste der deutsche Reichskanzler Bismarck ein Schreiben durch Kaiser Wilhelm, in dem er seine enge Verbundenheit mit der Doppelmonarchie gegenüber dem Vater des rumänischen Herrschers zum Ausdruck brachte. Ein Staatsbesuch Carols in Berlin und Wien im August 1883 trug schließlich ebenfalls zu einem ungleich besseren Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien bei. Gleichzeitig fanden im Rahmen der Besuche auch einschlägige Verhandlungen statt, welche zum Ziel hatten, das Bündnis zwischen der Doppelmonarchie und dem Deutschen Reich um Rumänien zu erweitern. Anfang September 1883 erschien der rumänische Ministerpräsident in Wien, um die Erweiterung des Zweibundes um Rumänien eingehend zu besprechen. Die strittige Frage der Donauschifffahrt wurde freilich nicht zum Verhandlungsgegenstand erklärt, zumal dies ein

⁶⁸ Palotás, Machtpolitik. S.204-205.

⁶⁹ vgl. Rauscher, Berlin. S.61-62.

politisches Übereinkommen unmöglich gemacht hätte.⁷⁰ Die rumänische Regierung weigerte sich erfolgreich, die Bestimmungen des Londoner Vertrages zu ratifizieren, was dazu führte, dass die wirtschaftlichen Bestrebungen der Habsburgermonarchie auf dem Balkan einen empfindlichen Dämpfer erhielten.

Ein Vertrag zwischen dem Deutschen Reich der Habsburgermonarchie und Rumänien konnte dennoch am 30. Oktober 1883 unterzeichnet werden. Das Bündnis, welches „um den Anschluß Rumäniens an die Zweibundmächte ergänzt wurde, bildete den Schlußstein in einem mehrschichtig angelegten Bündnissystem, das gleichermaßen der deutschen Sicherheit wie dem europäischen Frieden dienen sollte.“⁷¹ In dem auf fünf Jahre ausgerichteten Vertrag garantierten die unterzeichneten Mächte einander gegenseitigen Beistand für den Fall eines russischen Angriffs. Das Abkommen selbst unterlag strengster Geheimhaltung. In Rumänien wussten nicht einmal alle Regierungsmitglieder von seiner Existenz. Auch gab sich Außenminister Kálnoky keiner Illusionen, die Beziehungen zu Rumänien betreffend hin. „Vielmehr war er sich darüber im klaren, daß die rumänische Führung zum einen die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit Österreich-Ungarn eingesehen hatte und zum anderen das Bündnis vor allem durch den deutschen Beitritt und die familiären Bande zwischen Carol und den Hohenzollern zustandegekommen war. Tatsächlich gestaltete sich das Verhältnis des Habsburgerreiches zu Rumänien auch weiterhin enervierend.“⁷²

Ähnlich schwierig wie die Beziehungen zu Rumänien stellte sich auch das Verhältnis der Habsburgermonarchie zu Bulgarien dar. Dies lag in erster Linie an dem nach Unabhängigkeit von Russland drängenden Herrscher Bulgariens, Alexander von Battenberg. Dieser war auf Drängen seines Neffen, des russischen Zaren, 1879 zum Fürsten von Bulgarien ernannt worden. Allerdings zeigte er „wenig Neigung, die ihm zugedachte Rolle eines willfährigen Vasallen russischer Großmachtpolitik zu spielen; vielmehr entwickelt er sich mehr und mehr zum Exponenten eines nach Selbstständigkeit drängenden bulgarischen Nationalismus.“⁷³ Die Gebärden Bulgariens bargen für die Habsburgermonarchie eine Menge Zündstoff, zumal Österreich-Ungarn seit 1881 mit Serbien eng verbunden war. Der serbische Fürst Milan wollte jedoch eine mögliche Expansion Bulgariens nicht ohne Kompensationen für sein Land

⁷⁰ vgl. Palotás, Machtpolitik. S.207-208.

⁷¹ Ullrich, Grossmacht. S.91.

⁷² Rauscher, Berlin. S.64.

⁷³ Ullrich, Grossmacht. S.100.

akzeptieren, was zu einem angespannten Klima der beiden Balkanstaaten entscheidend beitrug und letztlich auch einen zukünftigen Konfliktherd zwischen Österreich-Ungarn und Russland aufat.

6. Die Parteinahme der Habsburgermonarchie im Serbisch-Bulgarischen Krieg von 1885 und dessen Folgen

„Am 18. September 1885 wurde der Generalgouverneur von Ostrumelien Gavril Effendi, durch einen im Wesentlichen unblutig verlaufenden Staatsstreich aus dem Konak in Philippopel abgeführt und über Bulgarien nach Konstantinopel ausgewiesen.“⁷⁴ In weiterer Folge marschierten rumelische Truppenverbände in Richtung Philippopel, woraufhin Alexander von Battenberg zum Herrscher eines somit vereinigten Bulgariens ernannt wurde. „Der spektakuläre Staatsstreich, der auf keinen inneren Widerstand stieß, löste eine tiefe internationale Krise aus, die lang anhielt und von der auch der westliche Teil des Kontinents heimgesucht wurde.“⁷⁵ Die Überraschung für die europäischen Großmächte stellte sich umso größer dar, zumal Russland Battenberg seine Abneigung gegenüber einer Vereinigung von Nord- und Südbulgarien deutlich zum Ausdruck gebracht hatte. Zahlreiche europäische Monarchen gingen im ersten Moment dennoch von einer durch Russland provozierten Aktion Battenbergs aus. Diese Annahme stellte sich in den folgenden Wochen jedoch als wenig begründet heraus.

Auf dem Ballhausplatz wurden die Ereignisse rund um Bulgarien ebenfalls mit Überraschung aufgenommen. Interessant erscheint in diesem Zusammenhang, dass die österreichisch-ungarische Regierung betont sachlich an die Ereignisse herantrat. Noch 1884 hatte Kálmoky darüber geklagt, „was für eine Geduld dazu gehöre, von einer Gruppe von halbbarbarischen Staaten umgeben zu sein, deren hochmütige Auffassung ihrer neuerlangten Selbstständigkeit zu Reiberein Anlaß gäben.“⁷⁶ Von emotionalen Ausbrüchen dieser Art, welche den Balkan eindeutig abwerteten, war der Ballhausplatz im September 1885 jedoch weit entfernt. In einer ersten Reaktion Kaiser Franz Josephs an Außenminister Kálmoky wurde in aller Nüchternheit die Frage nach Kompensationen für Serbien und Rumänien behandelt. Der Monarch wies

⁷⁴ Rauscher, Berlin. S.69.

⁷⁵ Palotás, Machtpolitik. S.236.

⁷⁶ Rathberger, Blick. S.29.

dabei mit Nachdruck auf die Wichtigkeit hin, den Einfluss Österreich-Ungarns in den beiden Balkanstaaten zu erhalten. Auch über die Frage, welche Rolle Russland bei der Vereinigung von Nord- und Südbulgarien gespielt hatte, stellte der Kaiser Mutmaßungen an. Herabwürdigende Meinungen über Bulgarien oder über den Balkanraum insgesamt klangen in den ersten Reaktionen der führenden Köpfe der Monarchie allerdings nicht durch.⁷⁷ Das österreichisch-ungarische Außenministerium erkannte indes rasch, dass der russische Zar Alexander in der bulgarischen Frage ähnlich wie die übrigen europäischen Mächte vor vollendete Tatsachen gestellt wurde.

Serbien zeigte sich indes irritiert über die Mobilmachung der bulgarischen Armee, was auch Österreich-Ungarn in Erklärungsnot brachte. Der Ballhausplatz ließ der Regierung in Belgrad schließlich mitteilen, dass man auf die serbische Freundschaft weiterhin zähle und Serbiens Interessen vehement vertreten werde. Der russische Zar wiederum zeigte sich nicht nur bestürzt sondern gleichzeitig auch zutiefst verärgert über das eigenmächtige Vorgehen Battenbergs. „Rußland war durch die Union genauso überrascht wie die anderen Großmächte. Außenminister Giers empfand die Nachricht als persönliche Beleidigung: Bei ihrem Treffen in Deutschland wenige Wochen zuvor hatte Battenberg kategorisch geäußert, die Union stünde kurz bevor.“⁷⁸ Kaiser Alexander III. reagierte umgehend auf den Alleingang Battenbergs und berief die russischen Offiziere in die Heimat zurück. Battenberg wurde sogar aus der russischen Armee entlassen und der Zar forderte erzürnt die Herstellung des Status quo und somit die Rückgängigmachung der bereits erfolgten Vereinigung.

Die Reaktion Russlands, welche auf eine Entfremdung mit Bulgarien hinwies, löste auf dem Ballhausplatz einerseits sorgenvolle Stunden, andererseits jedoch auch Optimismus in Hinblick auf die zukünftigen Möglichkeiten der Monarchie in Bulgarien aus. Plötzlich änderte sich auch die Einstellung der österreichisch-ungarischen Diplomaten gegenüber dem nach Unabhängigkeit von Russland strebenden Land deutlich. Hatte man die Bulgaren in den Jahren zuvor stets als unzivilisierte Halbbarbaren betrachtet, verkehrten sich die Einschätzungen aufgrund der politischen Wende plötzlich ins Gegenteil. Selbst die österreichisch-ungarische Presse sah sich zu einer auffallend positiven Berichterstattung veranlasst: „Hätte der Bulgare nicht so viel Fleiß, Ehrlichkeit und Genügsamkeit, es wäre

⁷⁷ vgl. Rauscher, Berlin. S.69.

⁷⁸ Palotás, Machtpolitik. S.240.

schon längst lauter Proletariat in Nord- wie in Südbulgarien. [...] Er besitzt noch immer genug Nüchternheit und befindet sich noch in einer materiell günstigen Lage, um für einen geordneten Staat ein brauchbares Material zu bieten. Folglich gehört nur etwas Energie und Klugheit seitens der Regierungsmänner dazu, um aus dem vereinigten Bulgarien einen Staat nach modernen Begriffen⁷⁹ zu formen. Das auffallend positive Urteil war gespickt mit Lob und Anerkennung für das bulgarische Volk. Vorurteile und Beleidigungen hingegen drangen vorerst nicht durch.

Durch die Vereinigung von Nord- und Südbulgarien gelang es Battenberg einerseits seine Popularität im Inland deutlich zu steigern. Andererseits begannen die dem russischen Zaren nahe stehenden Kräfte zusehends auf eine Entmachtung des Herrschers hinzuarbeiten. Unterdessen bereitete sich auch Serbien darauf vor, Battenberg entschieden entgegen zu treten. König Milan traf Vorbereitungen für eine Mobilmachung seiner Truppen, was er dem österreichisch-ungarischen Außenminister auch unverblümt darlegte. Dieser versuchte zwar, den serbischen Monarchen in seinem Elan zu bremsen, gleichzeitig versäumte er es jedoch, die aggressiven Absichten Milans deutlich zu verurteilen. Die österreichisch-ungarische Regierung musste zudem „sehr bald erkennen, daß Serbien nicht willens war, auf den Rat Wiens zu hören und sich vielmehr entschlossen zeigte, seinen eigenen Weg zu gehen. Wenn Kálnoky Serbien auch nicht tatkräftig an einem Waffengang hinderte, so konnte von einer Unterstützung für eine militärische Aktion nie die Rede sein.“⁸⁰ In einem vertraulichen Schreiben wies Kálnoky allerdings darauf hin, dass Serbien als souveräner Staat das Recht habe militärisch aktiv zu werden. Diese aus heutiger Sicht äußerst problematische Einstellung des Außenministers trug letztlich wesentlich zu einer Eskalation bei.

Am 13. November 1885 erklärte Serbien schließlich seinem bulgarischen Nachbarn den Krieg. Einen Tag darauf überschritten die Truppen König Milans die bulgarische Grenze. Kálnoky wies indes in einem Erlass jegliche Verantwortung für das serbische Vorgehen von sich. Zu Beginn des Krieges kamen die serbischen Verbände gut voran, zumal die bulgarischen Truppen zum Großteil an der türkischen Grenze stationiert waren und die Armee Serbiens den bulgarischen Verbänden zahlenmäßig deutlich überlegen war. „Am Zarenhof glaubte man, hinter dem militärischen Vorgehen Serbiens die lenkende Hand Österreich-

⁷⁹ <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=vtl&datum=18860309&seite=4&zoom=33> (10.02.2014).

⁸⁰ Rauscher, Berlin. S.73.

Ungarns zu erkennen“⁸¹ und tatsächlich verhielt sich der österreichisch-ungarische Außenminister nicht völlig unparteiisch. In einem Telegramm wünschte er der Regierung in Belgrad etwa alles Gute für das entscheidende Ringen mit Bulgarien. Sowohl Wien wie auch die übrigen europäischen Großmächte rechneten mit einem raschen Sieg der serbischen Truppen.

Während die serbische Armee scheinbar unaufhaltsam in Richtung Sofia vordrang, stellte König Milan mit seinen Beratern bereits Überlegungen an, welche Maßnahmen nach der Eroberung der bulgarischen Hauptstadt zu treffen seien. Am 19. November 1885 und somit fünf Tage nach Beginn der Kampfhandlungen schlug Russland aus Sorge vor einem deutlichen serbischen Erfolg und einer damit verbundenen Stärkung Österreich-Ungarns die Beendigung der Kampfhandlungen vor. „Als schließlich zur allgemeinen Überraschung das nur von Stabs- und Oberoffizieren geführte bulgarische Heer die serbischen Truppen noch am selben Tag bei Slivnica [Anm.: Stadt im Westen von Bulgarien] schlug, um in der Folge auf Belgrad zu marschieren, willigte freilich auch Kálnoky rasch zu einer solchen Demarche ein.“⁸² Der in der Schlacht geschlagene König Milan strebte naturgemäß ebenfalls danach, ein rasches Ende des Krieges zu erreichen. Alexander von Battenberg erklärte sich jedoch wenig geneigt, in der Stunde seines Erfolges die Kampfhandlungen enden zu lassen. Auch österreichisch-ungarische Bitten, er möge die serbische Grenze nicht überschreiten, verhallten in Sofia ungehört.

Die unerwartete Niederlage seiner serbischen Truppen versetzte Milan zudem in einen Zustand äußerster Resignation. Während er noch den Befehl zum Rückzug seiner Armee erteilte, begann er bereits Überlegungen nach seinem eigenen Rücktritt anzustellen. „Auch seine Truppen hatten ihre Zuversicht verloren. Beim Rückzug kam es zu panikartigen Szenen, und aus den desorganisierten Truppen vermochten einzelne Kommandeure trotz größter Anstrengung keine schlagkräftigen Einheiten zu bilden, außerdem drohte der Armee auch die Munition auszugehen.“⁸³ Am 25. November 1885 überschritten die bulgarischen Soldaten schließlich die serbische Grenze. Bei Pirot kam es zu einem erneuten blutigen Aufeinandertreffen der sich bekämpfenden Einheiten. Abermals ging die bulgarische Armee

⁸¹ Ullrich, Grossmacht. S.100.

⁸² Rauscher, Berlin. S.77.

⁸³ Palotás, Machtpolitik. S.259-260.

siegreich aus der Schlacht hervor. Die neuerliche Niederlage Serbiens brachte König Milan in eine aussichtslose Situation. Der so hoffnungsvoll begonnene Feldzug war unausweichlich verloren.

Je weiter die bulgarische Armee nach Serbien vordrang, desto drohender wurden gleichzeitig die Gebärden Österreich-Ungarns. Hatte man zu Beginn noch in freundschaftlichem Ton versucht, Bulgarien von einem Einmarsch in Serbien abzuhalten, wurde Kálnoky nun konkreter und bestimmter in seiner Wortwahl. Am 28. November 1885 drohte ein Gesandter des Außenministers Bulgarien eine österreichisch-ungarische Intervention in Serbien an. Die einseitige Vorgangsweise sowie die aggressive Drohung Österreich-Ungarns riefen freilich Russland auf den Plan: „Eine Wiener Unterstützung für Serbien in Form einer Invasion von k. u. k. Truppen hätte laut den Bestimmungen des Dreikaiservertrages der russischen Zustimmung bedurft. Die Donaumonarchie handelte aber ohne Absprache mit dem Zarenreich.“⁸⁴ Zwar versicherte Kálnoky der Regierung in St. Petersburg umgehend, an eine Besetzung Serbiens nicht zu denken, eine Glättung der Wogen konnte langfristig gesehen jedoch nicht erreicht werden. Nicht zuletzt zeigte sich auch das Deutsche Reich über die Vorgangsweise des Ballhausplatzes wenig begeistert.

Die Androhung der österreichisch-ungarischen Intervention kann unter zwei Aspekten betrachtet werden. Einerseits erwirkte das aggressive Auftreten der Monarchie die Einstellung der Kampfhandlungen durch Serbien und Bulgarien, andererseits jedoch entstand eine tiefe Vertrauenskrise zwischen Wien und St. Petersburg. „Während der bulgarischen Wirren 1885/86, in deren Verlauf die österreichisch-russischen Spannungen sich hart an den Rand eines Krieges hochschaukelten, zerbrach endgültig das Dreikaiserabkommen von 1881.“⁸⁵ Immerhin erreichte Kálnoky, dass sich Österreich-Ungarn und Russland über die Aushandlung eines Waffenstillstands zwischen Serbien und Bulgarien einigen konnten. Am 14. Dezember 1885 wurde in Pirot eine Militärkommission einberufen, bereits eine Woche darauf gelang schließlich die Unterzeichnung eines Waffenstillstandes. Noch vor Weihnachten begannen die bulgarischen und serbischen Truppen sich von der Front zurückzuziehen.

⁸⁴ Rauscher, Berlin. S.78.

⁸⁵ Ullrich, Grossmacht. S.100-101.

Trotz eines raschen Waffenstillstandes kamen die Friedensverhandlungen jedoch kaum einen Schritt voran. Zudem irritierte die von Serbien und auch Griechenland betriebene Aufrüstung die europäischen Großmächte. Erst als Kálnoky Milan offen drohte, die Habsburgermonarchie werde die Unterstützung Serbiens einstellen, zeigte sich der serbische Monarch bereit, sich an den Verhandlungstisch zu begeben. „Der Friede zwischen Bulgarien und Serbien wurde Anfang März unterzeichnet; und einen Monat später kam es schließlich zu einer Einigung zwischen Battenberg und dem Sultan. Man einigte sich dahingehend, daß Battenberg auf eine Zeit von fünf Jahren zum Generalgouverneur von Ostrumelien ernannt werden sollte, wobei stillschweigendes Übereinkommen herrschte, daß diese Abmachung in Wirklichkeit auf unabsehbare Zeit gelten werde.“⁸⁶ Der Friedensschluss zwischen Bulgarien und Serbien stellte den Status quo zwischen den beiden Balkanstaaten wieder her. Battenberg und Milan einigten sich in unkomplizierter Art und Weise darauf, die vor dem 14. November 1885 bestehende Ausgangssituation wieder herbeizuführen.

Der Friedensschluss zwischen Bulgarien und Serbien kann zumindest teilweise als ein Verdienst der Habsburgermonarchie angesehen werden. Zwar wäre der Krieg durch ein entschlossenes Vorgehen Österreich-Ungarns in den diplomatischen Gesprächen mit Milan und den serbischen Vertretern auch zu verhindern gewesen, zumindest aber bemühte sich die Monarchie Ende des Jahres 1885 nach Kräften, den Frieden wiederherzustellen. „Die österreichisch-ungarische Diplomatie entwickelte am Verhandlungsort eine rege Tätigkeit, wirkte auf beide Parteien mäßigend ein und spielte darin eine große Rolle, daß sowohl Serbien als auch Bulgarien von ihren zunächst sehr hochgeschraubten Erwartungen Abstand genommen haben.“⁸⁷ Das Ansehen Österreich-Ungarns auf dem Balkan konnte durch die ambitionierte Vermittlungsrolle, welche die Habsburgermonarchie einnahm, jedoch nicht gesteigert werden.

In Serbien musste Österreich-Ungarn sogar einen deutlichen Prestigeverlust hinnehmen, obwohl man das Land vor der vollständigen Besetzung durch Bulgarien bewahrt hatte. Umgekehrt war es interessant zu beobachten, dass sich in Österreich-Ungarn kaum negative Bemerkungen in Bezug auf das Versagen Serbiens im Krieg einstellten. „Solange die Serben

⁸⁶ George F. Kennan, Bismarcks europäisches System in der Auflösung. Die französisch-russische Annäherung 1875 bis 1890 (Frankfurt am Main / Berlin / Wien 1981). S.171-172.

⁸⁷ Palotás, Machtpolitik. S.270.

als potentiell wertvolle Verbündete der Krone gesehen wurden, war man also offenbar meilenweit davon entfernt, sie als Wilde oder Halbbarbaren abzutun.“⁸⁸ Ihre militärischen Leistungen wurden jedenfalls kaum einer mit Vorurteilen angereicherten Kritik unterzogen. Aber auch gegenüber Bulgarien äußerten sich die Diplomaten Österreich-Ungarns wie auch die Tageszeitungen der Monarchie teilweise sehr anerkennend. Die Neue Freie Presse zollte den bulgarischen Truppen für ihren Sieg bei Slivnica etwa offen Respekt, wobei die „persönliche Tapferkeit des Fürsten Alexander“⁸⁹ besonders betont wurde.

Der Friedensvertrag zwischen Bulgarien und Serbien brachte dem Balkan jedoch nur für kurze Zeit Ruhe und Entspannung. Im Sommer 1886 verschlechterte sich vor allem die Position Alexander von Battenbergs zusehends. Trotz seiner Beliebtheit beim bulgarischen Volk und seinen unbestrittenen Erfolgen in der Frage der Vereinigung und im Serbisch-Bulgarischen Krieg geriet Battenberg immer stärker in die Isolation. Vor allem der russische Zar zeigte sich unversöhnlich gegenüber dem bulgarischen Fürsten. „In Wirklichkeit war die russische Politik bereits seit 1883 entschlossen gewesen, Battenberg loszuwerden; seither hatte niemand in St. Petersburg ernstlich daran gedacht, sich an sein dauerndes Verbleiben auf dem bulgarischen Thron zu gewöhnen.“⁹⁰ Die Wut des Zaren ging sogar so weit, dass er eine Ablöse Battenbergs sogar befürwortete, ehe man einen St. Petersburg genehmen Nachfolger gefunden hatte.

„Alexander von Battenberg versuchte dagegen vergeblich den Zarenhof milde zu stimmen. St. Petersburg blieb unversöhnlich.“⁹¹ Im August 1886 schlugen die russophilen Verschwörer, welche aus höchsten Kreisen der Armee stammten, schließlich zu. „Anfang August wurden jene Regimenter, die nicht in die Verschwörung eingeweiht waren, in andere Orte abkommandiert und so aus Sofia entfernt. Vor unliebsamen Reaktionen sicher, drangen die Verschwörer in der Nacht zum 21. August in die Residenz ein und zwangen Alexander von Battenberg mit vorgehaltener Waffe, seine Abdankung zu unterschreiben.“⁹² Die Putschisten brachten den bulgarischen Fürsten mit Hilfe seiner eigenen Yacht in einen bessarabischen Grenzort und übergaben ihn dort an russische Beamte, welche ihn unter strenger Bewachung

⁸⁸ Rathberger, Blick. S.39.

⁸⁹ <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=nfp&datum=18851121&seite=1&zoom=33> (04.02.2014).

⁹⁰ Kennan, Bismarcks. S.172.

⁹¹ Rauscher, Berlin. S.84.

⁹² Hans-Joachim Härtel, Roland Schönfeld, Bulgarien. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart (Regensburg 1998). S.137.

in die Habsburgermonarchie weiter reisen ließen, zumal sie sich seiner rasch entledigen wollten.

Als Battenberg schließlich am 27. August 1886 in Lemberg eintraf, erwartete ihn eine jubelnde polnische Bevölkerung, welche ihn nicht zuletzt aufgrund seiner Abstammung frenetisch in Empfang nahm. In Bulgarien selbst formierten sich inzwischen Battenbergs Anhänger, um einen Gegenschlag vorzubereiten. Der in Österreich-Ungarn weilende Fürst war bereits kurz nach seiner Ankunft „erstaunt zu erfahren, daß die Verschwörer, die ihn in Bulgarien beseitigt hatten, ihrerseits von anderen militärischen und politischen, ihm treu ergebenen Elementen überwältigt worden waren, die ihn jetzt aufforderten, nach Bulgarien und auf seinen Thron zurückzukehren.“⁹³ Der positiv überraschte Battenberg trat daraufhin unverzüglich seine Heimreise nach Bulgarien an. Im Zuge einer Unterhaltung mit einem russischen Generalkonsul in Rumänien gewann Battenberg während seiner Rückfahrt schließlich auch die Auffassung, die Regierung in St. Petersburg würde seine erneute Thronbesteigung gut heißen.

Diese Hoffnungen stellten sich freilich als unbegründet heraus. In einer versöhnlichen Note an den Zaren betonte Battenberg, dass er das Vertrauen des Zaren benötigen würde, um wieder auf den Thron zurückkehren zu können und dass er um gute Beziehungen zu St. Petersburg bemüht sei. „Die kalte, von Haß diktierte Antwort traf am 1. September ein, wies die Huldigung zurück, mißbilligte die Rückkehr, forderte die Abdankung.“⁹⁴ Battenberg hatte mit seiner von Unterwürfigkeit und Höflichkeit gezeichneten Note einen strategischen Fehler begangen. Resigniert sah er letztlich die Aussichtslosigkeit seiner Lage ein und verzichtete auf den bulgarischen Thron. An Battenbergs Stelle wurde in Sofia ein Regentschaftsrat installiert, welcher von Österreich-Ungarn im Gegensatz zu Russland unverzüglich als rechtmäßige Regierung anerkannt wurde.⁹⁵ Weitere Spannungen im Verhältnis zwischen Wien und St. Petersburg schienen damit vorprogrammiert.

Kálmoky beschäftigte nach dem Rücktritt Battenbergs vor allem die Frage, wie sich Russland in weiterer Folge verhalten werde. Trotz der Abdankung des vom Zaren verhassten Fürsten,

⁹³ Kennan, Bismarcks. S.218.

⁹⁴ Härtel, Schönfeld, Bulgarien. S.138.

⁹⁵ vgl. Rauscher, Berlin. S.85.

zeichnete sich zwischen dem nach Eigenständigkeit strebenden Bulgarien und Russland keine Entspannung ab. „Niemand ging davon aus, daß sich das Zarenreich wortlos mit diesem Gang der Dinge abfinden wird. Aber ebenso wußte niemand eine Antwort auf die Frage, mit welchen Mitteln Rußland die nun Widerstand leistenden Bulgaren wird zur Einsicht bringen können.“⁹⁶ Kálnoky fürchtete sogar, Russland könnte die Situation des vakanten bulgarischen Throns ausnützen um in Bulgarien einzumarschieren. Einem gewaltsamen Vorgehen des Zarenhofes gegen Bulgarien stand man in Wien jedoch ablehnend gegenüber. Obwohl Bismarck die Habsburgermonarchie zu Zurückhaltung aufrief, stieg die Gefahr eines Krieges zwischen Österreich-Ungarn und Russland deutlich.

Aufgrund der Unzufriedenheit des Zaren mit der politischen Ausrichtung Bulgariens beorderte Alexander III. im September 1886 mit General Nikolaj Kaulbars einen Sondergesandten nach Sofia. Kaulbars erhielt die Aufgabe, Einfluss auf die politischen Vorgänge in Bulgarien auszuüben und eine russophile Einstellung der Bevölkerung zu erwirken.⁹⁷ Bei der Durchsetzung der Wünsche des russischen Zaren war dem Sondergesandten jedoch kein Erfolg beschieden. „Die Kaulbars-Mission stellte sich als ein beispielloses Fiasko der russischen Politik heraus.“⁹⁸ Nicht nur, dass seine Wünsche in Sofia schlichtweg ignoriert wurden, der Sondergesandte selbst wurde bewusst mit Teilen der Bevölkerung konfrontiert, welche sich des russischen Einflusses entledigen wollten. Diese bedachten Kaulbars mit Schmährufen und verhielten sich äußerst unhöflich gegenüber dem Gesandten. Im Bewusstsein, keine auch noch so kleine Veränderung der Lage herbeiführen zu können, verließ Kaulbars am 20. November 1886 schließlich das Land „und führte damit den endgültigen und vollständigen Abbruch der Beziehungen zwischen den beiden Ländern herbei.“⁹⁹

Im Rahmen der 3. Großen Nationalversammlung wurde am 29. Oktober 1886 darüber abgestimmt, ob der russophile Kandidat, der Fürst von Georgien Nikolaj Dagian Mingreli, zum Herrscher über Bulgarien aufsteigen solle. Neben Russland unterstützte auch das Osmanische Reich den Kandidaten. Mingreli war der bulgarischen Bevölkerung jedoch verhasst und galt als ein treuer Vasall Russlands. „Der bulgarische Außenminister erklärte,

⁹⁶ Palotás, Machtpolitik. S.277.

⁹⁷ vgl. Härtel, Schönfeld, Bulgarien. S.139.

⁹⁸ Kennan, Bismarcks. S.228.

⁹⁹ Ebd. S.229.

dann wäre es wohl besser, die Russen würden gleich Tschingis Khan nach Bulgarien schicken – und dieser Meinung stimmte Kaiser Franz Joseph voll und ganz zu.“¹⁰⁰ Letztlich fiel Mingreli bei der Abstimmung der Nationalversammlung durch. Diese wählte einige Tage später den Sohn des dänischen Königs, Prinz Waldemar, zu ihrem Herrscher. „Der dänische Prinz nahm jedoch die Wahl erst gar nicht an“¹⁰¹ und beugte sich somit dem Druck des russischen Zaren.

„Die Spannungen zwischen der russophilen und russophoben Richtung nahmen zu und führten im Februar und März 1887 in Ruse und Silistra seitens des Militärs dazu, gegen die Regentschaft zu putschen.“¹⁰² Nach der Ablehnung einer Thronbesteigung durch Waldemar kursierten zudem zahlreiche mögliche Kandidaten für den bulgarischen Thron. Sowohl eine Wahl König Milans als auch die Thronbesteigung König Carols schien denkbar. Dies hätte freilich eine Personalunion Bulgariens mit Serbien beziehungsweise mit Rumänien bedeutet. Selbst der osmanische Sultan, welcher durch seine Wahl alle Bulgaren hätte vereinen können, stand als Kandidat zur Debatte. Diese Überlegung wurde jedoch rasch wieder fallen gelassen. In Bezug auf Österreich-Ungarn fielen gleich zwei interessante Namen: Einerseits galt Feldmarschall Johann Salvator, ein hoher Militär und Verwandter des österreichisch-ungarischen Herrschers als aussichtsreicher Kandidat, andererseits wurde auch Prinz Ferdinand von Sachsen-Coburg-Gotha für den Fürstenthron vorgeschlagen.

Anfang Dezember 1886 kristallisierte sich Prinz Ferdinand immer stärker als aussichtsreicher Kandidat heraus. „Der junge Prinz von Coburg war nominell Oberleutnant der Honvéd, der ungarischen Landwehr. In Wirklichkeit lebte er in den Wiener Salons das sorglose Leben eines reichen Aristokraten, fern von aller Politik.“¹⁰³ Am 15. Dezember unterrichtete Prinz Ferdinand schließlich den überraschten Außenminister über das Angebot der bulgarischen Delegation, den Thron zu besteigen. Auch signalisierte er Bereitschaft, darüber nachzudenken sowie seine Chancen und Möglichkeiten zu sondieren. Kálmoky zeigte sich im Gespräch mit dem Prinzen von Coburg lediglich vorsichtig optimistisch. Auch informierte er die Regierung in St. Petersburg von der Entwicklung der bulgarischen Lage. Dabei versäumte er nicht, seine eigene neutrale Haltung besonders zu betonen.

¹⁰⁰ Palotás, Machtpolitik. S.293.

¹⁰¹ Rauscher, Berlin. S.92.

¹⁰² Härtel, Schönfeld, Bulgarien. S.139.

¹⁰³ Palotás, Machtpolitik. S.294.

In den russischen Medien wurde die Kandidatur des Prinzen von Coburg äußerst negativ aufgenommen. Zahlreiche Zeitungen sahen in der Entscheidung von Prinz Ferdinand zudem eine österreichisch-ungarische Provokation. Der Kandidat wurde als österreichischer Agent beziehungsweise als Marionette des Ballhausplatzes gesehen. Doch auch in der Doppelmonarchie war das Ansehen des Prinzen gering. „Ferdinand hatte sich im 11. Husarenregiment nicht gerade ausgezeichnet, und der Kaiser hielt ihn für einen verweichlichten Schwächling“¹⁰⁴. Während er beispielsweise den rumänischen König Carol I. aufgrund dessen Charakterstärke respektierte und achtete, sah er in Prinz Ferdinand eher einen unzuverlässigen Zauderer. Immerhin stimmte es den Monarchen aber zuversichtlich, dass Ferdinand Österreich-Ungarn deutlich näher stand als Russland. Für Kaiser Franz Joseph stand fest, dass sich der Prinz nicht zu einem russischen Vasallen machen lassen werde.

Ende des Jahres 1886 geriet die Doppelmonarchie in eine politisch wie auch militärisch heikle Lage. Der Gegensatz zwischen Österreich-Ungarn und Russland trat in vollem Umfang zu Tage und zahlreiche Anzeichen deuteten auf den baldigen Ausbruch einer militärischen Konfrontation hin. Ein Grund für die sich abzeichnende Eskalation lag in der Tatsache begründet, dass sich die Lage in Bulgarien immer stärker zu Ungunsten des Zarenreiches entwickelte. „Die Friedenssicherung in Osteuropa war damit aufs höchste gefährdet; denn sowohl in Rußland als auch in Österreich wuchs die Bereitschaft, den österreichisch-russischen Gegensatz mit kriegerischen Mitteln auszutragen.“¹⁰⁵ Gleichzeitig verstärkte sich auch der Gegensatz zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich, wodurch Österreich-Ungarn vor dem Problem stand, im Falle eines Krieges an der Ostfront weitgehend auf sich allein gestellt zu sein.

Die Sorge vor dem Ausbruch eines Krieges ließ auch zu Beginn des Jahres 1887 nicht nach. Truppenverschiebungen und Kriegsvorbereitungen auf Seiten Russlands riefen Österreich-Ungarn auf den Plan. Die Habsburgermonarchie begann nun ebenfalls militärische Maßnahmen zu ergreifen. In den Zeitungen der Monarchie erreichte die Kriegspanik gewaltige Ausmaße. Munter berichteten die Journalisten etwa über eine bevorstehende Mobilmachung. Eine Rede des deutschen Reichskanzlers Bismarck am 11. Jänner führte zu

¹⁰⁴ Alan Palmer, Franz Joseph I. Kaiser von Österreich und König von Ungarn (München 1994). S.340.

¹⁰⁵ Karl Erich Born, Von der Reichsgründung bis zum Ersten Weltkrieg (Stuttgart 1970). S.149.

neuerlicher Panik. Vor allem Bismarcks Worte über den Balkan lösten am Ballhausplatz Unmut aus. Der deutsche Reichskanzler betonte, dass es ihm völlig egal sei, wer in Sofia an der Macht sei und wie sich die kritische Lage in Zukunft gestalten werde.¹⁰⁶ Diese abgehobene Einstellung versinnbildlichte deutlich den Gegensatz zwischen der Außenpolitik des Deutschen Reiches und jener Österreich-Ungarns. Während Deutschland keinerlei Ambitionen auf dem Balkan verfolgte, war diese Region Österreich-Ungarns zentraler Wirkungsraum.

In Bezug auf Russland erwähnte Bismarck freilich, dass seiner Ansicht nach keinerlei Kriegsgefahr bestehen würde. Damit sollte der Reichskanzler Recht behalten. Noch im Jänner 1887 mehrten sich die Anzeichen einer Entspannung. Am 29. Jänner 1887 erklärte Kálnoky schließlich die Gefahr eines Krieges mit Russland für geringer, als in den Wochen zuvor. Die Positionen Bulgariens betreffend waren jedoch festgefahren. Aus der Sicht Russlands hatte Österreich-Ungarn gegen das Dreikaiserabkommen verstoßen, zumal der Ballhausplatz dem Zaren bei der Gestaltung der politischen Lage in Bulgarien kaum Spielraum zugestand. „Der Zar und die Öffentlichkeit des Riesenreiches fühlten sich um Ihre Bemühungen für die Südslawen betrogen. Diese nach dem Berliner Kongreß zweite große politische Niederlage der russischen Balkanpolitik schrieb man wiederum in erster Linie der wenig kooperativen Haltung des Ballhausplatzes zu.“¹⁰⁷

Auch wenn die unmittelbare Gefahr eines Krieges vorerst wieder in weitere Ferne rückte, an der Grundproblematik hatte sich nichts geändert. Österreich-Ungarn war nicht bereit auf den Vorschlag Bismarcks einzugehen und den Balkan in Abstimmung mit Russland in Interessenssphären einzuteilen. Zur Erneuerung des Dreikaiserabkommens konnte wiederum der russische Zar nicht bewegt werden. Österreich-Ungarn war deshalb dazu gezwungen, sich nach anderen Partnern umzusehen, um seine Interessen auf dem Balkan wahren zu können. Am 20. Februar 1887 konnte immerhin der Dreibund mit dem Deutschen Reich und Italien verlängert werden. „Eine Abstützung erfuhr der Dreibund durch die im gleichen Jahr geschlossenen Mittelmeer-Vereinbarungen zwischen Italien, England und Österreich-Ungarn. Darin verpflichteten sich die drei Mächte zur Aufrechterhaltung des Status quo im

¹⁰⁶ vgl. Palotás, Machtpolitik. S.294.

¹⁰⁷ Rauscher, Berlin. S.107.

Mittelmeer, in der Adria, im Ägäischen und im Schwarzen Meer.“¹⁰⁸ Die Mittelmeerentente richtete sich vor allem gegen das Vorhaben Russlands, die Meerengen zu erobern.

Das Engagement Englands auf Seiten Österreich-Ungarns bedeutete freilich einen empfindlichen Rückschlag für die russischen Ambitionen auf dem Balkan. Bismarck sah in dieser Situation die Gefahr einer Verständigung Russlands mit Frankreich heraufziehen, eine aus der Sicht des Deutschen Reiches gefährliche Konstellation. Bismarck schlug Russland daher einen Rückversicherungsvertrag vor, der dazu dienen sollte, „Rußland das Gefühl der Isolierung in der Orientfrage gegenüber England, Österreich-Ungarn und Italien zu nehmen“¹⁰⁹ und Deutschland vor der Gefahr eines Zweifrontenkrieges zu schützen. Am 18. Juni 1887 gelangte der Rückversicherungsvertrag schließlich zur Unterzeichnung. Das Deutsche Reich verpflichtete sich darin im Falle eines unprovokierten Angriffes der Habsburgermonarchie auf das Zarenreich Neutralität zu wahren. Gleichzeitig versprach Russland sich neutral zu verhalten, falls das Deutsche Reich von Frankreich angegriffen werden würde.

Durch den, der strengsten Geheimhaltung unterliegenden, Rückversicherungsvertrag war es der russischen Diplomatie nicht zuletzt auch gelungen, mehr Spielraum gegenüber Österreich-Ungarn zu gewinnen, was sich auch auf die Ereignisse auf der Balkanhalbinsel auswirkte. Umgekehrt sah sich jedoch auch die Habsburgermonarchie als Gewinner auf dem diplomatischen Parkett. „Aus dem zu Grabe getragenen Bündnis mit Rußland erwachsen keine größeren Schäden. Die internationalen Kräfteverhältnisse haben sich aus österreichisch-ungarischer Sicht im weiteren günstig gestaltet, die neue, um England erweiterte Kombination der Großmächte hat ihrer schwankenden Grundlage zum Trotz ihr Hauptziel, die Isolierung Rußlands, schließlich erreicht.“¹¹⁰ Die Lage auf dem Balkan hatte sich somit zum Vorteil Österreich-Ungarns verändert. Lediglich der serbische König Milan gab dem Ballhausplatz weiterhin Anlass zur Sorge.

So führte etwa Milans freizügiges Verhalten dem anderen Geschlecht gegenüber zu einer handfesten Ehekrise. Der serbische König sah sich daraufhin erneut dazu veranlasst, offen

¹⁰⁸ Ullrich, Grossmacht. S.103.

¹⁰⁹ Born, Reichsgründung. S.153.

¹¹⁰ Palotás, Machtpolitik. S.312.

über eine Abdankung nachzudenken. Auf dem Ballhausplatz wurde dieses Vorhaben freilich mit großer Verstimmung aufgenommen. Vor allem Kálnoky reagierte mit deutlichen Worten: „Ich war stets der Ansicht, daß dieser auf ein so tiefem moralischem Niveau stehende Herr, der keine weder militärische noch zivile Tugenden besitzt, uns wenig Ehre, aber viele Unannehmlichkeiten machen würde.“¹¹¹ Die von Verachtung und Missbilligung geprägten Worte des österreichisch-ungarischen Außenministers äußerte selbiger in einem Schreiben an einen Diplomaten. Allgemein äußerte Kálnokys gegenüber dem Balkan und insbesondere gegenüber dem serbischen König seine Geringschätzung relativ deutlich. Kálnoky sprach Milan sowohl auf zivilem wie auch auf militärischem Gebiet sämtliche positiven Eigenschaften ab. Hingegen gilt es als gesichert, dass der Außenminister niemals derartige Worte über einen österreichisch-ungarischen Herrscher in den Mund nahm, wenngleich Kaiser Franz Josephs militärische Erfolge im Rahmen der Schlachten von Solferino und Königgrätz ebenfalls zu wünschen übrig ließen.

In der „Bulgarischen Frage“ kristallisierte sich auch die Meinung des Deutschen Reiches den Balkan betreffend deutlich heraus. Bismarck hatte immer schon festgehalten, dass der Balkan seiner Ansicht nach nicht einmal „die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers wert“¹¹² wäre. Eine ähnliche Haltung schlug er schließlich dem Ballhausplatz im Falle Bulgariens vor. „Nach Ansicht des Kanzlers sollte sich die Monarchie bei gleichzeitiger Stärkung der Armee still verhalten und auf ihren Einfluß in Bulgarien verzichten. Der Fürst vergaß dabei auch nicht, seine Skepsis über die Slawen der Donaumonarchie und deren militärische Verlässlichkeit auszudrücken.“¹¹³ Bismarcks Vorurteile gegenüber den Slawen bestätigten sich letztlich nicht. Die der südslawischen Ethnie zuordenbaren Bosniaken etwa kristallisierten sich im Ersten Weltkrieg als Elitesoldaten des österreichisch-ungarischen Kaisers heraus.

Am 6. Juli 1887 wurde Ferdinand von Sachsen-Coburg-Gotha schließlich durch die bulgarische Nationalversammlung zum rechtmäßigen Fürsten des Landes gewählt. „Während England, Österreich-Ungarn und Italien geneigt waren, die Wahl anzuerkennen, hielten

¹¹¹ Ebd. S.313.

¹¹² Faleschini, Beziehungen. S.30.

¹¹³ Rauscher, Berlin. S.111.

Rußland und Frankreich sie für illegal. Deutschland verhielt sich reserviert.“¹¹⁴ Ohne Legitimierung des europäischen Mächtekonzernts bestieg Prinz Ferdinand den Fürstenthron. In einer seiner ersten Amtshandlungen bestimmte er den energischen Stefan Stambolov zu seinem Ministerpräsidenten. Die Reaktionen auf Ferdinands Thronbesteigung hätten freilich unterschiedlicher nicht ausfallen können. Während Österreich-Ungarn nach anfänglicher Zurückhaltung entschlossen Partei für den 26 Jahre jungen Monarchen ergriff, wurde die Wahl Ferdinands in St. Petersburg als Katastrophe angesehen. Der von Hass und Resignation angetriebene Zar erwog erneut einen Einmarsch seines Landes in Bulgarien. Zudem wurde auch das Osmanische Reich von Russland zu einer Intervention ermutigt.

In Österreich-Ungarn drückte sich die Regelung der Fürstenfrage mit einem Vorurteil gegenüber dem Balkan aus. So erklärte die konservative Presse der Monarchie etwa, „die Bewohner des Balkans würden sich wegen ihrer orientalischen Veranlagung unter autoritärer Herrschaft besonders wohl fühlen“¹¹⁵. Auch verkündeten die Zeitungen der Monarchie, dass die Herrscher auf dem Balkan lediglich deshalb vom Volk geliebt werden, weil sie diese fürchten. Die Darstellung erinnert stark an den Ausspruch Kálnokys, wonach die Balkanvölker nur jene Hand lecken würden, von der sie fürchten, geschlagen zu werden.¹¹⁶ Gleichzeitig lobten die Medien sowie die österreichisch-ungarischen Diplomaten aber auch das Durchsetzungsvermögen und die Courage des neu gewählten bulgarischen Fürsten. Immerhin hatte die Annahme der Wahl durch Ferdinand eine neue europäische Krise ausgelöst, welche die Großmächte in zwei verfeindete Lager spaltete.

Im Sommer 1887 erhöhten sich erneut Anzeichen, welche auf den Ausbruch eines Krieges zwischen der Habsburgermonarchie und Russland hindeuteten. Das Zarenreich betrachtete sämtliche Vorgänge der vergangenen Wochen in Bulgarien als illegal, zudem stieg der Hass auf die Donaumonarchie, welche auf politischer Ebene in Bulgarien zusehends an Einfluss gewann. „Die Regierung des Zarenreiches schien ihre auf dem Balkan erlittenen Niederlagen unmittelbar an Österreich rächen zu wollen: An der galizischen Grenze wurden starke russische Militärkräfte konzentriert.“¹¹⁷ Die politischen und militärischen Vertreter der Habsburgermonarchie gerieten durch die Truppenbewegungen auf russischer Seite in

¹¹⁴ Härtel, Schönfeld, Bulgarien. S.140.

¹¹⁵ <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=vtl&datum=18870715&seite=3&zoom=33> (10.02.2014).

¹¹⁶ vgl. Rauscher, Berlin. S.30.

¹¹⁷ Palotás, Machtpolitik. S.321.

Aufregung. Dennoch reagierte der Ballhausplatz besonnen auf das Bedrohungsszenario. Während die Regierung in Wien vorerst davon absah, die eigenen Truppenverbände in Galizien zu verstärken, wurden stattdessen politische Übereinkommen angestrebt, welche die Situation Österreich-Ungarns nachhaltig verbessern sollten.

Tatsächlich gelang es der Donaumonarchie der Kriegsgefahr mit diplomatischen Mitteln zu begegnen. Ende des Jahres 1887 einigten sich Italien, England sowie Österreich-Ungarn in einem gemeinsam ausgearbeiteten Orientabkommen darauf, den Status quo auf dem Balkan zu erhalten und das Osmanische Reich sowie dessen Rechte zu stützen. Die Vereinbarung, welche am 12. Dezember 1887 unterzeichnet wurde, stellte einen, nicht zuletzt aufgrund der angespannten Lage, sehr wertvollen Erfolg der Doppelmonarchie dar. Russland musste erneut erkennen, dass es auf dem Balkan mehr und mehr in die Isolation geriet. Die Kriegsbereitschaft des Zarenreiches ging daraufhin merklich zurück. Die aggressive Haltung Russlands zeigte der Habsburgermonarchie in den Herbsttagen des Jahres 1887 jedoch auch ihre nach wie vor beschränkten Handlungsmöglichkeiten auf. Vor allem das Auftreten Bismarcks, welcher Österreich-Ungarn zur sofortigen Ergreifung militärischer Maßnahmen aufforderte, jedoch dabei die Unterstützung des Deutschen Reiches stets im Unklaren ließ, führte in Österreich-Ungarn zu Unverständnis.¹¹⁸

Trotz der zu Beginn des Jahres 1888 abnehmenden Kriegsgefahr verlangte Kálnoky Klarheit über die Position des Deutschen Reiches im Falle eines militärischen Konflikts zwischen Österreich-Ungarn und Russland. Als entscheidend kristallisierte sich dabei vor allem die Frage nach der Beteiligung des Deutschen Reiches an einem Präventivkrieg Österreich-Ungarns sowie ganz allgemein die Frage nach der Anzahl der Truppen, welche das Deutsche Reich im Falle eines Zweifrontenkrieges an der Ostfront gegen Russland einsetzen würde, heraus.¹¹⁹ Bismarck vermied es in dieser Situation freilich, konkrete Zusagen oder Zugeständnisse zu machen, was in der Donaumonarchie Ernüchterung auslöste. Kaiser Franz Joseph sah einen militärischen Konflikt zwischen Russland und Österreich-Ungarn ohne Beteiligung des Deutschen Reiches als größte Gefahr für das Bestehen der Monarchie an. Gleichzeitig wurden in der Donaumonarchie auch Stimmen laut, welche Anfang des Jahres 1888 einen Präventivschlag gegen Russland forderten, zumal vor allem führende Militärs

¹¹⁸ vgl. Born, Reichsgründung. S.157.

¹¹⁹ vgl. Rauscher, Berlin. S.141-144.

einen Krieg mit dem Zarenreich auf langfristige Sicht für unausweichlich hielten. Das Deutsch Reich begegnete diesen Wünschen jedoch mit einer deutlichen Absage.

Nachdem die Anzeichen eines baldigen Kriegsausbruchs zwischen Russland und Österreich zu Beginn des Jahres 1888 jedoch fehlten, trat auch auf dem Balkan eine längere Phase der Stabilität und der Ruhe ein. Prinz Ferdinand von Bulgarien hielt sich trotz der fehlenden Anerkennung durch das europäische Mächtekonzept 31 Jahre auf dem Fürstenthron. Der von der internationalen Presse aufgrund seiner markanten Nase verspottete Fürst, welcher nicht selten als Muttersöhnchen und Faulpelz abgekanzelt wurde, widerstand bemerkenswerter Weise dem russischen Druck und führte sein Land in den Einflussbereich Österreich-Ungarns.¹²⁰ Die Donaumonarchie konnte im Rahmen des Serbisch-Bulgarischen Krieges von 1885 ihre Position auf der Balkanhalbinsel insgesamt deutlich verbessern. Vor allem die Nähe zum verbündeten Serbien aber auch die haarsträubenden Fehler der russischen Politik in Bezug auf Bulgarien brachten der Habsburgermonarchie diplomatische Erfolge ein. Hinsichtlich der Vorurteile und Stereotype gegenüber den Balkanvölkern trat zudem eine sehr abwechslungsreiche Haltung zu Tage. Einerseits betrachtete sich die Monarchie als Kulturbringer und qualifizierte die Balkanstaaten somit als Länder zweiter Ordnung ab, andererseits bedachte Österreich-Ungarn seine Verbündeten auf der Balkanhalbinsel jedoch auch mit positiven Zuschreibungen, welche allerdings bei einem missliebigen Verhalten des jeweiligen Balkanstaates problemlos wieder ins Gegenteil verkehrt werden konnten.

7. Die Habsburgermonarchie und die bosnische Annexionskrise von 1908

Die Okkupation Bosniens und der Herzegowina als unmittelbare Folge des Berliner Kongresses von 1878 brachte für Österreich-Ungarn umfangreiche Überlegungen und Planungen in Hinblick auf eine mögliche Annexion der beiden Provinzen mit sich. Im Oktober 1806 zeichnete sich zudem durch den Dienstantritt von Alois Lexa Freiherr von Aehrenthal als neuem Außenminister eine deutlich aktivere Außenpolitik der Habsburgermonarchie auf der Balkanhalbinsel ab. Aehrenthal galt nicht nur in diplomatischen Kreisen als Experte für den Balkanraum sowie für Russland. Seine Ernennung zum Außenminister stellte eine deutliche Zensur dar, zumal von ihm entgegen seinem stets mit

¹²⁰ vgl. Stefan Appellius, Bulgarien. Europas ferner Osten (Bonn 2006). S.21.

großer Vorsicht agierenden Vorgänger Goluchowski eine deutlich aktivere und kompromisslosere Außenpolitik erwartet wurde.¹²¹ Ein zentrales innenpolitisches Problem der Habsburgermonarchie im Falle einer Annexion Bosniens und der Herzegowina bestand freilich in seiner Beschaffenheit als Vielvölkerstaat. Die Ungarn fürchteten bei einer Eingliederung der slawischen Gebiete in die Monarchie um ihren durch den Ausgleich von 1867 erreichten Status, weshalb sie expansionistischen Missionen der Habsburgermonarchie auf dem Balkan generell negativ gegenüber standen.

Aehrenthal wiederum wollte mit der Annexion der beiden Provinzen ein Gegengewicht zu den politischen Bestrebungen König Peters I. nach einem großserbischen Reich herstellen. Diese Profilierung der Habsburgermonarchie empfand der Außenminister nicht zuletzt deshalb als notwendig, zumal sich die Machtverhältnisse in Serbien nach dem Rücktritt König Milans im Jahr 1889 deutlich zu Ungunsten Österreich-Ungarns verschoben hatten. Bereits König Alexander, der Sohn Milans, beschränkte den Einfluss der Doppelmonarchie in Serbien deutlich. „Die spektakuläre Wende der österreichisch-serbischen Beziehungen war aber erst die Mordnacht von Belgrad am 1. Juni 1903. Der in Serbien aus vielen Gründen, nicht zuletzt wegen der Ehe mit einer Hofdame seiner Mutter sehr unbeliebte König Alexander wurde mit seiner Gemahlin von einer Gruppe von Offizieren bestialisch ermordet, die Dynastie Obrenović damit abgelöst und durch Peter I. aus dem Haus Karadjordjević ersetzt.“¹²²

Der Königsmord bekräftigte manches Vorurteil der österreichisch-ungarischen Diplomaten, die Zustände auf dem Balkan betreffend. Dennoch hielt man sich am Ballhausplatz mit Pauschalurteilen anfangs großzügig zurück, da man hoffte, der neue König Peter I. würde der Donaumonarchie positiver gegenüber stehen als sein ermordeter Vorgänger. Diese Haltung spiegelte sich auch in den Zeitungen der Monarchie wieder. So brachte etwa der Pester Lloyd dem neuen serbischen Herrscher großes Vertrauen entgegen und lobte die Fähigkeiten der Bewohner Serbiens, welche mit positiven Zuschreibungen bedacht wurden. Mit dem Blick auf die Zukunft merkte das Blatt zudem anerkennend an: „Von der Entschlossenheit und der Thatkraft des unstreitig reich begabten serbischen Volkes wird es fortan abhängen, welche

¹²¹ vgl. Faleschini, Beziehungen. S.38.

¹²² Afflerbach, Dreibund. S.610.

Wendung die Dinge in Serbien nehmen werden.“¹²³ Rasch zeigte sich jedoch, dass König Peter der Habsburgermonarchie keine großen Sympathien entgegenbrachte. Als seine Hinwendung zu Russland deutlich zum Vorschein trat, änderte sich die Einstellung des Ballhausplatzes zum neuen Herrscher drastisch. Im Nachhinein muss ohnehin festgehalten werden, dass die Ermordung König Alexanders und die Besteigung des Thrones durch Peter I. für Österreich-Ungarn eine Zäsur bedeutete.

Unter König Milan und teilweise auch noch unter seinem Sohn Alexander „hatte sich die Donaumonarchie enger Verbindungen zur serbischen Führung erfreut und einen bestimmenden politischen und wirtschaftlichen Einfluß im Savereich ausgeübt.“¹²⁴ Peter I. strebte jedoch eine Emanzipation von der Habsburgermonarchie an, was zwangsläufig in einer Entfremdung münden musste und großes Konfliktpotential zwischen Wien und Belgrad barg. Als sich die austrophobe Haltung König Peters abzuzeichnen begann, wandelte sich auch das Serbienbild der Österreichisch-ungarischen Monarchie. Erstaunlich ist hierbei vor allem, wie schnell und unproblematisch dem Ballhausplatz sowie der österreichisch-ungarischen Presse diese 180 Grad-Drehung gelang. Der Bündnispartner der vergangenen Jahre, welcher zumindest in der Öffentlichkeit durchaus mit lobenden Worten bedacht worden war, wurde nun verurteilt und angeprangert. Nicht nur, dass der neue Herrscher als Königsmörder verspottet wurde, auch die serbische Bevölkerung musste sich plötzlich als blutrünstig, barbarisch und anarchistisch charakterisieren lassen. Auf medialer Ebene wurde der Mord an König Alexander vor allem von der Österreichischen Kronen-Zeitung ausgeschlachtet. Wochenlang versorgte das Blatt seine Leser mit makabren und blutrünstigen Details über den Anschlag sowie mit einschlägigen Berichten über den Todeskampf des verratenen Königs Alexander. Die Darstellungen der sensationsgierigen Kronen-Zeitung waren freilich gespickt mit Unwahrheiten und Übertreibungen, die österreichisch-ungarische Leserschaft fühlte sich dadurch jedoch nicht gestört.¹²⁵

Bereits wenige Wochen nach der Thronbesteigung Peters I. waren die Beziehungen zwischen Serbien und der Habsburgermonarchie auf einem Tiefpunkt angelangt. Vor allem im Bereich der Wirtschaft zog die Annäherung Serbiens an Russland rasch Konsequenzen nach sich. Der

¹²³ <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=pel&datum=19030612&seite=1&zoom=33> (10.02.2014).

¹²⁴ Heinz Alfred Gemeinhardt, *Deutsche und österreichische Pressepolitik während der Bosnischen Krise 1908/09* (Husum 1980). S.78.

¹²⁵ vgl. Rathberger, *Blick*. S.41-42.

österreichisch-ungarische Handel mit den Balkanländern ging deutlich zurück. Zusätzlich begann man in Wien „mit Erschrecken festzustellen, daß die serbischen Ambitionen nicht nur unliebsame wirtschaftspolitische Konsequenzen mit sich brachten, sondern auch politische Fragen aufrollten, die den mühsam zusammengehaltenen Vielvölkerstaat in seinen Grundfesten zu erschüttern drohten.“¹²⁶ Auf dem Ballhausplatz beobachtete man vor allem die Subvention slawischer Zeitungen und die panserbische Propaganda, welche auch in Bosnien und der Herzegowina ihre Wirkung nicht verfehlte, mit wachsender Unruhe. Schreckensmeldungen über geplante Umstürze und Attentate auf österreichisch-ungarischem Territorium begannen die Regierung unter Druck zu setzen.

Die wirtschaftlichen Niederlagen Österreich-Ungarns auf dem Balkan waren freilich auch der Überheblichkeit des Ballhausplatzes geschuldet. 1905 brach Österreich-Ungarn etwa einen heute uncharmant als Schweinekrieg bezeichneten Konflikt mit Serbien vom Zaun. Im Rahmen der Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrages zeigte sich Serbien wenig erfreut mit den österreichisch-ungarischen Bedingungen. Als die Regierung in Belgrad schließlich eine Unterzeichnung verweigerte, ließ Außenminister Goluchowski den Viehimport aus Serbien in die Donaumonarchie unterbinden. „Die Balkanländer seien, so wurde im k. u. k. Ministerrat argumentiert, der Monarchie wirtschaftlich derartig ausgeliefert, daß man ruhig harte Forderungen an sie stellen dürfe, da sie ohnehin nachgeben würden.“¹²⁷ Die Hochmütigkeit und Arroganz der Diplomaten Österreich-Ungarns führte letztlich jedoch dazu, dass Serbien sowie dessen wirtschaftspolitische Möglichkeiten in fataler Art und Weise unterschätzt wurden.¹²⁸

Der am 7. Juli 1907 ausgerufene Zollkrieg endete für die Habsburgermonarchie in einem Debakel. Nicht nur auf wirtschaftlicher, sondern auch auf politischer Ebene wirkte sich der Handelskrieg mit Serbien verheerend aus. „Durch die Maßnahmen der Monarchie wurde eine Entwicklung eingeleitet, mit der sich hierzu parallel die serbische Außenpolitik umorientierte. Nutznießer dieser Tendenz wurde vor allem Rußland, aber auch das Deutsche Reich und Frankreich, die zunehmend die traditionelle Stellung Wiens in Wirtschafts- und

¹²⁶ Gemeinhardt, Pressepolitik. S.87.

¹²⁷ Afflerbach, Dreibund. S.612.

¹²⁸ vgl. Marie-Janine Calic, Sozialgeschichte Serbiens 1815 – 194. Der aufhaltsame Fortschritt während der Industrialisierung (München 1994). S.170-178.

Finanzaktivitäten ein- und übernahmen.“¹²⁹ Gleichzeitig verstärkte sich die austrophobe Stimmung in Serbien durch den Zollkrieg deutlich. Für Außenminister Goluchowski bedeuteten die Handelseinbußen auf dem Balkan freilich auch eine schwere persönliche Niederlage. In seiner Politik hatte er vor allem auf Bulgarien als zukünftigen Bündnispartner der Monarchie gesetzt. Serbien hingegen wurde von ihm als ein vom Chaos heimgesuchtes Land abgewertet. Der Königsmord von 1903 mag bei dieser Einschätzung eine zentrale Rolle gespielt haben.

Nach der Entlassung Goluchowskis am 24. Oktober 1906, welche nicht in dem gescheiterten Handelskrieg mit Serbien begründet lag, sondern durch unüberbrückbare Differenzen mit der magyarischen Elite der Donaumonarchie ausgelöst wurde, trat mit Alois Lexa Freiherr von Aehrenthal ein jahrelanger Gegenspieler Goluchowskis dessen Nachfolge als Außenminister an. Aehrenthal strebte zu Beginn seiner Amtszeit eine Verbesserung der Beziehungen zu Russland an. In Balkanfragen gestand er unumwunden ein, dass Österreich-Ungarn gerade im Umgang mit Serbien unverzeihliche Fehler begangen habe. Ähnlich wie sein Vorgänger setzte auch Aehrenthal auf ein starkes und selbstständiges Bulgarien, welches von der Habsburgermonarchie entsprechend unterstützt werden sollte.¹³⁰ In Bezug auf Albanien und Montenegro wünschte sich Aehrenthal zudem ebenfalls eine dominierende Stellung Österreich-Ungarns. Gerade in der Stärkung Bulgariens durch die Habsburgermonarchie wurde freilich der Gegensatz zwischen bewusst gesteuerten und provozierten Vorurteilen gegenüber dem Balkanstaat deutlich. Während die der österreichisch-ungarischen Regierung nahe stehenden Zeitungen die Einwohner Sofias als ungebildete und rückständige Bauern abqualifizierten und den Vorwurf äußerten, dass sich die Kultur in Bulgarien 500 Jahre lang nicht geändert hätte, setzten die Diplomaten auf dem Ballhausplatz große Hoffnungen auf eine enge Zusammenarbeit mit Sofia.¹³¹

Aehrenthals politische Überlegungen waren insgesamt stark geprägt durch den Zweibund mit dem Deutschen Reich. Gleichzeitig drängte er auch auf gute Beziehungen zu Dreibundpartner Italien sowie zum zaristischen Russland. Letztere Bemühungen ließen sich im Laufe seiner Amtszeit freilich kaum in die Realität umsetzen. Zumindest bei seinem Amtsantritt gestaltete

¹²⁹ Kurt Konrad Perlin, Der Zweibund im Spiegel der Annexionskrise. Dipl.-Arbeit (Wien 2008). S.26.

¹³⁰ vgl. Afflerbach, Dreibund. S.619.

¹³¹ vgl. Rathberger, Blick. S.8.

sich das Verhältnis zwischen St. Petersburg und Wien jedoch konfliktfrei. Diese Tatsache war maßgeblich auf die Schwäche des Zarenreiches nach der Niederlage im Russisch-Japanischen Krieg zurückzuführen. Dieses Faktum ausnutzend erwog Aehrenthal erstmals gegen Ende des Jahres 1907 eine Annexion der beiden Provinzen Bosnien und Herzegowina.¹³² Aehrenthals Überlegungen stießen innerhalb der Monarchie jedoch zunächst auf Skepsis, zumal die Annexion einen unweigerlichen Verstoß gegen die Bestimmungen des Berliner Kongresses bedeutet hätte. Zudem wäre das Habsburgerreich nach einer Annexion Bosniens und der Herzegowina auch mit Kompensationsforderungen von Seiten der europäischen Mächte, allen voran Italien, konfrontiert worden.

Zuletzt stellte sich außerdem noch die Frage, in welcher Art und Weise die beiden Provinzen administrativ in die Monarchie eingegliedert werden konnten. Das dualistische System des Habsburgerreiches barg ein großes Konfliktpotential in sich und ein Streit zwischen den beiden Reichshälften der Monarchie war vorprogrammiert. Auch Bestrebungen der Slawen in der Monarchie, den Dualismus in einen Trialismus umzuwandeln hätten durch eine Annexion Bosniens und der Herzegowina neue Nahrung erhalten. „Aehrenthal war ein Freund derartiger trialistischer Ideen, da sie in sein Programm innerer Gesundung und starker Außenpolitik paßten. Als die Beziehungen mit Serbien sich weiter verschlechterten, dehnte er den Gedanken sogar dahin aus, daß Serbien zwischen Bulgarien und der Monarchie aufgeteilt und alle südslawischen Völker unter habsburgischem Zepter vereint werden sollten.“¹³³ Diese auf Expansion ausgerichtete Ansicht des in der Regel friedliebenden Außenministers fand naturgemäß auch bei den obersten Militärs der Habsburgermonarchie großen Zuspruch. Vor allem der Chef des Generalstabes Franz Conrad von Hötzendorf forderte vehement einen Präventivkrieg gegen Serbien.¹³⁴ Ihm schien es geradezu als fahrlässig die Schwäche Russlands, welche Serbiens Schutzmacht darstellte, während und nach dem Russisch-Japanischen Krieg nicht auszunutzen.

Auch in der österreichisch-ungarischen Bevölkerung fand sich eine überwiegende Mehrheit, welche der Annexion Bosniens und der Herzegowina positiv gegenüberstand. Hierbei dürfte vor allem der durch die Regierung vermittelte Eindruck einer Kulturmission Österreich-

¹³² vgl. Faleschini, Beziehungen. S.39.

¹³³ Afflerbach, Dreibund. S.622.

¹³⁴ vgl. Dieter Hackl, Der Offensivgeist des Conrad von Hötzendorf. Dipl.-Arbeit (Wien 2009). S.43.

Ungarns auf dem Balkan eine zentrale Rolle gespielt haben. „Aus dem Jahr 1908 gibt es eine Reihe von Beispielen, die zeigen, wie präsent die Idee einer besonderen Mission der Monarchie auf dem Balkan offenbar quer durch alle politischen Lager war.“¹³⁵ Auf dem Ballhausplatz verstand man es jedenfalls vortrefflich, die Vorurteile der Bevölkerung gegenüber den als unzivilisiert und unkultiviert geltenden Balkanvölkern für sich zu nutzen und zu betonen, dass Österreich-Ungarns dreißigjähriger Einsatz in Bosnien und der Herzegowina von einer geradezu heldenmütig erbrachten Kulturarbeit geprägt war. Selbst der Regierung kritisch gegenüber stehende Medien wie die sozialdemokratische Arbeiter-Zeitung zeigten Verständnis für eine Annexion der beiden Provinzen und würdigten die unermüdliche Kolonisationsarbeit Österreich-Ungarns auf dem Balkan.

Den Ausschlag, der letztlich in die Annexion der beiden Provinzen mündete, gab wieder einmal die Schwäche des Osmanischen Reiches. Anfang Juli 1908 brach in Mazedonien überraschend eine jungtürkische Revolution aus, welche rasch an Fahrt aufnahm.¹³⁶ Den Jungtürken gelang mit ihrer Bewegung eine weitgehende Entmachtung des osmanischen Sultans, welcher am 24. Juli 1908 widerwillig eine Verfassung sowie die Bildung eines Parlamentes hinnehmen musste. Die Jungtürken drängten auf eine Modernisierung des Staates und forderten schließlich freie und unabhängige Wahlen. In Österreich-Ungarn fürchtete man letztlich, dass die Jungtürken die freien Wahlen auch in den Provinzen Bosnien und Herzegowina einfordern könnten. Am Ballhausplatz beobachtete man die Entwicklungen jedenfalls mit großer Sorge. Die Angst, die von den Jungtürken gebildete Regierung könnte die beiden Provinzen zurückfordern, ließ Aehrenthal jedenfalls in Richtung einer endgültigen Lösung der Situation drängen. Während Kaiser Franz Joseph nach den territorialen Einbußen, welche die Monarchie in Italien hatte hinnehmen müssen, eine Annexion Bosniens und der Herzegowina zumindest als kleine Kompensation ansah, war die Bevölkerung der Donaumonarchie gespaltenen Ansicht.

Hierbei spielten freilich die Vorurteile welche vom Ballhausplatz wie auch von den Medien gegenüber dem Balkan ins Feld geführt wurden eine entscheidende Rolle. Ein Großteil der Bevölkerung sah vor allem mit Schrecken, welche Unsummen die Monarchie bereits für die

¹³⁵ Rathberger, Blick. S.26.

¹³⁶ vgl. Mehmet Hacısalıhoğlu, Die Jungtürken und die mazedonische Frage 1890 – 1918. Diss. (München 2003). S.163-164.

Modernisierung Bosniens und der Herzegowina bereitgestellt hatte. Bei einer Aufgabe der beiden Provinzen wären die Investitionen umsonst gewesen. Bei dieser Betrachtung spielte vor allem das Vorurteil eines völlig unterentwickelten und rückständigen Balkans eine große Rolle. Andererseits fühlten sich etwa Bewohner der Steiermark vor einer Überflutung durch die Slawen bedroht.¹³⁷ Für diese Ansicht war ebenfalls die Sorge vor den als unzivilisiert geltenden Barbaren maßgebend. So wurden in der steirischen Bevölkerung etwa Ängste vor einer Zunahme der Kriminalität geschürt. Trotz der überwiegenden Befürwortung einer Annexion Bosniens und der Herzegowina durch die österreichisch-ungarische Bevölkerung wurden teilweise auch kritische Stimmen laut. Vor allem die Vorstellung, dass die unterentwickelten und von Elend heimgesuchten Provinzen der Monarchie lediglich Schaden zufügen konnten, war weit verbreitet. Besorgnis erfüllte die Menschen jedoch auch aufgrund der vom Ballhausplatz als besonders hinterhältig und gefährlich hochstilisierten panslawistischen Umtriebe, welche in Bosnien und der Herzegowina herrschten.

Auch im Umgang mit der Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina zeigte sich die negative Einstellung der Donaumonarchie gegenüber den Balkanvölkern deutlich. So wäre es etwa möglich gewesen, in Bosnien und der Herzegowina einen Landtag zu installieren. Dieser hätte selbst über eine Angliederung an die Monarchie entscheiden können. Auf dem Ballhausplatz wurde jedoch keineswegs „daran gedacht, der Bevölkerung der Provinzen wirkliche Mitsprachemöglichkeiten zu geben oder ihr gar die Entscheidung über ihre Zukunft vollständig selbst zu überlassen.“¹³⁸ Die Gefahr, dass sich die Bewohner der beiden Provinzen gegen eine Annexion an das Habsburgerreich entschieden hätten, wurde am Ballhausplatz als untragbar eingestuft. Gleichzeitig war den führenden Diplomaten der Monarchie auch die Tatsache bewusst, dass die österreichisch-ungarische Herrschaft nicht allorts mit Wohlwollen aufgenommen wurde. Vor allem bei den bosnischen Serben, welche von einem eigenen slawischen Staat träumten, war die Doppelmonarchie verhasst.

Bei der Entscheidung Bosnien und der Herzegowina kein Mitspracherecht in Bezug auf die geplante Annexion einzuräumen spielten die gegenüber dem Balkan bestehenden Vorurteile dem Ballhausplatz in die Hände. So war etwa die Meinung, dass die Einwohner des Balkanraumes mit demokratischen Einrichtungen beziehungsweise mit dem

¹³⁷ vgl. Rathberger, Blick. S.80.

¹³⁸ Afflerbach, Dreibund. S.625.

Parlamentarismus aufgrund ihrer geistigen Unreife ohnehin nicht umgehen könnten, in der Bevölkerung wie auch in der Medienlandschaft der Donaumonarchie weit verbreitet.¹³⁹ Auch herrschte die Meinung vor, dass den als räuberisch und unzivilisiert geltenden Balkanbewohnern am besten mittels einer strengen und autoritär geführten Herrschaft beizukommen sei. Ebenso war die österreichisch-ungarische Bevölkerung der Ansicht, dass ein mächtiger und anerkannter Staat wie die Habsburgermonarchie auf dem Balkan besonders forsch und aggressiv auftreten dürfe, zumal es sich bei den Balkanvölkern ohnehin um weitgehend unzivilisierte und rückständige Elemente handeln würde.

Typisch für die innerpolitischen Probleme des Vielvölkerstaates war auch die Tatsache, dass innerhalb der Monarchie Uneinigkeit über die administrative Verwaltung Bosniens und der Herzegowina herrschte. Auf dem Ballhausplatz entschloss man sich daher dazu, zuerst die Annexion durchzuführen und erst später Verhandlungen zwischen den beiden Reichshälften über den jeweiligen Einfluss in den neuen Provinzen aufzunehmen.¹⁴⁰ Über die Art und Weise der Verwaltung der beiden Provinzen gingen in der Monarchie schließlich die Wogen hoch. Vor allem die Arbeiter warnten in ihren Medien davor, Bosnien und Herzegowina als Kolonie mit geringen Rechten der einheimischen Bevölkerung einzustufen. Im Vordergrund stand die Kapitalismuskritik, welche freilich mit Hilfe von Vorurteilen gegenüber dem Balkan verstärkt zum Ausdruck kam. So mahnte die Arbeiter-Zeitung etwa mit deutlichen Worten, die ohnehin ärmliche Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina nicht noch weiter auszubeuten: „Man scheint die Europäisierung Bosniens so zu verstehen, daß man Land und Leute der Profitgier österreichischer und ungarischer Kapitalisten und Abenteurer ausliefert, die mit den Naturschätzen, namentlich mit den Wäldern wie mit den Menschen gleichmäßig Raubbau treiben“¹⁴¹, kritisierte das Blatt. Das als gutmütig beschriebene bosnische Volk müsse zudem vor kapitalistischer Habgier in Schutz genommen werden, forderte die Arbeiter-Zeitung.

Mit den europäischen Großmächten wollte Aehrenthal ähnlich verfahren wie mit der Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina. Er strebte danach, die Annexion einseitig zu verkünden und das europäische Mächtekonzept nicht in den Entscheidungsprozess

¹³⁹ vgl. <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19080729&seite=1&zoom=33> (10.02.2014).

¹⁴⁰ vgl. Jasmina Nuhanović, Annexion von Bosnien und Herzegowina zur Zeit der Österreich-Ungarischen Monarchie – eine kulturgeschichtliche Studie. Dipl.-Arbeit. (Wien 2009). S.36.

¹⁴¹ <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19080613&seite=2&zoom=33> (10.02.2014).

einzubinden. Selbst das Deutsche Reich, welches der wichtigste Bündnispartner der Doppelmonarchie war, wollte Aehrenthal nicht informieren. Innenpolitisch löste dieser Plan erneut große Widersprüche und Bedenken aus. Ministerpräsident Beck warnte etwa, dass diese Vorgehensweise eine völlige Missachtung des Berliner Vertrages darstellen würde.¹⁴² Auch befürchtete er Kompensationsforderungen von italienischer und russischer Seite. Letztlich zwangen jedoch bestehende Verträge Österreich-Ungarns mit dem Deutschen Reich sowie mit Russland und Italien Aehrenthal dazu, die genannten Mächte von einer Veränderung des Status quo auf dem Balkan in Kenntnis zu setzen.

Aehrenthal ging in den Gesprächen mit den ausländischen Diplomaten jedoch sehr unkonkret auf die bevorstehende Annexion ein. Mit Zweideutigkeiten und gekonnt eingesetzten Verschleierungen kündigte er mögliche Veränderungen auf dem Balkan an, von konkreten und eindeutigen Aussagen hielt er jedoch Abstand. Zusätzlich vermittelte er seinen Gesprächspartnern glaubhaft, dass sie mit ihrer Meinung beziehungsweise ihren Ansprüchen auf verlorenem Posten stehen würden, zumal eine etwaige Annexion Bosniens und der Herzegowina ohnehin von allen anderen europäischen Mächten akzeptiert werde.¹⁴³ Nicht unerwähnt bleiben darf an dieser Stelle freilich auch die Tatsache, dass Aehrenthal nicht alle europäischen Großmächte in dem selben Umfang von den bevorstehenden Aktionen in Kenntnis setzte. Als besonders heikel stellte sich etwa die Einbeziehung Russlands heraus, zumal das Zarenreich als der bedeutendste Gegenspieler der Monarchie auf dem Balkan galt.

Die entscheidenden Weichen für die bevorstehende Annexion wurden letztlich in einer vom österreichisch-ungarischen Außenminister geleiteten Ministerkonferenz am 19. August 1908 gestellt. Aehrenthals Vorstellungen nach einer raschen Annexion Bosniens und der Herzegowina stießen bei der Mehrheit der Konferenzteilnehmer auf ungeteilte Zustimmung. Auch die militärische Situation stimmte den Außenminister zuversichtlich, zumal davon ausgegangen wurde, dass sowohl Russland wie auch das Osmanische Reich für einen Krieg mit der Habsburgermonarchie nicht gerüstet wären.¹⁴⁴ Am 27. August 1908 setzte Aehrenthal schließlich den russischen Außenminister Alexander Iswolsky davon in Kenntnis, dass er das Zarenreich bei seinen Forderungen nach einer Öffnung der unter osmanischem Besitz

¹⁴² vgl. Faleschini, Beziehungen. S.40.

¹⁴³ vgl. Afflerbach, Dreibund. S.627.

¹⁴⁴ vgl. Perlin, Zweibund. S.78.

stehenden Meerengen zu unterstützen bereit sei, sofern St. Petersburg einer Annexion Bosniens und der Herzegowina wohlwollend gegenüberstehen werde.

„Iszowsky wollte letztlich das gleiche wie Aehrenthal: auf dem Balkan auf Kosten der Türkei für sein Land etwas heraushandeln, was auf eine Verletzung des Berliner Vertrages hinauslief. Er ging aber irrtümlicherweise davon aus, daß beide Schritte – die Annexion und die Meerengenfrage – in der Zukunft parallel behandelt werden und Rußland und Österreich ihren Gewinn gleichzeitig erhalten würden.“¹⁴⁵ Aehrenthal ließ seinen Gesprächspartner letztlich in dem Glauben, dass die Habsburgermonarchie bereit sei, auch für die russischen Interessen einzutreten, obwohl dies keineswegs der Fall war. Das unaufrichtige Vorgehen Aehrenthals machte schließlich auch im Umgang mit den anderen europäischen Mächten Schule. Die beiden Großmächte Großbritannien und Frankreich wurden von der bevorstehenden Annexion Bosniens und der Herzegowina erst gar nicht in Kenntnis gesetzt. Ebenso verfuhr Aehrenthal mit den Nachbarländern der Monarchie auf dem Balkan. Selbst die Dreibundpartner Deutschland und Italien wurden völlig unzureichend informiert und letztlich vor vollendete Tatsachen gestellt.

Am 4. September 1908 traf sich Aehrenthal mit dem italienischen Außenminister Tittoni, welcher nicht ahnen konnte, dass die Annexion unmittelbar bevorstand. Aehrenthal sprach mit dem italienischen Amtskollegen zwar über Balkanfragen, das Thema der Annexion Bosniens und der Herzegowina wurde jedoch lediglich theoretisch abgehandelt. Aehrenthal vermied es somit, Tittoni davon in Kenntnis zu setzen, dass die Annexion bereits innerhalb weniger Wochen Realität werden würde.¹⁴⁶ Ähnlich verfuhr der Chefdiplomat Österreich-Ungarns mit seinem deutschen Amtskollegen. Erst am 25. beziehungsweise am 26. September 1908 deckte Aehrenthal die Karten auf und teilte den Dreibundpartnern die bevorstehende Annexion Bosniens und der Herzegowina mit. „Aehrenthals Vorgehen gab allen anderen Mächten, auch den Verbündeten, Grund zur Kritik. Doch ist bei der Beurteilung seines Verhaltens immer in Rechnung zu stellen, daß der Annexionswunsch der Mehrheitsmeinung innerhalb der habsburgischen Führungselite entsprach und, aus der zeitgenössischen Perspektive beurteilt, verständlich war.“¹⁴⁷ Allerdings stellte die Annexion einen klaren

¹⁴⁵ Afflerbach, Dreibund. S.629.

¹⁴⁶ vgl. Faleschini, Beziehungen. S.41.

¹⁴⁷ Afflerbach, Dreibund. S.632.

Rechtsbruch des Berliner Vertrages dar, welcher auf diplomatischer Ebene höchstwahrscheinlich nie hätte erreicht werden können.

Am 6. Oktober 1908 vollzog die österreichisch-ungarische Regierung schließlich die Annexion der beiden Provinzen. Noch am selben Tag wurde die Bevölkerung davon in Kenntnis gesetzt. Am 7. Oktober 1908 veröffentlichte der österreichisch-ungarische Kaiser zudem ein Handschreiben, in dem er „die Ausdehnung seiner Souveränitätsrechte auf die beiden ehemaligen Provinzen des Osmanischen Reiches, sowie deren Integration in die bestehende Erbfolgeordnung der Habsburgermonarchie“¹⁴⁸ verkündete. „Durch die Annexion Bosnien-Herzegowinas erwarb der Kaiser nun endlich zwei neue Provinzen – der einzige Landgewinn in seiner langen Regierungszeit. Allerdings um einen Preis, den er nicht so hoch veranschlagt hatte.“¹⁴⁹ Der Sturm der Empörung nach der Bekanntgabe der Annexion, welche die meisten europäischen Mächte völlig unvorbereitet traf, ließ jedenfalls nicht lange auf sich warten.

Als besonders heikel gestaltete sich die Annexion nicht zuletzt deshalb, weil Bulgarien, das bis zu diesem Zeitpunkt ein Satellitenstaat des Osmanischen Reiches gewesen war, zeitgleich mit der Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn seine Unabhängigkeit von der Hohen Pforte erklärte und die Tributzahlungen einstellte.¹⁵⁰ Dass das Vorgehen zwischen Bulgarien und Österreich-Ungarn, welche die Schwäche des Osmanischen Reiches ausnutzten, nicht abgesprochen war, vermochten die europäischen Herrscherhäuser zu Recht nicht glauben. Interessant gestaltete sich schließlich auch die öffentliche Meinung in der Habsburgermonarchie über Bulgarien. Während der Balkanstaat noch wenige Wochen vor seiner Unabhängigkeitserklärung als zwielichtiger, von Bandenchefs regierter, Intrigant gegen österreichisch-ungarische Interessen angesehen wurde, änderte sich die mediale und öffentliche Beurteilung durch das parallele Vorgehen mit der Donaumonarchie plötzlich drastisch.¹⁵¹ In der Reichspost wurde das bulgarische Volk sogar als aufstrebend, intelligent und tapfer stilisiert.

¹⁴⁸ Perlin, Zweibund. S.85.

¹⁴⁹ Palmer, Franz. S.425.

¹⁵⁰ vgl. Härtel, Schönfeld, Bulgarien. S.168.

¹⁵¹ vgl. Rathberger, Blick. S.46.

Die internationalen Reaktionen auf den Vollzug der Annexion vielen schließlich außerordentlich heftig aus. Vor allem die britische Regierung verurteilte den Bruch des Berliner Vertrages durch Österreich-Ungarn vehement. Auch das Osmanische Reich, welches immerhin der Hauptgeschädigte war, protestierte heftig gegen das Vorgehen der Doppelmonarchie. Die Hohe Pforte lehnte „die Annexion kategorisch ab und rief umgehend zum Boykott österreichischer Waren auf, obwohl in den ersten Tagen nach der Annexion die Empörung über die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens größer war als“¹⁵² über das Vorgehen des Habsburgerreiches. „Wie eigentlich nicht anders zu erwarten, rückten sogleich alle, deren Einverständnis Aehrenthal sich gesichert zu haben glaubte, sofort von ihm ab. Ganz allgemein wurde Aehrenthal als Lügner hingestellt; ein Vorwurf, den der ungeheuer arrogante Mann ruhig und sarkastisch zur Kenntnis nahm“¹⁵³, zumal er freilich nicht gänzlich unbegründet ausgesprochen wurde.

In einer besonders unangenehmen Situation fand sich Russland nach der Bekanntgabe der Annexion wieder. „Der Großteil der Zeitungen und Dumaabgeordneten reagierte auf die Umwandlung des nun dreißigjahrelangen Okkupationsstatus der beiden Balkanprovinzen mit heftigem Protest“¹⁵⁴. Iswolsky realisierte zudem rasch, dass Aehrenthal ihn ausgetrickst hatte und dass mit einem Einverständnis Londons in Bezug auf die freie Durchfahrt Russlands durch die Meerengen nicht zu rechnen sei. Er stritt deshalb ab, von den österreichisch-ungarischen Vorhaben unterrichtet gewesen zu sein und schlug sich offen auf die Seite der Kritiker der Monarchie. Zudem drängte Iswolsky darauf, die Veränderungen auf dem Balkan auf einem internationalen Kongress zur Disposition zu stellen. Letztlich verschlechterte sich das Ansehen Österreich-Ungarns in Europa durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina auf eklatante Weise.

Während die Doppelmonarchie „bis dahin traditionell als Garant und Partner des europäischen Gleichgewichtssystems gegolten hatte, betrachtete man sie nunmehr stärker als europäischen Störenfried. Ihr Status veränderte sich infolgedessen von einem geachteten Mitglied des europäischen Konzerts zu einer Macht, der man – im Verein mit dem Deutschen

¹⁵² Perlin, Zweibund. S.87.

¹⁵³ Afflerbach, Dreibund. S.633.

¹⁵⁴ Waltraud Bayer, Die russische Presse während der bosnischen Krise 1908/9. Außenpolitische Zielvorstellungen der führenden Presseorgane vor dem Hintergrund der europäischen Politik. Diss. (Wien 1990). S.66.

Reich – durchaus aggressive Absichten unterstellte.“¹⁵⁵ Der Gegensatz zwischen der Monarchie und Russland vertiefte sich zudem nachhaltig. Das Verhältnis, welches schon immer von Spannungen geprägt war, schlug in offene Feindschaft um. Zar Nikolaus II. kündigte aus Wut und Enttäuschung über Österreich-Ungarn sogar die Balkanentente und ein Neutralitätsabkommen mit der Doppelmonarchie auf. Zusätzlich wies der Zar seine Diplomaten an, mit ihren österreichisch-ungarischen Amtskollegen nur mehr schriftlich Kontakt zu halten.

„Die Annexion hatte somit die ungeheuer folgenreiche Auswirkung, daß die seit 1897 zu beiderseitigem Vorteil bestehende Entente aufgelöst war; Österreich-Ungarn war nun mehr denn je außenpolitisch auf das Deutsche Reich angewiesen und hatte seinen relativen Spielraum vollständig eingebüßt.“¹⁵⁶ Zusätzlich drängte der russische Zar weiterhin auf die Abhaltung einer internationalen Konferenz. In dieser Forderung wurde er von der Regierung in London nachhaltig unterstützt. Der Druck Großbritanniens und Russlands erhöhte sich Mitte Oktober 1908 zudem deutlich. Die Regierungen gingen sogar dazu über, ein Konferenzprogramm auszuarbeiten, in dem Kompensationen für die Balkanstaaten Serbien und Montenegro Berücksichtigung fanden. Das Konzept wurde schließlich am 15. Oktober dem österreichisch-ungarischen Botschafter in London überreicht. Aehrenthal freilich „war auf keinen Fall zur Teilnahme an einer Konferenz bereit, die die Annexion als solche zum Gegenstand haben würde und sie in irgendeiner Weise in Frage stellen könnte.“¹⁵⁷ Auch die Kompensationsforderungen zu Gunsten Serbiens und Montenegros lehnte er ab.

In den beiden Balkanstaaten stieß die Annexion Bosniens und der Herzegowina auf große Erbitterung. Vor allem Serbien, das selbst nach dem Erwerb Bosniens gestrebt hatte, sah sich in seinen Hoffnungen tief enttäuscht. Wie ernst die Lage aus der Sicht Serbiens gesehen wurde, zeigt die Tatsache, dass der Balkanstaat 110 000 Reservisten einberief „und begann, Truppen ins Grenzgebiet zu verlegen. Damit waren bereits die ersten Schritte einer militärischen Eskalation der Krise getan.“¹⁵⁸ Für Serbien brach mit der Annexion Bosniens

¹⁵⁵ Jürgen Angelow, Kalkül und Prestige. Der Zweibund am Vorabend des Ersten Weltkrieges (Wien / Köln / Weimar 2000). S.196.

¹⁵⁶ Afflerbach, Dreibund. S.634.

¹⁵⁷ Aleš Skřivan, Schwierige Partner. Deutschland und Österreich-Ungarn in der europäischen Politik der Jahre 1906 – 1914 (Hamburg 1999). S.122.

¹⁵⁸ Jost Dülffer, Martin Kröger, Rolf-Harald Wippich, Vermiedene Kriege. Deeskalation von Konflikten der Großmächte zwischen Krimkrieg und Erstem Weltkrieg 1865 – 1914 (München 1997). S.604.

und der Herzegowina eine Welt zusammen. „Über Nacht schienen alle großserbischen Träume in weite Ferne gerückt. Ohne völkerrechtswidrig durch die Annexion berührt worden zu sein, fühlte sich Serbien in seiner Existenz bedroht, erhob territoriale Kompensationsforderungen und setzte erste Schritte in Richtung einer allgemeinen Mobilmachung.“¹⁵⁹ Serbiens Außenminister ging sogar so weit, zu behaupten, dass eine Annexion Bosniens und der Herzegowina ebenso katastrophal für sein Land sei, als wenn Österreich-Ungarn Serbien selbst annektiert hätte. Nicht zuletzt drückte dies die Angst der serbischen Diplomaten aus, dass die Annexion Bosniens und der Herzegowina lediglich die Vorstufe für eine Zerschlagung Serbiens darstellen würde.

Der serbische Kronprinz wiederum zeigte sich ebenfalls nicht bereit, die durch die Monarchie getätigten Schritte hinzunehmen. In einer Erklärung schwor er die Bevölkerung auf eine großserbische Idee ein und ergänzte sogar, dass er für diesen großserbischen Staat zu sterben bereit wäre.¹⁶⁰ Die Reaktionen Österreich-Ungarns auf die serbischen Maßnahmen und die getätigten Kampfansagen fielen interessanterweise sehr milde aus. Die Diplomaten der Monarchie betrachteten das Land als in jeder Hinsicht zweitklassig. Entscheidend für Aehrenthal war die Haltung der Großmächte. Während sich das Deutsche Reich und überraschenderweise auch Frankreich in nobler Zurückhaltung übten, fürchtete der österreichisch-ungarische Außenminister vor allem die britischen und die russischen Sanktionsmöglichkeiten. Serbien wurde jedoch trotz der vollzogenen Teilmobilmachung als Gegenspieler nicht ernst genommen. Sowohl die Diplomaten wie auch die führenden Militärs des Habsburgerreiches waren sich der Tatsache gewiss, dass es der Balkanstaat unmöglich alleine mit der Doppelmonarchie aufnehmen konnte.

Als Bezeichnend für den Umgang mit Serbien stellten sich schließlich auch die Reaktionen Österreich-Ungarns auf gemäßigte serbische Forderungen heraus. So suchte der serbische Ministerpräsident etwa das Gespräch mit dem Botschafter der Doppelmonarchie in Belgrad. In der Unterredung bat er den österreichisch-ungarischen Diplomaten um eine wenn auch nur geringfügige Korrektur der Grenzen, um den allgemeinen Aufschrei der serbischen Bevölkerung gegen Österreich-Ungarn abfangen zu können. Der Botschafter des Habsburgerreiches stellte dies jedoch nicht zur Debatte und ließ seinen serbischen

¹⁵⁹ Perlin, Zweibund. S.87.

¹⁶⁰ vgl. Afflerbach, Dreibund. S.635.

Gesprächspartner unmissverständlich abblitzen. „In Wien nahmen die Verhandlungen einen ähnlichen Verlauf. Die Erfüllung selbst der kleinsten symbolischen territorialen Konzession an Serbien wurde von der Monarchie aus Prestige Gründen grundweg abgelehnt.“¹⁶¹ Selbst die gemäßigten Wünsche Serbiens fanden somit in Österreich-Ungarn kein Gehör.

Die Monarchie war gegenüber seinem weit schwächeren Nachbarn in einer überlegenen Position, was die Diplomaten Österreich-Ungarns ohne Skrupel ausnutzten. Einschränkung muss an dieser Stelle jedoch auch betont werden, dass die serbischen Kompensationsforderungen von Beginn an aussichtslos erscheinen mussten. „Im übrigen ließe sich in der neueren Geschichte kaum ein Beispiel für eine Situation finden, in der eine Großmacht, ohne einen Krieg verloren zu haben, bereit gewesen wäre, einem kleinen Staat Land abzutreten, auf das dieser nach dem Völkerrecht zudem gar keinen Anspruch hatte. Von diesem Gesichtspunkt betrachtet, erscheinen die serbischen Bemühungen während der Bosnienkrise um territoriale Kompensation auf Kosten Österreich-Ungarns als ein in hohem Maße absurdes Unterfangen.“¹⁶² Die Diplomaten der Monarchie, welche die serbischen Gebärden ohnehin mit Argwohn betrachteten, sahen sich durch die unrealistischen Wünsche des Balkanstaates in ihren Ansichten schließlich zusätzlich bestätigt.

Im Unterschied zur serbischen Regierung, deren Meinung Österreich-Ungarn zu keinem Zeitpunkt der Annexionskrise besondere Bedeutung einräumte, war die Haltung des Deutschen Reiches von großer Relevanz. Umso überraschender erscheint es, dass das Deutsche Reich über die Annexionsabsichten Österreich-Ungarns bis zuletzt im Unklaren gelassen wurde. Trotz der Tatsache, dass Aehrenthal seinen wichtigsten Bündnispartner überrumpelt hatte, stärkte Berlin jedoch der Habsburgermonarchie in den schwierigen Tagen nach der Annexion den Rücken. „In einer Situation, in der Österreich-Ungarn der einzige wirklich verlässliche Verbündete war, war die Möglichkeit, daß Deutschland sich gegen die Annexion aussprach, praktisch ausgeschlossen.“¹⁶³ Auch war die Tatsache, dass die Doppelmonarchie ein Bollwerk gegen die serbischen Forderungen nach einem alle Slawen vereinenden Staat darstellte, für die Entscheidung des Deutschen Reiches von Bedeutung, zumal ein großserbisches Reich zweifelsohne eine Schwächung Österreich-Ungarns bedeutet

¹⁶¹ Perlin, Zweibund. S.92.

¹⁶² Skřivan, Partner. S.132-133.

¹⁶³ Ebd. S.114-115.

hätte. Dem serbischen Außenminister wurde aus Berlin deshalb unmissverständlich mitgeteilt, dass das Deutsche Reich jegliche Kompensationen zugunsten des Balkanstaates ablehne.

Während das Deutsche Reich die Konferenzidee Russlands vom Tisch wischte und Österreich-Ungarn damit inhaltlich voll unterstützte, drohte eine Eskalation des Konfliktes aufgrund der Weigerung Serbiens die Annexion anzuerkennen. Österreich-Ungarns Vorstellungen in Hinblick auf einen militärischen Konflikt mit dem Balkanstaat sahen jedenfalls drastische Veränderungen auf der europäischen Landkarte vor. „Auf Seiten Wiens wurden zwei Kriegsvarianten diskutiert. Aehrenthal hatte seit 1907 weiter dafür plädiert, Serbien im Kriegsfall mit Bulgarien zu teilen, also die serbische Staatlichkeit zu beenden.“¹⁶⁴ Das Deutsche Reich kannte und billigte diesen Plan ausdrücklich. Ende des Jahres 1908 nahm Aehrenthal zwar eine Revidierung dieses Planes vor, indem er verkündete, von einer langfristigen Besetzung Serbiens Abstand halten zu wollen und im Falle einer Eskalation lediglich eine Strafexpedition durchzuführen gedenke, für Serbien bedeutete dies jedoch keinerlei Anlass für Optimismus.

Alles in allem musste Serbien eine Demütigung sowie eine massive Beschneidung seiner Interessen hinnehmen, obwohl der Balkanstaat eigentlich im Recht war und lediglich die Einhaltung des Berliner Vertrages einforderte. Österreich-Ungarn wiederum breitete vor dem kleinen Nachbarstaat am Balkan sein volles Machtpotential aus und stieß aggressive Drohungen aus. Mit Generalstabschef Conrad von Hötzendorf besaß die Monarchie zudem einen äußerst einflussreichen Feldherrn, der von einer friedlichen Lösung des Konflikts nichts wissen wollte. Aufgrund der Schwäche Russlands nach der Niederlage im Krieg mit Japan regte Conrad regelmäßig einen Präventivschlag gegen Serbien an. „Für ihn war es der ideale Zeitpunkt, weil die Schutzmacht der Serben, Russland, militärisch nicht in der Lage schien, bei einem eventuellen lokal begrenzten Krieg einzugreifen.“¹⁶⁵ Ende November 1908 erklärte Kaiser Franz Joseph schließlich seine Zustimmung für die Verlegung von zusätzlichen Truppen nach Bosnien und der Herzegowina. Eine militärische Konfrontation begann sich damit immer stärker abzuzeichnen.

¹⁶⁴ Dülffer, Kröger, Wippich, Kriege. S.608.

¹⁶⁵ Hackl, Offensivgeist. S.43.

Die sich ankündigende Eskalation mit Serbien führte auf Seiten Österreich-Ungarns freilich zu einer peniblen Beurteilung der militärischen Lage. Interessant erscheint in diesem Zusammenhang, dass sowohl der österreichisch-ungarische Generalstabschef wie auch die führenden Militärs und Diplomaten keinerlei Sorgen vor einer militärischen Auseinandersetzung mit Serbien hatten. Auf dem Ballhausplatz rechnete man für den Fall eines Krieges fest damit, dass eine Eroberung des Landes innerhalb nur weniger Wochen gelingen würde. Diese Ansicht stand freilich in einem gewissen Gegensatz zu den 1878 in Bosnien gemachten Erfahrungen.¹⁶⁶ Der Okkupationsfeldzug hatte um ein vielfaches länger gedauert als vorgesehen, die Anzahl der eingesetzten Truppen mussten ständig erhöht werden und die Verluste der österreichisch-ungarischen Armee waren mit etwa 4 000 Soldaten außerordentlich hoch gewesen.

Ende des Jahres 1908 hatte sich der Gegensatz zwischen Österreich-Ungarn und Serbien weiter vertieft. Zusätzlich betrachtete auch Montenegro die Annexion für rechtswidrig. „In beiden Staaten verstärkte sich der öffentliche Unwille derart, daß überhaupt nicht mehr zu sehen war, wie die Affäre ohne Krieg aus der Welt zu schaffen sein werde.“¹⁶⁷ In dieser Situation versuchte Aehrenthal in erster Linie mit dem Osmanischen Reich eine Übereinkunft und somit eine Beilegung des Konflikts zu erreichen. Neben der Tatsache, dass Österreich-Ungarn auf eine Annexion des Sandschaks von Novi Pazar verzichtete, verlangte das Osmanische Reich von der Monarchie jedoch auch finanzielle Gegenleistungen. Letztendlich bezahlte das Habsburgerreich der Hohen Pforte eine Entschädigungssumme von 2 500 000 türkischen Pfund, woraufhin der Sultan sein Einverständnis zur Annexion der Provinzen Bosnien und Herzegowina erteilte.

Die Annexionskrise war damit jedoch mitnichten beigelegt. Vor allem Serbien provozierte Österreich-Ungarn nach wie vor mit unrealistischen Forderungen und antiösterreichischen Äußerungen. So verlangte die serbische Regierung etwa von Österreich-Ungarn die Preisgabe der annektierten Provinzen. Im Februar 1909 schloss selbst Aehrenthal einen Krieg mit dem Balkanstaat nicht mehr aus. Dem Deutschen Reich, welches ihn nach wie vor nachhaltig unterstützte, teilte Aehrenthal mit, dass er Serbien spätestens im März mit einem Ultimatum zu konfrontieren gedenke, sollte der Balkanstaat die Annexion Bosniens und der Herzegowina

¹⁶⁶ vgl. Rathberger, Blick. S.14-15.

¹⁶⁷ Afflerbach, Dreibund. S.652.

nicht anerkennen. Der im Gegensatz zu Conrad von Hötzendorf eher gemäßigt eingestellte Aehrenthal fühlte sich durch die serbischen Ansprüche zusehends herausgefordert. Die politischen Bestrebungen des Balkanstaates in Bezug auf die Annexionskrise bezeichnete er in einem Gespräch mit dem französischen Botschafter sogar als wahnwitzig.¹⁶⁸ Die der Monarchie feindlich gesinnte Politik Serbiens wurde in Österreich-Ungarn somit zusehends als Problem aufgefasst.

Die serbischen Forderungen, welche auf der strikten Einhaltung des Berliner Vertrages fußten, ließen eine Aggression durch Österreich-Ungarn schließlich immer wahrscheinlicher werden. Die Provokationen des Balkanstaates sind dabei umso verwunderlicher, zumal Serbien im Falle eines militärischen Konfliktes auf keinerlei Unterstützung zählen durfte. Mit dem Osmanischen Reich hatte sich die Donaumonarchie bereits geeinigt, Frankreich verhielt sich in der Annexionsfrage extrem zurückhaltend und Russland war nach den negativen Erfahrungen des Russisch-Japanischen Krieges noch nicht für ein weiteres militärisches Abenteuer bereit.¹⁶⁹ Das Deutsche Reich stärkte der Donaumonarchie zudem demonstrativ den Rücken. Serbien geriet dadurch immer stärker in eine isolierte Lage, welche vor allem die österreichisch-ungarischen Militärs ausnutzen wollten. Doch auch die Diplomaten des Außenministeriums sehnten sich danach, dem unangenehmen Nachbarn im Süden eine Lektion zu erteilen.

Aehrenthal etwa schwebte eine Demütigung Serbiens vor: „Der serbische Lausbub hat in unserem Garten Äpfel stehlen wollen, wir haben ihn gepackt und werden ihn erst loslassen, wenn er dauernde Besserung verspricht“¹⁷⁰, stellte der Außenminister siegessicher in einem privaten Gespräch fest. Auch in Berlin war die Regierung optimistisch, die Annexionsfrage in kurzer Zeit endgültig klären und abschließen zu können. Das Deutsche Reich rang sich deshalb zu einer wenig diplomatischen Aktion durch, welche das ohnehin schon angespannte Verhältnis zu Russland weiter belasten sollte. In einer Demarche an den Außenminister des Zarenreichs forderte Berlin ultimativ eine eindeutige Stellungnahme Russlands zur Annexion von Bosnien und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn. Im Falle einer Weigerung des

¹⁶⁸ vgl. Skřivan, Partner. S.163.

¹⁶⁹ vgl. Perlin, Zweibund. S.106.

¹⁷⁰ Afflerbach, Dreibund. S.655.

Zarenreiches der Annexion zuzustimmen, drohte das Deutsche Reich seinem östlichen Nachbarn unverhohlen mit Konsequenzen.

„Indem die russische Regierung vor die Wahl gestellt wurde, entweder die Annexion anzuerkennen oder einen mit voller deutscher Rückendeckung erfolgenden Angriff Österreich-Ungarns auf Serbien zu riskieren, hatte die Krise ihren Höhe- und zugleich Wendepunkt erreicht. Am 24. März teilte Iswolski dem deutschen Botschafter mit, er akzeptiere die Annexion ohne weitere Bedingungen.“¹⁷¹ Mit der, einer russischen Kapitulation gleich kommenden Entscheidung, die Annexion Bosniens und der Herzegowina durch die Donaumonarchie hinzunehmen, war die Gefahr eines großen Europa erfassenden Krieges gebannt. Gleichzeitig machte das Nachgeben Russlands den Weg frei für eine Abrechnung der Habsburgermonarchie mit Serbien. Die Donaumonarchie begann schließlich am 29. März 1909 mit der Mobilmachung ihrer Armee und baute damit eine Drohkulisse auf, der Serbien nichts entgegenzusetzen hatte.

Eine Strafexpedition gegen den südlichen Nachbarn der Monarchie war freilich zu diesem Zeitpunkt nicht beschlossen, obwohl zahlreiche führende Diplomaten wie etwa der Sektionschef des Außenministeriums das „serbische Geschwür“¹⁷² zu beseitigen wünschten. Auch die Presse machte schließlich Front gegen Serbien und zahlreiche Zeitungen der Monarchie sinnierten über eine mögliche Einverleibung des Landes durch die Habsburgermonarchie. Die Grazer Tagespost urteilte etwa, dass das serbische Volk nicht dazu verdammt sei, „in der ihm zugeschriebenen Gewalttätigkeit und „Primitivität“ zu verharren, es bräuchte nur etwas „eiserne Disziplin“, eine „Wohltat“, die man ihm am liebsten als Teil des „Kulturstaats“ Österreich-Ungarn zuteil kommen lassen wollte.“¹⁷³ Aber auch im Außenministerium selbst liebäugelte man in überheblicher Weise mit dem Gedanken, den als Verschwörernest bezeichneten Balkanstaat auszufegen und das serbische Volk von seinen negativen Elementen zu befreien. In einer sehr einfältigen Art und Weise wurde die Bevölkerung Serbiens somit in gute wie auch in schlechte Menschen eingeteilt.

¹⁷¹ Dülffer, Kröger, Wippich, Kriege. S.610.

¹⁷² Angelow, Kalkül. S.199.

¹⁷³ Rathberger, Blick. S.75.

Eine langfristige Besetzung oder gar Einverleibung Serbiens war jedoch letztlich nur Wunschdenken. Aehrenthal hatte bereits im Dezember 1908 bestimmt, dass ein Feldzug gegen Serbien auf keinen Fall ein Eroberungskrieg sein würde. Er sehnte sich lediglich danach, dem Balkanstaat eine Lektion zu erteilen.¹⁷⁴ In seinen Forderungen gegenüber Belgrad konnte er zudem dank der Rückendeckung des Deutschen Reiches und dem Zurückweichen Russlands hart und unnachgiebig bleiben. „Nach Aehrenthals Meinung sollte Serbien alle seine Proteste gegen die Annexion aufgeben, sich zu einer Politik der freundschaftlichen Nachbarschaft gegenüber der Habsburgermonarchie verpflichten, die Heeresstärke auf den Stand vom Frühjahr 1908 senken, eine Entwaffnung der irregulären Verbände vornehmen und deren eventuelle Neuformierung, sowie ein Einsickern über die österreichisch-ungarische und türkische Grenze verhindern.“¹⁷⁵ Eine Fürsprache Englands zu Gunsten Serbiens scheiterte schließlich an der Hartnäckigkeit des Ballhausplatzes.

„Aehrenthals Festhalten an den Bedingungen sollte allerdings nicht bedeuten, dass er es auf einen Krieg mit Serbien ankommen lassen wollte. Aehrenthal dachte lediglich daran, die vollzogene Annexion zu verteidigen, ohne dabei weitere Forderungen“¹⁷⁶ durchsetzen zu wollen. In erster Linie ging es ihm darum, eine Erniedrigung des Landes zu erreichen. Serbien fehlten letztlich politische und militärische Alternativen, wodurch der Balkanstaat gezwungen war, die Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn anzuerkennen. Am 31. März 1909 informierte die Regierung in Belgrad die Habsburgermonarchie von ihrer Zustimmung. Gleichzeitig versprach Serbien der Donaumonarchie eine gute Nachbarschaft sowie die Einhaltung der in der österreichisch-ungarischen Note geforderten Bedingungen. Mittelfristig kam Serbien seinen Verpflichtungen freilich nicht nach. Die gemachten Versprechen wurden lediglich für kurze Zeit eingehalten.

Am 19. April 1909 wurden entscheidende Passagen des Berliner Vertrages zu Gunsten Österreich-Ungarns geändert. Die Annexion war damit endgültig vollzogen und von den europäischen Herrscherhäusern vollständig anerkannt. „Vor allem in Österreich-Ungarn, wo sich die Öffentlichkeit zunehmend beunruhigter über den langen Verlauf der Annexionskrise

¹⁷⁴ vgl. Angelow, Kalkül. S.199.

¹⁷⁵ Skřivan, Partner. S.189-190.

¹⁷⁶ Perlin, Zweibund. S.113.

gezeigt hatte, herrschten nun offen Triumphgefühle.“¹⁷⁷ Aehrenthal wurde zudem mit Lob überhäuft und vom Kaiser schließlich in den Grafenstand versetzt. „In die allgemeine Euphorie mischten sich jedoch auch warnende Stimmen, die die Zukunftsaussichten nicht so optimistisch beurteilten und eher von einem Pyrrhussieg sprachen.“¹⁷⁸ Tatsächlich stellte sich der Erfolg Österreich-Ungarns rasch als zweifelhaft heraus, zumal die Donaumonarchie in Europa in weiterer Folge kaum mehr als verlässlicher Partner, sondern vielmehr als Störenfried, angesehen wurde.

Trotz der russischen Niederlage in der Annexionskrise erfuhren die panslawistischen Strömungen im Zarenreich eine deutliche Stärkung. In Serbien wurde die österreichisch-ungarische Demütigung zudem als Schikane bewertet und die Stimmung gegenüber der Habsburgermonarchie blieb äußerst feindselig. „Damit waren in der bosnischen Krise wesentliche Weichenstellungen vorgenommen worden, die schließlich in die Julikrise 1914 mündeten, die ohnehin von der diplomatischen Grundkonstellation her gewisse Parallelen zur bosnischen Krise besaß.“¹⁷⁹ Eine Veränderung erfuhren jedoch nicht nur die Beziehungen Österreich-Ungarns zu Russland und Serbien, auch das Verhältnis zum Deutschen Reich hatte sich massiv gewandelt. Die Furcht vor einer möglichen Isolation bewog Deutschland schließlich zu einem massiven Eintreten für die Interessen der Monarchie. Ein militärischer Konflikt der Großmächte und somit ein möglicher Weltkrieg konnte lediglich deshalb aufgeschoben werden, weil Russland nicht kriegsbereit war.

8. Pulverfass Balkan? Der Erste und der Zweite Balkankrieg

Während die Habsburgermonarchie sich in der Annexionskrise noch als Sieger fühlen durfte, fesselten bereits wenige Jahre darauf die Ereignisse auf dem Balkan erneut das europäische Mächtekonzept. „Am 15. März 1912 war unter russischem Patronat zunächst ein Bündnis zwischen Serbien und Bulgarien zur Abwehr einer österreichisch-ungarischen Expansion, vor allem aber zur Aufteilung des türkischen Restgebietes in Europa geschlossen worden. Diesem Bund schlossen sich einige Zeit später auch Montenegro und Griechenland an. Der somit ins

¹⁷⁷ Afflerbach, Dreibund. S.657.

¹⁷⁸ Gemeinhardt, Pressepolitik. S.372.

¹⁷⁹ Afflerbach, Dreibund. S.658.

Leben gerufene Balkanbund drohte den Status quo auf dem Balkan zu verändern.“¹⁸⁰ Freilich hatten sich die russischen Initiativen eher gegen Österreich-Ungarn und weniger gegen das Osmanische Reich gerichtet, in der Realität entschieden sich die verbündeten Balkanstaaten jedoch zu einem gemeinsamen militärischen Vorgehen gegen die Hohe Pforte. Die offen zur Schau gestellte Bereitschaft zum Krieg schockierte die russische Führung zudem. Zu spät erkannte man letztlich in St. Petersburg, dass ein Krieg auf dem Balkan einen empfindlichen Rückschlag für die russischen Absichten, etwa eine Eroberung der Meerengen, bedeuten konnte.

Während auf dem Balkan ein militärischer Konflikt auszubrechen drohte, war die Donaumonarchie mit innenpolitischen Agenden gefesselt. Am 17. Februar 1912 war der gesundheitlich angeschlagene Außenminister Aehrenthal an einem Herzinfarkt gestorben. Sein Nachfolger Leopold Graf Berchtold trat bereits einen Tag vor dem Ableben Aehrenthals dessen Nachfolge an. „Berchtold war zweifellos eine Persönlichkeit ganz anderer Prägung als Aehrenthal, der ihn für dieses Amt empfohlen hatte. Anders als sein Vorgänger, besaß er nicht genügend Selbstvertrauen und Entschiedenheit, die ein tatkräftigeres Handeln in Krisensituationen so dringend erforderte.“¹⁸¹ Kaiser Franz Joseph attestierte Berchtold jedoch eine staatsmännische Einstellung und überredete den, seinem beruflichen Aufstieg skeptisch gegenüberstehenden, Diplomaten, Aehrenthals Nachfolge anzutreten. Ähnlich wie sein Vorgänger war auch Berchtold an der Erhaltung des Status quo auf der Balkanhalbinsel interessiert.

Nicht nur Österreich-Ungarn, auch Frankreich, Großbritannien und sogar Russland forderten im Oktober 1912 die Aufrechterhaltung des Friedens von den Balkanvölkern ein und übergaben in den Hauptstädten dementsprechende Noten. Der Balkanbund ließ sich von diesen Initiativen jedoch nicht mehr bremsen. Am 8. Oktober 1912 erklärte Montenegro dem Osmanischen Reich den Krieg. Am 17. Oktober 1912 folgten die Kriegserklärungen von Serbien, Bulgarien und Griechenland. „Die Vermittlungspolitik und die Erhaltung des Status quo waren fehlgeschlagen.“¹⁸² Obwohl sich die österreichisch-ungarische Regierung, nicht zuletzt aufgrund des fehlenden Rückhalts des Deutschen Reiches, bereits zu Beginn der

¹⁸⁰ Angelow, Kalkül. S.285.

¹⁸¹ Skřivan, Partner. S.255.

¹⁸² Faleschini, Beziehungen. S.62.

Eskalation gegen ein militärisches Eingreifen der Monarchie aussprach, zeigte sich Berchtold nicht gewillt, „eine einseitige Neuordnung Südosteuropas durch die Aggressionspolitik der Balkankräfte hinzunehmen.“¹⁸³ Das Außenministerium war zudem gewillt, den Krieg auf dem Balkan vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht auszunutzen und seine Handelsbeziehungen mit den betreffenden Staaten zu intensivieren.

In den Printmedien der Habsburgermonarchie wurden umfangreiche Schmähgedichte und Spottverse gegenüber den Krieg führenden Balkanvölkern bemüht. Das Vorurteil vom Pulverfass Balkan trat darin deutlich zu Tage: „Tapfre Griechen, tapfre Serben, die sonst nur aus Liebe sterben, Montenegros rauhe Streiter, und Bulgariens flinke Reiter tauschen Hirtenstab und Flöte nun mit anderem Geräte. [...] Milan Grivicic aus Serbien denkt im Kriegsfall nie ans Sterbien [...] Kralevic der Hammeldieb Hat den Krieg fast gar nicht lieb [...] Kinder, Greise, Weiber, Affen, Krüppel ruft man unter Waffen [...] Und der Türk in seiner Ruh' Sieht wie immer schmunzelnd zu [...] Mit vier gut gezielten Watschen Sieht man ihn hinaus karbatschen All die Störer seiner Ruh Und dann träumt er wieder zu.“¹⁸⁴ Interessant ist vor allen Dingen, dass das Schmähgedicht nicht ausschließlich negativ geprägt ist. So werden etwa romantische Stereotype über die Tapferkeit sowie die Gewandtheit der Balkankämpfer dargebracht. Insgesamt steht dennoch die Betonung der militärischen Unfähigkeit der Griechen, Serben, Montenegrier und Bulgaren im Vordergrund. Diese Einschätzung sollte sich im Ersten Balkankrieg allerdings als unhaltbar erweisen.

Bereits wenige Tage nach Kriegsbeginn bahnte sich für Österreich-Ungarn zudem ein diplomatisches Problem erster Ordnung an. Am 30. Oktober 1912 hatte der Ballhausplatz im Zuge des Einmarsches serbischer Truppen in Prizren jeglichen Kontakt zu seinem in der albanischen Stadt befindlichen Konsul Oskar Prochaska verloren. „Sofort begannen sich, entsprechend dem Bild, das man von den [...] Serben hatte, Gerüchte zu verbreiten, der Konsul sei völkerrechtswidrig gefangen genommen, verletzt, vielleicht gar getötet, davor möglicherweise kastriert oder auf andere Weise verstümmelt worden.“¹⁸⁵ Von der vor jeglicher seriösen Recherchearbeit zurückschreckenden österreichisch-ungarischen Presse

¹⁸³ Gerd Erwin Böhm, *Neutrale Positionen der Donaumonarchie. Fallstudie zum neutralen Krisenverhalten Wiens vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges*. Dipl.-Arbeit (Wien 1993). S.215.

¹⁸⁴ vgl. Rathberger, *Blick*. S.16.

¹⁸⁵ vgl. Ebd. S.35.

wurde sogar das Gerücht, wonach das Konsulat der Monarchie in Prizren gestürmt worden sei, in die Welt gesetzt. Aufgrund eines Übersetzungsfehlers kursierte in Wien sogar die Befürchtung, dass Prochaska entmannt worden sei. Mitte November 1912 folgten schließlich völlig aus der Luft gegriffene Berichte, welche von der Ermordung der Konsulatsmitarbeiter sowie von der Massakrierung von sich im Konsulat befindenden Kindern, berichteten.

Zur gleichen Zeit, vermutlich am 17. November, traf in Wien allerdings eine Ansichtskarte des österreichisch-ungarischen Konsuls ein, welche an Außenminister Berchtold gerichtet war. Obwohl aus dem Gruß in die Heimat zweifelsfrei herauszulesen war, dass sämtliche Behauptungen der letzten Wochen, sowohl was das Wohlergehen Prochaskas, wie auch was die Erstürmung des Konsulatsgebäudes durch serbische Truppen betrifft, jeglicher Grundlage entbehrten, sah sich das Außenministerium nicht dazu veranlasst, die Zeitungsberichte der letzten Wochen zu dementieren.¹⁸⁶ Die fehlende Reaktion auf die in den Medien verbreiteten Unwahrheiten und Lügen zeigt deutlich auf, welches Kalkül die österreichisch-ungarische Diplomatie im Herbst 1912 verfolgte. Im Hinblick auf eine mögliche Konfrontation der Donaumonarchie mit Serbien, befürworteten und schürten die Spitzen des Staates eine, durch Propaganda und Fehlinformationen entstandene, aufgeheizte Stimmung innerhalb der Bevölkerung.

Erst am 28. November 1912 unterrichteten die österreichisch-ungarischen Diplomaten die Presse von der Tatsache, dass der Konsul am Leben sei. Den Anschuldigungen gegen Serbien tat dies jedoch keinen Abbruch. Die Zeitungen forderten mittlerweile einen militärischen Präventivschlag gegen den Balkanstaat und hetzten unentwegt gegen das als grausam und barbarisch beschriebene serbische Volk. Erst am 17. Dezember 1912 gab das Außenministerium in Form einer öffentlichen Aussendung bekannt, dass sich Konsul Prochaska bester Gesundheit erfreue. Gleichzeitig verwies man sämtliche Spekulationen über dessen Gefangennahme sowie dessen Misshandlung ins Reich der Legenden.¹⁸⁷ Dieses späte Eingreifen des Ministeriums, das bereits seit rund einem Monat wusste, dass Prochaska wohlauf war, brachte der Donaumonarchie vor allem international schlechte Kritiken ein. In

¹⁸⁶ vgl. Robert A. Kann, Die Prochaska-Affäre vom Herbst 1912. Zwischen kaltem und heißem Krieg (Wien 1977), S.7-8.

¹⁸⁷ vgl. <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=pel&datum=19121217&seite=1&zoom=33> (10.02.2014).

den europäischen Hauptstädten äußerten sich die Diplomaten jedenfalls weitgehend enttäuscht über die zweitklassige Vorgangsweise Österreich-Ungarns.

Im Habsburgerreich freilich führte die Affäre Prochaska zu einer merkblichen Veränderung der Stimmungslage innerhalb der Bevölkerung. So forderten die Besucher der Wiener Kaffeehäuser sowie der Varietés nachhaltiger denn je das Prinz Eugen Lied, wobei sie mit großer Zustimmung und Begeisterung mitsangen und dadurch den Siegeszug Österreich-Ungarns über das auch auf dem Balkan herrschende Osmanische Reich feierten. Ein Teil der Bevölkerung Österreich-Ungarns brachte damit ihren Wunsch, dass das Heer der Donaumonarchie nach Südosten marschieren solle, deutlich zum Ausdruck. Aber nicht nur harmlose Gesänge prägten das Stadtbild. Ende 1912 kam es vermehrt zu tätlichen Angriffen auf serbische Bürger, wobei diese nicht selten von einer wütenden Menschenmenge zusammengeschlagen wurden.¹⁸⁸ Der offen gezeigte Patriotismus schlug somit in Brutalität und in menschenverachtendes Vorgehen um. Passend zur Stimmung eines Teils der Bevölkerung zeigten sich schließlich viele Bürger enttäuscht darüber, dass dem Konsul doch nichts zugestoßen sei, zumal damit jeder Kriegsgrund gegen Serbien weggefallen war.

Militärisch gesehen hoffte Österreich-Ungarn im Ersten Balkankrieg auf einen Sieg des Osmanischen Reiches, wenngleich die verbündeten gegnerischen Armeen zahlenmäßig in der Übermacht waren. Auch eine Pattsituation hätte der Donaumonarchie möglicherweise in die Hände gespielt und eventuell deren Vermittlung notwendig gemacht. „Doch dieses Kalkül sollte nicht aufgehen. Für das Osmanische Reich verlief der Krieg katastrophal. Die bulgarische Hauptmacht erzielte in Thrakien rasche und glänzende Erfolge, und im November 1912 standen die bulgarischen Truppen vor der Çatalca-Linie, nur 40 Kilometer vor Konstantinopel; ihr Kanonenfeuer war bis in die Stadt hinein zu hören.“¹⁸⁹ Darüber hinaus konnten auch Serbien und Griechenland militärische Erfolge erringen, was die Bereitschaft des Osmanischen Reiches einem Waffenstillstand zuzustimmen noch zusätzlich erhöhte. Dies rief im Dezember 1912 die von der Hohen Pforte um Vermittlung gebeten europäischen Großmächte auf den Plan.

¹⁸⁸ vgl. Kann, Prochaska-Affäre. S.12.

¹⁸⁹ Afflerbach, Dreibund. S.726.

Die katastrophale Niederlage des Osmanischen Reiches stieß auf dem Ballhausplatz trotz anfänglicher Hoffnungen auf einen Sieg der Hohen Pforte auf wenig Bedauern. In der öffentlichen Darstellung wurden schließlich die Brutalität sowie die Grausamkeit des Balkankrieges in den Vordergrund geschoben, wobei auch die religiöse Komponente betont wurde. Die Andersartigkeit des Balkanraumes konnte somit auch mit Hilfe von religiösen Unterschieden hervorgehoben werden.¹⁹⁰ Die Überlegenheit der christlich abendländischen Kultur wurde in der Presse schließlich mit dem Verweis auf den von Tod, Zerstörung und Verwüstung begleiteten Untergang des Halbmondes untermauert. Der Balkankrieg wurde als ein blutiges Gemetzel beschrieben, wobei die Presse eine Verbindung zwischen den Schrecken verbreitenden Osmanen des 16. und 17. Jahrhunderts und der Situation von 1912 herleitete. Dadurch sollte letztlich die Herrschaft des nun scheinbar untergehenden Halbmondes als grausam, blutrünstig und unzivilisiert entlarvt werden.

Auf Initiative Englands vereinbarten die europäischen Großmächte schließlich Ende Dezember 1912 die Abhaltung einer Botschafterkonferenz zur Lösung der Balkankrise. „Die Londoner Botschafterkonferenz war ein in mehrfacher Hinsicht bemerkenswertes Moment, mit Einfluß auf die Entwicklung der internationalen Beziehungen vor dem ersten Weltkrieg. Diese vollkommen informelle Versammlung tagte [...] mehrere Monate lang, und obwohl ihre Ergebnisse nicht immer alle Erwartungen erfüllt haben, trug sie auf sehr grundlegende Art und Weise zur Lösung der Probleme und zur Friedensbewahrung bei.“¹⁹¹ Im Fokus der Konferenz standen zu Beginn die Albanienfrage sowie die Forderung Serbiens nach einem Adria-hafen. Der österreichisch-ungarische Außenminister hatte freilich die Anweisung erteilt, über die Wünsche Serbiens nach einem Zugang zum Meer nicht einmal zu verhandeln. Eine derartige Stärkung des Gegenspielers der Monarchie auf dem Balkan war er nicht bereit hinzunehmen.¹⁹²

Die ersten Verhandlungsrunden brachten für Österreich-Ungarn schließlich ein vielversprechendes Ergebnis: „Bereits auf der ersten Sitzung der Botschafter vom 13. Dezember 1912 mußte sich der russische Delegierte davon überzeugen, daß er mit seiner Forderung nach einem Adria-hafen für Serbien isoliert dastand. Auch bei der Festlegung der

¹⁹⁰ vgl. Todorova, Erfindung. S.37.

¹⁹¹ Skřivan, Partner. S.308.

¹⁹² vgl. Böhm, Positionen. S.217.

Grenzen eines künftigen albanischen Staates – der von Montenegro im Norden bis Griechenland im Süden entlang der Küste verlaufen sollte – folgte das Mächtekonzept zunächst den Vorstellungen Österreich-Ungarns.¹⁹³ Im Osten Albaniens wurde der Grenzverlauf jedoch entgegen den österreichisch-ungarischen Wünschen gezogen. Einige bedeutende Handelsplätze sollten etwa an Griechenland beziehungsweise Serbien fallen, was von der Donaumonarchie heftig kritisiert wurde.

Um die „Skutari-Frage“ zu einem positiven Abschluss zu bringen scheute die Habsburgermonarchie nicht davor zurück, serbische Grausamkeiten und Gräueltaten auf albanischem Boden hervorzuheben. Die Meinung eines albanischen Politikers, wonach die Serben Schandtaten von unvorstellbarem Ausmaß begangen hätten wurde in Österreich-Ungarn jedenfalls begeistert aufgenommen und in der Presse weiterverbreitet. „Nicht einmal die abscheulichsten Barbaren haben solche Verheerungen angerichtet“¹⁹⁴ war schließlich im Pester Lloyd zu lesen. Alte Vorurteile über die Hinterhältigkeit und Brutalität des serbischen Volkes wurden bemüht. Auch der Königsmord von 1903, welcher in Österreich-Ungarn dazu benutzt wurde, um das gesamte serbische Volk als eine Bande von Meuchelmördern zu verunglimpfen, geriet in diesem Zusammenhang wieder ins Gedächtnis so manchen Serbenhassers.¹⁹⁵ Zwar gab es in anderen Blättern auch Meldungen, wonach die albanische Bevölkerung die einmarschierenden Serben jubelnd als Befreier begrüßen würde und es zu keinerlei Gewalttätigkeiten gekommen sei, diese Meldungen stehen jedoch in scharfem Widerspruch zu neueren wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Während Österreich-Ungarn intensive Anstrengungen bemühte, um seine geopolitischen Forderungen auf dem Balkan durchzusetzen, stand die deutsche Regierung dem Wirken der Donaumonarchie eher passiv gegenüber. Auch hier spielte ein bedeutendes Vorurteil gegenüber dem Balkan eine zentrale Rolle. Wilhelm II. war nämlich der Meinung, dass die von ihm gering geschätzten Wiesen von Skutari keinen Krieg wert wären.¹⁹⁶ Letztlich gelang es den Diplomaten des Habsburgerreiches jedenfalls zu erreichen, dass die Stadt Skutari Albanien zugesprochen wurde. Montenegro und Serbien setzten sich allerdings zur Bestürzung der Habsburgermonarchie über die Beschlüsse der Botschafterkonferenz hinweg

¹⁹³ Angelow, Kalkül. S.293.

¹⁹⁴ Rathberger, Blick. S.56.

¹⁹⁵ vgl. Afflerbach, Dreibund. S.610.

¹⁹⁶ vgl. Kann, Prochaska-Affäre. S.36-37.

und belagerten die Stadt. Während die übrigen Großmächte anfangs mäßiges Interesse an der Durchsetzung ihrer Beschlüsse zeigten, bemühte sich Österreich-Ungarn nach Kräften, den eigenen sowie den albanischen Belangen zum Durchbruch zu verhelfen.

„Die österreichische Entschlossenheit zu einem möglichen Alleingang trieb die in London verhandelnden Botschafter zu größerer Aktivität an. Noch am 22. März forderten sie Serben und Montenegriner auf, die Belagerung Skutaris abubrechen und das Albanien zugesprochene Gebiet zu räumen.“¹⁹⁷ Sieben Tage später, am 29. März 1913 informierte Berchtold schließlich die englische Regierung von den Absichten der Monarchie, sollten Serbien und Montenegro sich nicht zurückziehen. Auf dem Ballhausplatz war man jedenfalls zu einem lokal begrenzten Krieg bereit, um die Integrität Albaniens zu schützen und die eigenen Interessen zu verteidigen. Vor allem die Tatsache, dass Serbien und Montenegro es wagten die Habsburgermonarchie herauszufordern wurde auf dem Ballhausplatz mit äußerster Missbilligung aufgenommen. In der Bevölkerung der Monarchie existierte ohnehin die weit verbreitete Ansicht, wonach ein winziger und unbedeutender Balkanstaat es niemals wagen dürfe, einen Staat wie Österreich-Ungarn herauszufordern. Zusätzlich zu den bestehenden Vorurteilen sah sich die Regierung in Wien zudem als Schutzmacht Albaniens, was allerdings nicht bedeutete, dass der junge Balkanstaat vor in der Monarchie verbreiteten Vorurteilen gefeit war. Ähnlich wie auch die anderen Länder der Balkanhalbinsel betrachteten die Diplomaten Österreich-Ungarns Albanien als Staat zweiter Ordnung.

Die Medien der Monarchie verglichen das „neu geschaffene Albanien, für dessen Unabhängigkeit sich Österreich-Ungarn aus strategischen Überlegungen heraus finanziell, politisch und militärisch engagierte, mit einem übelriechenden Käse, den man besser nicht anrühren“¹⁹⁸ sollte. Die Herabwürdigung der Balkanvölker kannte also auch vor Staaten, welche man offen unterstützte, keinen Halt. Teile der österreichisch-ungarischen Medienlandschaft äußerten sich jedenfalls eindeutig negativ über das Engagement der Monarchie zu Gunsten von Albanien. Die Vorurteile gegenüber den als zerstritten und unkultiviert eingestuften Balkanvölkern ließen bei der heimischen Presse wenig Hoffnung aufkommen, dass Albanien überhaupt fähig wäre einen eigenen Staat zu formen. Ein

¹⁹⁷ Skřivan, Partner. S.326.

¹⁹⁸ Rathberger, Blick. S.71.

militärisches Eingreifen zugunsten des neu geschaffenen Staates stieß aus selbigen Gründen auf Ablehnung.

Am 1. April 1913 gaben schließlich die übrigen europäischen Großmächte den Wünschen Österreich-Ungarns nach. In Form der Entsendung eines Flottenverbandes sowie durch die Blockierung der serbischen Küste konnte der Balkanstaat letztlich zum Einlenken gebracht werden. Am 11. April 1913 brach Serbien die Belagerung Skutars ab. Montenegro hingegen ließ sich nicht einschüchtern und setzte seine Angriffe ununterbrochen fort. Letztlich konnte Montenegro nicht einmal durch die Gewährung von großzügigen Krediten dazu gebracht werden, seine militärischen Handlungen einzustellen. Am 23. April 1913 kapitulierten die Verteidiger Skutars schließlich vor den montenegrinischen Truppen. Mit Unterstützung der Botschafterkonferenz verschärfte Wien den Druck auf Montenegro und forderte ultimativ die Räumung Skutars.¹⁹⁹ Doch erst am 4. Mai 1913, nachdem Österreich-Ungarn mit seinem militärischen Eingreifen gedroht hatte, beugte sich der kleine Balkanstaat dem Druck des europäischen Mächtekonzerts. Skutari wurde somit endgültig dem neugegründeten albanischen Staat zugesprochen.

Trotz dieses lokal begrenzten Erfolges fürchteten die Diplomaten der Monarchie weiterhin, dass die aufbegehrenden Balkanstaaten Österreich-Ungarn lächerlich aussehen lassen könnten. Sogar historische Argumente wurden bemüht, um die mangelnde Durchsetzungskraft der Habsburgermonarchie gegen die als Halbbarbaren verspotteten Balkanvölker zu demonstrieren. Ein christlich-sozialer Abgeordneter des Reichstages griff etwa „auf die Vorstellung einer historischen Mission zurück, indem er erklärte, wenn man sich auf dem Balkan nicht durchsetze, würde dies zeigen, dass die „echten“ Österreicher, die Erben eines Prinzen Eugen „ausgestorben“ seien“²⁰⁰. Tatsächlich herrschte in der Bevölkerung der Habsburgermonarchie zeitweilig das Gefühl vor, dass von den als Helden verehrten Siegern gegen die Osmanen niemand mehr übrig sei. Der Machtzuwachs, den das verhasste Serbien im Ersten Balkankrieg erfuhr, sowie der immer stärker zum Ausdruck kommende Panslawismus, war den Anhängern der Monarchie jedenfalls mehr als nur ein Dorn im Auge.

¹⁹⁹ vgl. Faleschini, Beziehungen. S.68.

²⁰⁰ Rathberger, Blick. S.89.

Die Zumutungen, welche Österreich-Ungarn durch die Staaten auf dem Balkan zu ertragen hatte, wurden von einem Teil der eigenen Bevölkerung als untragbar eingestuft. Zudem war auch auf dem Ballhausplatz stets die latente Befürchtung wahrnehmbar, dass jedes Nachgeben gegenüber den Balkanvölkern als Schwäche eingestuft werden könnte, welche mit den Großmachtansprüchen des Habsburgerreiches nicht vereinbar war. Gleichzeitig wurden reflexartig sämtliche innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten und Probleme des Habsburgerreiches automatisch mit dem als widerspenstig und bedrohlich wahrgenommenen Serbien assoziiert.²⁰¹ Dies führte letztlich dazu, dass selbst jene Teile der gesellschaftspolitischen Elite Österreich-Ungarns, welche einem Krieg auf dem Balkan eher ablehnend gegenüber standen, für eine Beseitigung Serbiens plädierten, um den Sorgen der Habsburgermonarchie ein Ende zu bereiten. Ein durchschlagender Erfolg der Donaumonarchie auf dem Balkan wurde jedenfalls von großen Teilen der Bevölkerung als entscheidendes Kriterium in Hinblick auf die weitere Entwicklung Österreich-Ungarns eingestuft.

Die Friedensverhandlungen, welche auf den Ersten Balkankrieg schließlich folgten, müssen als außergewöhnlich schwierig und facettenreich angesehen werden. Während der Verhandlungen flackerten sogar erneut Kämpfe auf. So eroberte Bulgarien am 26. März 1913 etwa das von den Osmanen beherrschte Adrianopel. Nach dieser neuerlichen Niederlage sah sich die Hohe Pforte zur Annahme eines freilich ungünstigen Friedensvertrages gezwungen. Ihre europäischen Territorien gingen dabei nahezu alle verloren.²⁰² Obwohl die Vermittlung des Friedensvertrages durch die europäischen Großmächte durchaus als Erfolg der Diplomatie angesehen werden kann, wurden vor allem zwischen Russland und Österreich-Ungarn einmal mehr unüberbrückbare Spannungen offenbar. Zusätzlich fühlte sich die Donaumonarchie durch das Erstarken Serbiens zusehends bedroht. Außerdem zeigten sich die führenden Protagonisten der Österreichisch-ungarischen Monarchie über den fehlenden Rückhalt der europäischen Großmächte enttäuscht. Vor allem bei der Durchsetzung eines möglichst großen und unabhängigen Albaniens war das Habsburgerreich auf geringes Verständnis seitens der europäischen Herrscherhäuser gestoßen.

²⁰¹ vgl. Kann, Prochaska-Affäre. S.38-39.

²⁰² vgl. Afflerbach, Dreibund. S.739-740.

Die österreichisch-ungarische Positionierung zu den im Ersten Balkankrieg involvierten Ländern war freilich von realitätsfernen Unterscheidungen und großzügiger schwarz-weiß-Malerei geprägt. Während etwa die Serben als ein Volk von hinterhältigen Banden abgewertet und beschimpft wurden, standen die Diplomaten den mit der Habsburgermonarchie deutlich enger verbundeneren Bulgaren weit positiver gegenüber. Auf dem Ballhausplatz wurde einerseits der Chauvinismus sowie der Größenwahn Serbiens bekämpft, andererseits gestand man den Bulgaren, welche dezidiert als zivilisatorische Macht eingestuft wurden, zu, gewisse Verbesserungen auf dem Balkan für sich zu erstreiten. Der Tenor in der österreichisch-ungarischen Presse ging ebenfalls in diese Richtung. So hielt etwa die Reichspost über die Differenzen zwischen Österreich-Ungarn und Bulgarien in Hinblick auf die Veränderungen auf dem Balkan folgendes fest: „Es ist zu bedauern, daß die Auffassung der österreichisch-ungarischen Politik und der bulgarischen über die zu wählenden Mittel gegenwärtig auseinandergehen, dennoch wird man bei uns nie vergessen, daß Bulgarien eine zivilisatorische Macht ersten Ranges auf dem Balkan geworden ist und infolge seiner hervorragenden staatlichen Leistungen auch ein Anrecht darauf hat, daß seine Absichten hoch eingeschätzt werden.“²⁰³ Derartig freundliche Worte für Serbien wären in Österreich-Ungarn im Jahr 1912 trotz des gemeinsamen Vorgehens des Staates mit Bulgarien freilich undenkbar gewesen.

Obwohl die Skutarikrise mit friedlichen Mitteln beigelegt werden konnte zeichneten sich auf dem Balkan weitere Spannungen ab, welche durch den Ersten Balkankrieg entstanden waren. Vor allem Rumänien, das in den Krieg nicht eingegriffen hatte, sich aber dennoch Kompensationen erwartete, sorgte dafür, dass von einer Deeskalation der Lage keine Rede sein konnte. Die am 31. Mai 1913 in St. Petersburg tagende Botschafterkonferenz suchte durch Verhandlungen schließlich eine erneute militärische Konfrontation zu vermeiden. Dennoch nahmen die Spannungen vor allem zwischen Bulgarien und Rumänien, aber auch zwischen Bulgarien und Serbien, in der Folge zu. Österreich-Ungarn, dessen diplomatische Anstrengungen sich in erster Linie gegen Serbien richteten, geriet dadurch in eine prekäre Situation: „Die Repräsentanten der Monarchie waren auf den Konferenzen in London und St. Petersburg eine Zeit lang bemüht, sowohl Bulgarien als auch Rumänien zu unterstützen. Dies konnte natürlich zu keinen beide Balkanrivalen gleichermaßen befriedigenden Ergebnissen

²⁰³ <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19121011&seite=1&zoom=33> (10.02.2014).

führen.“²⁰⁴ Die österreichisch-ungarische Balkanpolitik wurde zudem noch durch die Tatsache behindert, dass der wichtigste Verbündete der Monarchie, das Deutsche Reich, Griechenland, Rumänien und vor allem das dem Habsburgerreich verhasste Serbien unterstützte.

Die zunehmenden Spannungen sowie die allgemeine Unzufriedenheit entluden sich schließlich im Sommer 1913 in einem erneuten militärischen Schlagabtausch. Den Ausgangspunkt des Zweiten Balkankrieges setzte ein Überfall Bulgariens auf Serbien und Griechenland.²⁰⁵ Der lediglich als militärisch begrenzter Handstreich geplante Angriff Bulgariens mündete schließlich in einen mehrere Wochen andauernden Krieg. Rumänien sowie das Osmanische Reich nutzten dabei die Gunst der Stunde. Während die bulgarischen Truppen gegen Serbien und Griechenland eine Niederlage hinnehmen mussten, entriss das Osmanische Reich Bulgarien das bereits im Ersten Balkankrieg umkämpfte Adrianopel. Gleichzeitig besetzte Rumänien nahezu kampflos jene bulgarischen Gebiete, welche es als Kompensationen nach dem Ersten Balkankrieg gefordert hatte.²⁰⁶ Von allen Seiten bedrängt und militärisch gegen die Übermacht der anderen Balkanstaaten hilflos unterlegen, musste Bulgarien schließlich um Frieden bitten.

Der Ausgang des Krieges sowie die Friedensverhandlungen widersprachen dem Interesse der Habsburgermonarchie letztendlich fundamental. Bulgarien musste einen beträchtlichen Teil seiner im Ersten Balkankrieg gemachten Gewinne wieder abgeben, Adrianopel fiel erneut an das Osmanische Reich zurück und ein überwiegender Teil Mazedoniens wurde Serbien und Griechenland zugesprochen. „Bulgarien, der einzige Staat, mit dem die Donaumonarchie keine Interessenskonflikte hatte, wurde im Frieden von Bukarest am 10. August 1913 stark verkleinert, Serbien triumphierte und galt fortan als politisch und militärisch sehr ernst zu nehmender Faktor auf dem Balkan.“²⁰⁷ Die neuerliche Stärkung Serbiens wurde auf dem Ballhausplatz jedenfalls mit Entsetzen wahrgenommen. Aber auch in den Hauptstädten der europäischen Großmächte betrachtete man die Triumphe Serbiens mit gemischten Gefühlen. Vor allem die Angst vor einem militärischen Eingreifen der Habsburgermonarchie und einem

²⁰⁴ Skřivan, Partner. S.336.

²⁰⁵ vgl. Böhm, Positionen. S.230.

²⁰⁶ vgl. Afflerbach, Dreibund. S.742.

²⁰⁷ Angelow, Kalkül. S.298.

daraus resultierender Krieg zwischen den Mittelmächten und der Entente waren allgegenwärtig.

Tatsächlich wurde in Wien darüber diskutiert, ob man eine Stärkung Serbiens einfach hinnehmen konnte. Das Deutsche Reich stand jedoch einer militärischen Konfrontation ablehnend gegenüber, zumal man dem Balkan in Berlin ohnehin keine besondere Bedeutung beimaß. Zudem verfolgte der deutsche Kaiser Wilhelm II. in Südosteuropa gänzlich andere Ziele als die Donaumonarchie. Letztlich endete der Zweite Balkankrieg somit mit einer österreichisch-ungarischen Niederlage.²⁰⁸ Doch auch nach der Unterzeichnung des Friedens von Bukarest kam der Balkan nicht zur Ruhe. Sowohl zwischen dem Osmanischen Reich und Bulgarien wie auch zwischen der Hohen Pforte und Griechenland kam es zu Streitigkeiten in Bezug auf die Grenzziehungen. Letztlich gelang es den beteiligten Ländern jedoch, ihre Differenzen ohne eine weitere militärische Konfrontation beizulegen. Die nachhaltigsten Konflikte traten daraufhin wieder einmal zwischen dem aufstrebenden Serbien und der Habsburgermonarchie auf.

Bereits im Frühjahr 1913 hatte die Albanienfrage zu einer deutlichen Verschlechterung der Beziehungen zwischen Wien und Belgrad geführt. Vor allem die fehlende Bereitschaft Serbiens, seine Truppen aus Teilen Albaniens, wie von der Londoner Botschafterkonferenz vorgesehen, abzuziehen brachte Österreich-Ungarn in Rage. Berchtold versuchte vor allem im August wie auch im September 1913 auf diplomatischem Weg einen Rückzug Serbiens aus Albanien zu erreichen. Erfolg war seinen Anstrengungen jedoch keiner beschieden. Als man auf dem Ballhausplatz schließlich resignierend feststellte, dass selbst die europäischen Großmächte nicht zu einem gemeinsamen Handeln bereit waren, entschieden sich die österreichisch-ungarischen Diplomaten erneut für ein aggressives Vorgehen gegen Serbien.²⁰⁹ Am 18. Oktober 1913 wurde der Balkanstaat mit einem Ultimatum der Donaumonarchie konfrontiert. Acht Tage räumten die Diplomaten des Ballhausplatzes Serbien ein, um seine Truppen aus Albanien zurückzuziehen. Andernfalls drohte das Habsburgerreich seinem Nachbarstaat ein militärisches Eingreifen an.

²⁰⁸ vgl. Skřivan, Partner. S.349.

²⁰⁹ vgl. Faleschini, Beziehungen. S.74.

Während das Vorgehen Österreich-Ungarns in Europa für Aufsehen sorgte, lenkte Serbien indes rasch ein. Bereits am 20. Oktober 1913 kündigte der serbische Gesandte in Wien den Abzug der Truppen aus Albanien an, der letztlich auch innerhalb von wenigen Stunden eingeleitet wurde. Auf dem Ballhausplatz wurde der Rückzug Serbiens naturgemäß euphorisch aufgenommen. In der Stunde des Erfolges ließen sich die höchsten Vertreter des Staates freilich erneut zu verächtlichen Aussagen gegenüber Serbien hinreißen. So gratulierte der spätere Außenminister Ottokar Graf Czernin dem damaligen Amtsinhaber etwa „zu der Flucht der serbischen Schweine.“²¹⁰ Dieselbe abfällige Bezeichnung wählte auch der österreichisch-ungarische Thronfolger Franz Ferdinand, der sich vor allem über die unblutige Lösung der Situation hoch erfreut zeigte. Genau die gegenteiligen Emotionen äußerte wiederum Generalstabschef Conrad von Hötzendorf, der sich enttäuscht darüber zeigte, dass die Monarchie erneut eine Gelegenheit zur Abrechnung mit Serbien verstreichen hatte lassen.

Wie aggressiv die Stimmung im Lager der Mittelmächte inzwischen gegen Serbien war, kann anhand eines Zusammentreffens Conrads mit Kaiser Wilhelm II. in Leipzig am 18. Oktober 1913, also an jenem Tag, an dem das Ultimatum übergeben wurde, dargestellt werden. Der deutsche Monarch plädierte ähnlich wie der österreichisch-ungarische Generalstabschef für ein aggressives Vorgehen der Donaumonarchie auf dem Balkan. Er wünschte sich zudem ein Erstarken der österreichisch-ungarischen Außenpolitik und legte dem Ballhausplatz in der heiklen Situation ans Herz, standhaft zu bleiben und nur nicht nachzugeben. Während Deutschland erneut versuchte, die Donaumonarchie in ihren Vorhaben zu unterstützen, reagierten die Ententemächte hingegen abweisend auf das Vorgehen der Regierung in Wien. Dies ist rückblickend umso überraschender, zumal „die erhobene Forderung mit den Beschlüssen der Botschafterkonferenz der Großmächte korrespondierte und die Habsburgermonarchie im Grunde lediglich als Vollstrecker ihres Verdikts fungierte.“²¹¹

Mit dem 20. Oktober 1913 war der Erfolg der Habsburgermonarchie schließlich Gewissheit geworden. Insgesamt standen die Balkankriege aus der Sicht Österreich-Ungarns jedoch unter einem schlechten Stern. Die eindeutige Niederlage Bulgariens im Rahmen des Zweiten Balkankrieges bedeutete gleichzeitig eine Schwächung der Monarchie, obwohl sich das von

²¹⁰ Angelow, Kalkül. S.299.

²¹¹ Skřivan, Partner. S.354.

Russland enttäuschte Bulgarien stärker in Richtung Wien orientierte.²¹² Serbien freilich avancierte zu einem von der panslawistischen Idee getriebenen ernsthaften Gegenspieler des Habsburgerreiches auf dem Balkan. Gleichzeitig wendete sich auch Rumänien langsam von Österreich-Ungarn ab, zumal die Habsburgermonarchie aufgrund der siebenbürgischen Frage danach trachtete, das Königreich nicht zu sehr zu stärken.²¹³ Zusätzlich stellten die Balkankriege auch eine Niederlage für die europäische Diplomatie dar. Halbherzige Interventionen, gescheiterte Vermittlungsversuche und eine Grenzziehung, welche für die Zukunft weitere Konflikte versprechen sollte, waren das Resultat der Balkanauseinandersetzungen.

Insgesamt gesehen brachten die Balkankriege von 1912 und 1913 deutlich die Geringschätzung des europäischen Mächtekonzernts für diese Region zu Tage. Einerseits wagten die Großmächte nicht, in die Konflikte aktiv einzugreifen, andererseits können die Auseinandersetzungen vor allem mit Blick auf Russland sowie auf Österreich-Ungarn durchaus als Stellvertreterkriege angesehen werden. „Insgesamt kann beobachtet werden, daß alle europäischen Großmächte während der Balkankriege eine Ausweitung des Konfliktes zu vermeiden suchten. Daß die erzielten Kompromisse dann keine Seite vollständig zufriedenstellten, lag in der Natur der Sache“²¹⁴ und trug letztlich erneut dazu bei, dass die Balkanstaaten in ein negatives Licht gerückt wurden. Überdies erhielt die Region die wenig schmeichelhafte Zuschreibung Pulverfass Balkan. Vor allem in der Habsburgermonarchie war die Bereitschaft, für die als Niederlage empfundene Lösung der Konflikte, das rebellische Serbien verantwortlich zu machen, zudem durchaus wahrnehmbar.

9. *Serbien muss sterben!* Die Julikrise und der Weg in den Ersten Weltkrieg

Im Sommer 1914 führte die Donaumonarchie in Bosnien Militärmanöver durch, die vom österreichisch-ungarischen Thronfolger Franz Ferdinand gemäß seiner Position als Generalsinspekteur des Heeres beobachtet wurden. Nach Beendigung der Manöver begab er sich am 27. Juni 1914 nach Sarajevo, um dort Verpflichtungen wahrzunehmen. „Der Tag war

²¹² vgl. Michael W. Weithmann, *Balkan-Chronik. 2000 Jahre zwischen Orient und Okzident* (Graz / Wien / Köln 1995), S.327.

²¹³ vgl. Böhm, *Positionen*. S.235.

²¹⁴ Afflerbach, *Dreibund*. S.747.

schlecht gewählt. Der 28. Juni, der Tag des heiligen Veit, ist der Jahrestag der Niederlage“²¹⁵ Serbiens gegen die Türkei 1389. Auf dieses historische Datum führte Serbien seine Leidensgeschichte zurück, welche von Unterdrückung und Fremdherrschaft gekennzeichnet ist. Am Vormittag des 28. Juni 1914, erfolgten schließlich zwei Anschläge auf die Wagenkolonne des Thronfolgers. Beim ersten Attentatsversuch wurde ein Offizier verwundet, der zweite Anschlag hingegen sollte den Lauf des 20. Jahrhunderts für immer verändern. Erzherzog Franz Ferdinand wurde dabei gemeinsam mit seiner Gattin Sophie Chotek von einem Attentäter der Narodna Odbrana, (Nationale Verteidigung) welche die Annexion Bosniens durch die Donaumonarchie bekämpfte, getötet.

Interessanterweise führte der Tod des Thronfolgers zunächst zu keinen politischen Reaktionen und zu geringer Betroffenheit in der Bevölkerung.²¹⁶ Teilweise wurde das abrupte Ableben Franz Ferdinands sogar als Erleichterung wahrgenommen. Die Angst, dass das fragile Gebilde der Habsburgermonarchie an den vom Thronfolger favorisierten Trialismuskonzepten zerbrochen wäre, löste sich durch dessen Ermordung in Luft auf. Kaiser Franz Joseph, der seinem Neffen aufgrund dessen morganatischer Ehe stets Verachtung entgegengebracht hatte, hegte jedoch auch nach dessen Tod noch Groll gegen ihn. Nichts desto Trotz reagierten Teile der Bevölkerung bestürzt auf die Ermordung des Erzherzogs. In die Trauer mischten sich zudem Gefühle des Zorns und der Rache, welche gegen Serbien gerichtet waren. Im kroatischen Zagreb kam es etwa bereits in der Nacht von 28. auf 29. Juni 1914 zu umfangreichen Demonstrationen, wobei die Menge „Nieder mit den serbischen Mördern“²¹⁷ skandierte.

Die Begräbnisfeierlichkeiten wurden auf Wunsch Kaiser Franz Josephs schließlich außerordentlich schlicht und einem Thronfolger unangemessen abgehalten. „Europäische gekrönte Häupter, unter ihnen Kaiser Wilhelm II., der enge Freund des toten Ehepaares, und König Albert von Belgien, planten, persönlich der Beisetzung beizuwohnen.“²¹⁸ Von Anfang an bestanden jedoch Zweifel darüber, ob Kaiser Franz Joseph seinem Neffen Beerdigungsfeierlichkeiten ersten Ranges zugestehen würde. Letztlich zog sich der Kaiser mit dem Verweis auf sein hohes Alter und seine angeschlagene Gesundheit jedenfalls geschickt

²¹⁵ John Keegan, Der Erste Weltkrieg. Eine europäische Tragödie (Hamburg 2006). S.80.

²¹⁶ vgl. Angelow, Kalkül. S.442.

²¹⁷ <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19140629&seite=2&zoom=33> (23.01.2014).

²¹⁸ John van der Kiste, Franz Joseph I. Kaiser von Österreich (Essen 2005). S.214-215.

aus der Affäre. Für die Trauerfeierlichkeiten wurde deshalb nur ein einziger Tag veranschlagt und auch die Möglichkeit, sämtliche Staatsoberhäupter Europas in der Hauptstadt der Donaumonarchie zu versammeln, ließ das Haus Habsburg bewusst ungenutzt.²¹⁹ Die europäischen Monarchen „einuladen hätte nämlich bedeutet, ihnen – insbesondere den Abgesandten aus England, Russland und Italien – die Gelegenheit zu einer Diskussion darüber zu bieten, welche Haltung Österreich angesichts der Gräueltat gegenüber Serbien einnehmen solle.“²²⁰ Die Regierungsriege sowie die Spitzendiplomaten der Donaumonarchie wollten sich bei ihrem weiteren Vorgehen gegen den verhassten Nachbarn auf dem Balkan jedoch nicht in die Karten sehen lassen. Ratschläge von Abgesandten europäischer Herrscherhäuser waren demnach unerwünscht.

Die geringe Betroffenheit innerhalb der Regierung wie auch innerhalb der österreichisch-ungarischen Bevölkerung änderte freilich nichts daran, dass man das Attentat auf dem Ballhausplatz kaltblütig instrumentalisierte und es zu einer Abrechnung mit Serbien ausnutzen wollte. Auch muss an dieser Stelle erwähnt werden, dass es trotz der insgesamt mäßigen Betroffenheit innerhalb Österreich-Ungarns dennoch zu zahlreichen antiserbischen Demonstrationen und Ausschreitungen kam. Über die aufgebrachte Stimmung, welche in Österreich-Ungarn in den Tagen nach dem Attentat herrschte, gab etwa die Neue Freie Presse Einblick: „An den Demonstrationen beteiligten sich alle Schichten der Bevölkerung, sogar vornehme Damen. Charakteristisch ist es aber, daß kein einziger Serbe getötet, hingegen ein Katholik und ein Muslim von serbischer Seite erschlagen wurden; weiter, daß nicht geplündert wurde, bis auf vereinzelte Fälle, wo der Mob die Situation sich zunutze machte“²²¹. Das aus dieser Schilderung zu entnehmende Aggressionspotential der Bevölkerung wurde von der Regierung freilich geschickt in Richtung des verhassten Serbiens gelenkt.

Bereits die ersten Ermittlungen Österreich-Ungarns deuteten jedenfalls auf eine Unterstützung der Attentäter durch die serbische Regierung hin. In Wien gelangte man deshalb rasch zu der Überzeugung, dass die Aufrechterhaltung der eigenen Großmachtstellung nur dann möglich sei, wenn man Serbien für dessen antiösterreichische Politik zur Verantwortung ziehen

²¹⁹ vgl. Eric A. Leuer, Die Mission Hoyos. Zur Rolle österreichisch-ungarischer Diplomaten während der Juli-Krise 1914. Dipl.-Arbeit (Wien / Frankfurt am Main 2010). S.82.

²²⁰ vgl. van der Kiste, Franz. S.215.

²²¹ <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=nfp&datum=19140701&seite=3&zoom=33> (24.01.2014).

könne.²²² Gleichzeitig zeichnete sich bereits wenige Tage nach dem Attentat eine Unterstützung der österreichisch-ungarischen Politik durch das Deutsche Reich ab. Der Tod des mit Kaiser Wilhelm II. eng befreundeten Thronfolgers führte in Deutschland jedenfalls zu aufrichtigen und nachhaltigen Sympathiebekundungen zu Gunsten der Donaumonarchie.²²³ Von Anfang an wehrten sich die Verantwortlichen Österreich-Ungarns dagegen, mit Serbien eine Lösung auf diplomatischer Ebene herbeizuführen. Während Außenminister Berchtold nach dem Erhalt des Telegramms, welches den Tod des Thronfolgers verkündete, noch zögerte, forderten vor allem die Militärs der Habsburgermonarchie unverzüglich einen Präventivschlag gegen Serbien.

Generalstabschef Conrad von Hötzendorf drängte etwa die Regierung in Wien dazu, einer Strafexpedition gegen Serbien zuzustimmen. Aus Sorge vor einer Konfrontation mit Russland schickte Außenminister Berchtold jedoch mit dem Grafen Hoyos einen hochrangigen Diplomaten des Ballhausplatzes nach Berlin, um sich der Unterstützung des Deutschen Reiches zu vergewissern. „Berchtold ermächtigte den Grafen Hoyos mündlich, den Deutschen mitzuteilen, Wien werde von Belgrad Garantien für sein zukünftiges Verhalten fordern und im Falle einer Weigerung zu einer militärischen Aktion schreiten. Innerhalb von sechs Tagen nach dem Attentat hatte Österreich also seine Position abgesteckt. Es blieb abzuwarten, ob der deutsche Kaiser und seine Regierung, ohne deren Rückendeckung die Österreicher nicht zu handeln wagten, sie unterstützen würden.“²²⁴

Am 5. Juli 1914 traf Hoyos schließlich mit dem deutschen Kaiser sowie mit Reichskanzler Bethmann-Hollweg zusammen. In Berlin hatten „spätestens am 3. oder 4. Juli die Vertreter eines harten Kurses gegenüber Serbien im Auswärtigen Amt die Oberhand“²²⁵ gewonnen. Hoyos stieß in seinen Gesprächen jedenfalls auf breite Unterstützung. Kaiser Wilhelm II. war bereit, einen Krieg mit Russland auf sich zu nehmen und stärkte der Habsburgermonarchie den Rücken. Der deutsche Kaiser hatte Österreich-Ungarn somit einen Blankoscheck ausgestellt und erwartete ein rasches Losschlagen seines Bündnispartners. Bemerkenswert mutet vor allem die Leichtfertigkeit an, mit der diese weitreichende Entscheidung getroffen

²²² vgl. Skřivan, Partner. S.381.

²²³ vgl. Manfred Tobisch, Das Deutschlandbild der Diplomatie Österreich-Ungarns von 1908 bis 1914 (Frankfurt am Main 1994). S.150.

²²⁴ Keegan, Weltkrieg. S.83.

²²⁵ Angelow, Kalkül. S.448.

wurde. „Wilhelm II. berief keinen Kronrat ein, um die verschiedenen Optionen mit seinen offiziellen Beratern zu besprechen, bevor er sich so tief verstrickte.“²²⁶ Europa schlitterte dadurch in den Ersten Weltkrieg hinein, ohne dass die Entscheidungsträger es richtig bemerkten.

Tatsächlich rechneten weder Österreich-Ungarn noch das Deutsche Reich mit einem ganz Europa geschweige denn die gesamte Welt erfassenden Krieg. Den Mittelmächten erschien etwa ein militärisches Eingreifen Russlands unwahrscheinlich. Daneben spielte zudem die Gewissheit über die Angst der europäischen Herrscher vor einem globalen Krieg eine Rolle. „Der Fehler, der von der deutschen wie österreichischen Diplomatie, von Berchtold und Bethmann, gemacht wurde [...] basierte gerade auf der Erkenntnis, wie groß die Angst Europas vor einem allgemeinen Krieg war, und auf der Annahme, deshalb das riskante Manöver gegen Serbien unterhalb der Schwelle eines allgemeinen Krieges durchziehen zu können“²²⁷. Der Ballhausplatz setzte in der Julikrise somit auf einen letztlich grandios gescheiterten Bluff. Österreich-Ungarn hoffte, die anderen Mächte durch seine offensive Politik und angesichts der drohenden Konsequenzen einschüchtern zu können. Dies sollte sich letztlich als fatal herausstellen.

Das Abstecken der Positionen sowie das von Kalkül begleitete Zuwarten Österreich-Ungarns sollte sich ebenfalls als verhängnisvoll erweisen. Hätte Österreich-Ungarn unmittelbar nach dem Attentat zugeschlagen und Serbien angegriffen, wären Frankreich und England aufgrund der psychologischen Wirkung der Ermordung des Thronfolgers Russland möglicherweise nicht zu Hilfe geeilt. Wenn der Angriff Österreich-Ungarns auf Serbien unmittelbar nach dem Attentat auf Erzherzog Franz Ferdinand stattgefunden hätte, wäre somit die Möglichkeit eines lokal begrenzten Krieges entstanden. Russland hätte vermutlich nicht eingegriffen und ein Weltkrieg wäre Österreich-Ungarn erspart geblieben.²²⁸ Das vom europäischen Mächtekoncert spätestens seit dem Königsmord von 1903 ohnehin als zweifelhaft eingeschätzte Serbien wäre damit der weitaus größeren Armee des Habsburgerreiches alleine gegenüber gestanden.

²²⁶ David Stevenson, 1914 – 1918. Der Erste Weltkrieg (Düsseldorf 2006). S.40.

²²⁷ Afflerbach, Dreibund. S.830-831.

²²⁸ vgl. Skřivan, Partner. S.385.

Auf dem Ballhausplatz fehlte jedoch jegliche Entschlossenheit, um den Krieg gegen Serbien auszulösen. Am 7. Juli 1914 stellte Außenminister Berchtold im Rahmen einer Sitzung des Ministerrates fest, dass eine militärische Aktion gegen Serbien mit Bedacht und erst nach dem Abschluss ausreichender diplomatischer Vorbereitungen begonnen werden könne. Die Habsburgermonarchie verzichtete somit auf ein sofortiges Losschlagen gegen Serbien, obgleich das Deutsche Reich seinem Bündnispartner bereits eine umfangreiche Unterstützung zugesichert hatte. Auch wurde die Tatsache außer Acht gelassen, dass die Donaumonarchie bereits 1909 und 1912 gegen Serbien mobil gemacht hatte, ohne dass das Zarenreich seinen Verbündeten vor einer Aggression Österreich-Ungarns geschützt hatte.²²⁹ Durch den Blankoscheck des Deutschen Reiches befand sich die Donaumonarchie zudem in einer ausgesprochen starken Position.

Die heimische Presse stellte indes die Politik Österreich-Ungarns als friedliebend dar. Die Schuld für eine mögliche Eskalation der Lage wurde hingegen Serbien zugeschoben. In einem Artikel der Neuen Freien Presse verglich der Autor schließlich die Gutmütig- und Mildtätigkeit Österreich-Ungarns mit dem Undank Serbiens, wobei auch Abwertungen des Balkanraumes nicht fehlen durften: Die „Monarchie hat das Großserbentum auch deshalb milde behandelt, weil sie den Grundsatz von der Selbstständigkeit und Freiheit der Balkanvölker selbst gegenüber der schlechten Gesinnung, die schon damals offenkundig wurde, bekräftigen wollte; [...] Der Friede war ein hochherziges Geschenk und der Dank ist der aus großserbischen Reizungen und Hoffnungen entsprungene Mord in Sarajevo“²³⁰, stellte das Blatt in seiner Ausgabe vom 7. Juli 1914 fest. Die schwarz-weiß-Malerei kannte sowohl in den Medien wie auch in der Politik keine Grenzen mehr.

Obwohl die Vorgänge in Österreich-Ungarn von Trägheit und langem Zuwarten geprägt waren, legten die Diplomaten der Habsburgermonarchie auf dem Ministerrat vom 7. Juli 1914 schließlich die entscheidenden Weichen für den Krieg. Bereits zu Beginn der Sitzung stellte Außenminister Berchtold die Frage in den Raum, „ob der Moment nicht gekommen sei, um Serbien durch eine Kraftäusserung für immer unschädlich zu machen.“²³¹ Von Anfang an spekulierten die hochrangigsten Diplomaten der Monarchie also damit, Serbien von der

²²⁹ vgl. Keegan, Weltkrieg. S.87.

²³⁰ <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=nfp&datum=19140707&seite=1&zoom=33> (24.01.2014).

²³¹ Leuer, Mission. S.112.

Landkarte auszuradieren. Ministerpräsident Tisza schlug schließlich vor, Serbien nicht direkt anzugreifen, sondern den Balkanstaat mit harten, jedoch erfüllbaren Forderungen zu konfrontieren. Sollte Belgrad diese Forderungen zurückweisen, könne die Monarchie Serbien immer noch ein Ultimatum stellen, dessen Ablehnung in äußerster Konsequenz mit dem Ausbruch eines Krieges geahndet werden könne.

Die Versuche Tiszas, seine Kollegen vor unüberlegten und unbotmäßigen Handlungen zurückzuhalten, wurden in der Presse freilich heftiger Kritik unterzogen. Die maßgeblichen Blätter der Monarchie versuchten die Bevölkerung bereits auf einen Krieg gegen Serbien einzustimmen, während sich die Diplomaten des Ballhausplatzes noch bedeckt hielten. Die Reichspost verlangte etwa ein aggressives Vorgehen gegen Serbien und brachte dabei folgende Rechtfertigungen in die Debatte: „Nicht Völker wollen wir hassen, nicht Unschuldige treffen, aber das ist, denken wir, doch unser historisches Recht und unsere politische Pflicht, daß wir den Feind erkennen, uns nicht täuschen lassen und daß wir unsere Politik danach einrichten, dem Feind die Giftzähne auszubrechen.“²³² Dieser Schlussfolgerung stimmten freilich auch die politisch Verantwortlichen der Habsburgermonarchie zu, was sich in den Tagen und Wochen der Julikrise auch herauskristallisierte.

Insgesamt stießen Tiszas Vorschläge innerhalb des Ministerrats auf beträchtlichen Widerstand, der ungarische Ministerpräsident setzte sich vorerst aber durch.²³³ Rückendeckung erhielt er nicht zuletzt von Kaiser Franz Joseph, der ebenfalls der Ansicht war, dass ein Ultimatum erst dann gestellt werden konnte, wenn Serbien zunächst Forderungen unterbreitet worden waren. Außenminister Berchtold stand den Vorstellungen des Monarchen jedoch ablehnend gegenüber. „Sein Standpunkt verhärtete sich immer mehr und näherte sich dem des Generalstabchefs Conrad, der von Anfang an einen Krieg befürwortet hatte“²³⁴ an. Am 12. Juli 1914 setzte sich Berchtold mit seinem Drängen nach einer Begehrnote an Serbien schließlich durch. Der Termin für eine Übergabe der österreichisch-ungarischen Forderungen an den verhassten Nachbarn auf dem Balkan wurde jedoch weiter hinausgezögert.

²³² <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19140710&seite=1&zoom=33> (24.01.2014).

²³³ vgl. Rudolf Agstner, (Hg.) 1914. Das andere Lesebuch zum 1. Weltkrieg. Unbekannte Dokumente der österreichisch-ungarischen Diplomatie (Wien 2013). S.89.

²³⁴ Keegan, Weltkrieg. S.88.

Für das träge und abwartende Vorgehen der Habsburgermonarchie gab es drei bedeutende Gründe. Erstens, wollte die Monarchie seiner Bevölkerung die Gelegenheit geben, die anstehende Ernte einzubringen. Anfang Juli 1914 „waren die Truppen Österreich-Ungarns nicht einmal in der Lage, vollständig zu mobilisieren, da die Erntezeit die meisten Soldaten auf den Feldern ihrer Familien“²³⁵ band. Zweitens waren die zu treffenden Maßnahmen in Hinblick auf die bevorstehende Mobilisierung des Heeres noch nicht vollständig abgeschlossen. Drittens betrachtete die Monarchie den für Mitte Juli geplanten Staatsbesuch des französischen Präsidenten Pointcaré in Russland als hinderlich. Auf dem Ballhausplatz wollte man unter allen Umständen vermeiden, dass sich Frankreich und Russland über das gemeinsame Vorgehen verständigen konnten. Zumal die Herrscher beider Länder jedoch ohnehin ihre Aktionen koordinierten sowie ihre außenpolitischen Absichten offen diskutierten, stellte sich das Zuwarten Österreich-Ungarns als Fehler heraus.

Das zögerliche Taktieren der Donaumonarchie führte letztlich dazu, dass Österreich-Ungarn sämtliche Trümpfe aus der Hand gab. Der „ideale Zeitpunkt“ für einen Angriff auf Serbien war längst verpasst worden. Die internationale Entrüstung über das Attentat von Sarajevo ließ von Tag zu Tag nach, zudem gelang es der Regierung auf dem Ballhausplatz nicht, ihre kriegerischen Absichten vollständig geheim zu halten, was vor allem in Russland für zusätzliche Empörung sorgte.²³⁶ Während die europäischen Monarchen gespannt die weitere Entwicklung der Krisensituation verfolgten, wurde in Wien akribisch am Text für das Ultimatum gefeilt. Vor allem Berchtold und Tisza sprachen sich für moderate Forderungen aus und suchten eine Demütigung Serbiens möglichst zu vermeiden.²³⁷ Kaiser Franz Joseph stimmte in diesem Punkt mit seinem Außenminister und dem ungarischen Ministerpräsidenten überein.

Freilich darf an dieser Stelle jedoch nicht vergessen werden, dass der Monarch letztlich über Krieg und Frieden zu entscheiden hatte und Kaiser Franz Joseph im Juli 1914 wenig gewillt war, dem Frieden den Vorzug zu geben. „Franz Joseph ist also keinesfalls, wie häufig stilisiert, der gutmütige Friedenskaiser, der lediglich durch seine Minister falsch beraten oder

²³⁵ Leuer, Mission. S.107.

²³⁶ vgl. Michael Müller, Das Verhalten der deutschen Führung in der Julikrise 1914. Risikostrategie oder gewollter Krieg in Europa. Dipl.-Arbeit (Wien 2008). S.86-87.

²³⁷ vgl. Angelow, Kalkül. S.455.

gar zum Krieg gedrängt wird. Im Gegenteil sympathisiert er bereits 1913 ganz konkret mit dem Krieg gegen Serbien.“²³⁸ Sowohl der Kaiser als auch Berchtold spekulierten jedoch auch damit, dass Serbien das Ultimatum notgedrungen annehmen und dem Krieg trotzen würde. Selbst in Bezug auf Russland waren sich die Diplomaten der Monarchie nicht einig. Bereits in der bosnischen Annexionskrise von 1908 hatte das Zarenreich vor einem Krieg zurückgeschreckt. Die Umstände waren damals freilich andere gewesen. Nach der Niederlage im Russisch-Japanischen Krieg war man in St. Petersburg noch nicht für ein neues Kräftemessen gerüstet gewesen.

Letztlich hatte die Donaumonarchie ihr Schicksal selbst in der Hand. Der mit der Ausformulierung des Ultimatums betraute Legationsrat Alexander von Musulin konnte sowohl unversöhnliche wie auch gemäßigte Forderungen stellen. Sein Spielraum stellte sich jedoch als sehr gering heraus. Auf dem Ballhausplatz hatten die Verantwortlichen überdies bereits im Rahmen der Ministerratssitzung am 7. Juli 1914 darüber entschieden, wie man mit Serbien verfahren wollte. Dennoch bemühte sich die österreichisch-ungarische Regierung nach Kräften, eine Verstrickung der serbischen Regierung in das Attentat gegen den Thronfolger nachweisen zu können. So wurde etwa ein hochrangiger Beamter des Außenministeriums nach Sarajevo entsandt. Dieser gelangte freilich „am 13. Juli zu dem Schluß, daß die Beweise für eine Mitwisserschaft oder gar Beteiligung nach der gegenwärtigen Sachlage nicht ausreichten.“²³⁹ Die führenden Diplomaten der Monarchie waren jedoch sicher, dass Serbien hinter dem tödlichen Anschlag stecken würde und die Ermittlungen deuteten ebenfalls in diese Richtung.

Auch die Presse ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, dass Serbien der Hauptschuldige des Anschlages sei. Der Pester Lloyd hielt überdies fest, dass das komplette europäische Mächtekoncert die Zusammenhänge zwischen dem Attentat und den antiösterreichischen Agitationen in Serbien herstellen könne: „Angesichts der von ganz Europa verurteilten Haltung der serbischen Öffentlichkeit, des von ganz Europa als zweifellos erwiesen angenommenen Zusammenhanges zwischen den Sarajevoer Bluttaten und den von Belgrad ausgehenden Verhetzungen macht es einen sehr sonderbaren Eindruck, wenn Serbiens Vertreter in Petersburg [...] seine Empörung darüber ausspricht, daß man Serbien für das

²³⁸ Leuer, Mission. S.124.

²³⁹ Skřivan, Partner. S.387.

Attentat verantwortlich machen wolle.“²⁴⁰ Mit diesen Worten kritisierte das Blatt das Auftreten der serbischen Diplomaten.

Letztlich konnte der nach Sarajevo entsandte Sektionsrat die Mitschuld Serbiens nicht nachweisen, die österreichisch-ungarischen Nachforschungen förderten jedoch zu Tage, dass der Anschlag in der serbischen Hauptstadt beschlossen wurde und serbische Beamte den Attentätern Hilfe leisteten. Zusätzlich stammten die Waffen, welche verwendet wurden um die Fahrzeugkolonne des Thronfolgers anzugreifen, aus einem serbischen Armeemagazin.²⁴¹ Der Beamte des Außenministeriums vermutete eine Mitwirkung serbischer Regierungsmitglieder und führender Militärs, belegen konnte er es jedoch nicht. „Mittlerweile ist es unumstößlich bewiesen, dass der serbische Ministerpräsident, einzelne Minister und Militärs, vor allem der Chef des militärischen Geheimdienstes [...] in voller Kenntnis der Vorgänge waren“²⁴². Die österreichisch-ungarischen Beamten tappten im Juli 1914 jedoch im Dunkeln und konnten nur Vermutungen anstellen.

Zumal die Donaumonarchie spätestens mit der Ministerratssitzung vom 7. Juli 1914 den Weg für einen Krieg gegen Serbien geebnet hatte und obwohl die Stimmungslage der Bevölkerung ohnehin stark antiserbisch war, versuchte die Donaumonarchie zusätzlich Öl ins Feuer zu gießen. Verunglimpfungen und Herabwürdigungen der serbischen Kultur und Tradition standen an der Tagesordnung. Auch die Presse reihte sich in die Schmähungen ein. So diffamierte etwa die Satirezeitschrift Kikeriki das gesellschaftliche Leben in Serbien, indem das Blatt in seiner Ausgabe vom 12. Juli 1914 eine Karikatur abdruckte, welche nahezu sämtliche negativen Vorurteile die in der Donaumonarchie gegen Serbien kursierten darstellte.²⁴³ Die Abbildung sagte der serbischen Bevölkerung in erster Linie ärmliche Lebensumstände, Fremdenfeindlichkeit und Unaufrichtigkeit nach. Zudem wurden die Serben als diebische Mörderbande verunglimpft.

Während Österreich-Ungarn weiter behäbig und langsam den Krieg vorbereitete wurde die Regierung in Berlin mit der Zeit ungeduldig. Kaiser Wilhelm II. hätte ein sofortiges Handeln

²⁴⁰ <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=pel&datum=19140703&seite=1&zoom=33> (24.01.2014).

²⁴¹ vgl. Manfred Rauchensteiner, Der Tod des Doppeladlers. Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg (Wien / Graz 1994). S.76.

²⁴² Clemens Zavarsky, Politik und Militär im 1. Weltkrieg am Beispiel von Österreich-Ungarn. Vom Weg in den Krieg bis zum Kriegswinter 1914/15. Dipl.-Arbeit (Wien 2011). S.92

²⁴³ vgl. <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=kik&datum=19140712&seite=9&zoom=33> (23.01.2014).

Wiens begrüßt, allerdings „wollte sich die deutsche Führung nach Möglichkeit nicht in die österreichische Aktion einmischen, [...] Druck sollte nur indirekt ausgeübt werden.“²⁴⁴ Das Deutsche Reich ging zudem fest davon aus, dass Großbritannien selbst in einen größeren militärischen Konflikt nicht eingreifen würde. Die am 15. Juni 1914 erzielte Einigung zwischen London und Berlin über den Bau der Bagdadbahn stimmte den Kaiser zuversichtlich, dass Großbritannien einem militärischen Kräfterennen fern bleiben würde. Zusätzlich hielt Wilhelm II. ein russisches Eingreifen zu Gunsten von Serbien für unwahrscheinlich. In Berlin waren die führenden Diplomaten jedenfalls der Ansicht, dass der richtige Zeitpunkt für eine Abrechnung mit Serbien nicht verpasst werden dürfe, weshalb man Wien zur Eile antrieb.

In Österreich-Ungarn herrschte bis zum 19. Juli 1914 Stillstand, zumal erst an diesem Tag der Ministerrat erneut zusammentrat. Davor konnte lediglich ein wenig an der Begehrnote, welche Belgrad übergeben werden sollte, gefeilt werden. Gleichzeitig versuchten die Spitzendiplomaten der Donaumonarchie den ungarischen Ministerpräsidenten auf den bevorstehenden Krieg einzustimmen. Im ausformulierten Dokument, auf das sich der Ministerrat letztlich einigte, war die Handschrift Tiszas aber dennoch deutlich zu erkennen. „Er hatte von Anfang an davor gewarnt, den Serben Forderungen zu stellen, die darauf hinausliefen, der Donaumonarchie weitere Slawen einzuverleiben. Deshalb wurde in der Note weder mit einer Annexion noch, entgegen den Wünschen Conrads, mit einer Aufteilung Serbiens gedroht. Wenn Serbien sämtliche Forderungen der Österreicher akzeptierte, sollte das serbische Territorium unversehrt bleiben.“²⁴⁵ Bei dieser Entscheidung spielte letztlich jedoch auch die Tatsache, dass Österreich-Ungarn vor der Weltöffentlichkeit nicht als Nutznießer des erfolgreichen Attentats dastehen wollte eine Rolle.

Obwohl die Donaumonarchie einen Gebietserwerb nicht offen anstrebte stand es außer Zweifel, dass das Ultimatum an Serbien eindeutig einen Krieg herbeiführen sollte. Bereits einen Tag vor dem entscheidenden Ministerrat am 19. Juli 1914 teilte Graf Hoyos den deutschen Verbündeten jedenfalls mit, dass die an Serbien gerichteten Forderungen derart ausfallen würden, „daß ein Staat der noch etwas selbstbewußt sei und Würde habe, sie doch

²⁴⁴ Müller, Verhalten. S.84.

²⁴⁵ Keegan, Weltkrieg. S.89.

eigentlich unmöglich annehmen könne.“²⁴⁶ In Wien war man letztlich bereit, einen gefährlichen Spagat zu wagen: Einerseits durfte die Begehrnote nicht zu dreist formuliert werden, zumal dies die Kriegsabsichten der Donaumonarchie vor den europäischen Großmächten offenbart hätte. Andererseits musste das Dokument jedoch so abgefasst werden, dass der serbischen Regierung eine Annahme unmöglich gemacht wurde. Zu Gute kam Österreich-Ungarn letztlich die stetig anwachsende Machtposition des Heeres im Save-Staat. Die führenden Militärs des Landes galten als auffallend stolz und hochmütig. Um die Ehre ihres Landes zu wahren waren sie rasch bereit, die Waffen sprechen zu lassen. Zudem übten sie einen großen Einfluss auf die Regierung in Belgrad aus.

Auf dem Ballhausplatz waren die Entscheidungsträger jedenfalls spätestens ab Mitte Juli 1914 voll auf Krieg eingestellt. Angst hatten die Diplomaten lediglich davor, dass Serbien das Ultimatum akzeptieren würde. „Der stellvertretende Chef des k.u.k. Generalstabs, General von Höfer, sah ein Dilemma auf sich zukommen, sollte Serbien die Begehrnote annehmen“²⁴⁷. Vor allem die hohen Kosten einer damit letztlich sinnlosen Mobilmachung bereiteten ihm schlaflose Nächte. Zudem stieg der Druck des Deutschen Reiches auf die Donaumonarchie stetig an. Österreich-Ungarn befürchtete, vor seinem Bündnispartner das Gesicht zu verlieren und als Großmacht abzudanken, falls man die günstige Gelegenheit mit Serbien aufzuräumen verstreichen ließe.²⁴⁸ In der Hoffnung, den Krieg auf Serbien beschränken zu können, gelangte schließlich auch Kaiser Franz Joseph selbst zu der Einsicht, nicht mehr zurückstehen zu können.

Im Rahmen der entscheidenden Ministerratssitzung vom 19. Juli 1914 einigten sich die Spitzendiplomaten des Ballhausplatzes schließlich über den exakten Wortlaut der gegen Serbien gerichteten Begehrnote. So sollte etwa das serbische Regierungsblatt mit einer Verurteilung der antiösterreichischen Propaganda aufmachen. Auf der Titelseite des Blattes, so die in der Begehrnote enthaltene Forderung, sollte die Regierung Serbiens jegliche Ambitionen, deren Ziel die Loslösung von Gebieten der Donaumonarchie darstellen würde, scharf verurteilen. Eine zusätzliche Untermauerung dieser Erklärung musste zudem durch einen Tagesbefehl des Armeeeoberbefehlshabers an die serbischen Truppen mit dem gleichen

²⁴⁶ Angelow, Kalkül. S.456.

²⁴⁷ Zavorsky, Politik. S.93.

²⁴⁸ vgl. Weithmann, Balkan-Chronik. S.338.

Wortlauff erwirkt werden.²⁴⁹ Anschließend folgten zehn ultimativ an den Balkanstaat gerichtete Forderungen, deren Erfüllung die Regierung in Wien innerhalb von 48 Stunden verlangte.

Der Großteil der im Ultimatum aufgelisteten Punkte zielte darauf ab, antiösterreichische Propaganda aktiv zu bekämpfen sowie zu verhindern. Entscheidend waren jedoch die Punkte fünf und sechs, mithilfe derer sich Österreich-Ungarn aktiv in die Ermittlungen einzumischen gedachte. So sollte die Regierung in Belgrad etwa zustimmen, „daß in Serbien Organe der k. und k. Regierung bei der Unterdrückung der gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichteten subversiven Bewegung mitwirken“²⁵⁰ durften. Zudem verlangte Österreich-Ungarn in Punkt sechs, sich an gerichtlichen Untersuchungen in Serbien beteiligen zu dürfen, zumal man in Wien richtigerweise davon ausging, dass der Balkanstaat an der Aufklärung der Hintergründe des Attentates kein großes Interesse hatte. Eine Mitwirkung österreichisch-ungarischer Beamten hätte die serbische Regierung freilich in höchstem Maße kompromittieren können, zumal eine etwaige Komplizen- oder Mitwisserschaft einzelner serbischer Minister zu Tage getreten wäre.²⁵¹

Die Presse sehnte unterdessen ungeduldig die Entscheidung der obersten Minister sowie das Machtwort des Kaisers herbei. Pathetische Worte über den Friedenswillen aber auch über den unausweichlich scheinenden Konflikt wurden bemüht. Mit Blick auf Kaiser Franz Joseph sowie auf die von Serbien ausgehenden Provokationen urteilte die Neue Freie Presse, dass der Monarch eine Entscheidung über Krieg und Frieden treffen müsse: Der „Kaiser will nicht zusehen, wie der Süden des Reiches von Termiten durchlöchert, wie die Jugend von serbischen Verführern ins Verbrechen gelotst, die Gesinnung für die Monarchie unterhöhlt, die Geringschätzung gegen sie von Belgrad aus verbreitet und die Grenze fortwährend beunruhigt wird“²⁵², hetzte das Blatt. Tatsächlich war die Entscheidung über das weitere Vorgehen ohnehin bereits gefallen.

Am 19. Juli 1914, exakt 21 Tage nach der Ermordung des Thronfolgers Franz Ferdinand, war das Ultimatum fertig gestellt und bereit für die Übergabe in Belgrad. Aufgrund des

²⁴⁹ vgl. Keegan, Weltkrieg. S.89.

²⁵⁰ <http://www.uibk.ac.at/zeitgeschichte/zis/library/rauchensteiner.html#dok1> (10.01.2014).

²⁵¹ vgl. Zavorsky, Politik. S.92.

²⁵² <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=nfp&datum=19140721&seite=1&zoom=33> (24.01.2014).

Staatsbesuches des französischen Präsidenten in Russland ließ Österreich-Ungarn jedoch noch einmal volle vier Tage ungenutzt verstreichen. „Wien wollte den Ententeverbündeten nicht die Gelegenheit zu sofortiger Beratung lassen und wartete mit der Übergabe deshalb bis zum 23. Juli, als Poincaré die Heimreise antrat und sich im Augenblick der Notenübergabe auf hoher See befand.“²⁵³ Frankreich und Russland hatten sich jedoch längst über ein gemeinsames Vorgehen im Falle eines Kriegsausbruches geeinigt. Am 23. Juli 1914 um 17 Uhr wurde das Ultimatum schließlich an die serbische Regierung übergeben. Dieser wurde eine Frist von 48 Stunden eingeräumt, um sämtliche Punkte der Begehrnote vollständig zu erfüllen.

Nach der Übergabe des Ultimatus an Serbien war auf dem Ballhausplatz interessanterweise eine gelöste Stimmung deutlich wahrnehmbar. Die Entscheidungen waren getroffen, nun lag es an Belgrad auf die Begehrnote entsprechend zu reagieren. Ein hoher Beamter des Außenministeriums der Donaumonarchie stellte nach der Übergabe der Note in seinem Tagebuch fest: „Die Bombe ist geplatzt. [...] Eigentlich herrscht jetzt allgemeine Erleichterung.“²⁵⁴ Zusätzlich mutmaßte der Diplomat auch, dass die Begehrnote so harte Bedingungen enthalte, dass sie unannehmbar wäre. In Wien war man sich somit der Tatsache voll und ganz bewusst, dass die Zeichen auf Krieg standen. Lediglich über die Ausmaße des militärischen Konflikts herrschte weiter Unklarheit. Den Krieg selbst hielten die Diplomaten des Habsburgerreiches jedoch für unausweichlich. Sogar Kaiser Franz Joseph hatte sich damit abgefunden und in vollem Bewusstsein, dass die Begehrnote eine Provokation ersten Ranges darstellen würde, das Ultimatum gebilligt.

In der Presselandschaft der Donaumonarchie wurde die Übergabe des Ultimatus denkbar positiv aufgenommen. Mehr denn je sah man in Serbien den Schuldigen am Attentat von Sarajevo. „Die Geschichte der letzten fünf Jahre ist [...] ein beständiger Wortbruch gewesen. Schon den Kindern in der Schule wurde das Gift des Hasses eingeträufelt, und geheime Vereinigungen haben die Ränke gesponnen, aus denen schließlich der Mord entsprungen ist. Die serbische Regierung mußte es wissen, und ihr konnte am wenigsten verborgen sein, daß Offiziere und Beamte an den völkerrechtswidrigen“²⁵⁵ Handlungen teilnehmen, bilanzierte

²⁵³ Skřivan, Partner. S.388.

²⁵⁴ Agstner, (Hg.) 1914. S.97.

²⁵⁵ <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=nfp&datum=19140724&seite=1&zoom=33> (24.01.2014).

etwa die Neue Freie Presse. Serbische Minister und Entscheidungsträger wurden damit letztlich selbst für die Konsequenzen verantwortlich gemacht, welche die Habsburgermonarchie in Form des Ultimatums zog. Gleichzeitig wurde die gesamte serbische Regierung in die Verantwortung genommen.

Das serbische Kabinett in Belgrad konsultierte nach dem Erhalt der Note schließlich ihre Verbündeten. Frankreich, Großbritannien und Russland wurde der Text auf schnellstem Wege übermittelt. Das Deutsche Reich wiederum hatte schon am 22. Juli 1914 und somit bereits einen Tag vor der Übergabe der Note Einblick in das Dokument erhalten.²⁵⁶ In Belgrad hingegen war den Verantwortlichen klar, dass sie innerhalb von 48 Stunden über Krieg und Frieden entscheiden mussten. Am 23. Juli 1914, als das serbische Kabinett die Note zum ersten Mal studierte, mussten die Diplomaten des Balkanstaates zudem auf die Expertise ihres Ministerpräsidenten verzichten. Dieser befand sich nicht in der Hauptstadt und traf erst am Tag darauf ein. Auch die Einschätzung von ausländischen Diplomaten konnte Serbien zunächst kaum in Anspruch nehmen, zumal der britische Gesandte erkrankt, der russische Gesandte verstorben und der französische Gesandte erst kurz vor der Übergabe des Ultimatums ernannt worden war und dementsprechend über geringe Erfahrung verfügte.²⁵⁷

Die Unterstützung, welche die serbische Regierung von ihren Verbündeten erhielt, schien zudem zunächst enden wollend zu sein. So empfahl etwa der britische Außenminister dem Kabinett so viele Forderungen des Ultimatums zu erfüllen wie möglich. Aus Paris waren ähnliche Töne zu vernehmen. Lediglich Russland zeigte sich anfangs schockiert über die Forderungen der Donaumonarchie. „Das bedeutet einen europäischen Krieg“²⁵⁸, soll etwa der russische Außenminister beim Betrachten der Note ausgerufen haben. Gleichzeitig schätzte auch Kaiser Franz Joseph die Situation richtig ein indem er argwöhnte, dass Russland sich die streng formulierte Begehrnote nicht gefallen lassen werde.²⁵⁹ Gegenüber dem Deutschen Reich hatte der Zar zudem mehrfach darauf hingewiesen, dass man einer Demütigung oder gar einer Ausradierung Serbiens durch Österreich-Ungarn entschieden entgegenzutreten werde. Dennoch versuchte das Deutsche Reich keineswegs, seinen Bündnispartner vom

²⁵⁶ vgl. Rauchensteiner, Tod. S.83.

²⁵⁷ vgl. Zavarisky, Politik. S.94.

²⁵⁸ Skřivan, Partner. S.388.

²⁵⁹ vgl. Palmer, Franz. S.461.

eingeschlagenen Weg abzubringen. In Berlin hoffte man stattdessen, dass es sich bei den russischen Drohungen um einen Bluff handeln würde.

Während die Verbündeten Serbiens erste Warnungen und Mahnungen gegen die Monarchie richteten, veröffentlichten die Zeitungen Österreich-Ungarns am 24. Juli 1914 den Wortlaut der Begehrnote. Der Pester Loyd stellte in seinem Kommentar triumphierend fest: „Serbien weiß nunmehr, was es zu wissen hat: daß sein Maß voll ist und daß jetzt die Stunde geschlagen hat, wo es uns Rechenschaft abzulegen hat. Die übrige Welt aber wird aus dem Inhalt unserer Note schaudernd erfahren, bis zu welchem Grade der Verkommenheit man es in Serbien gebracht hat. Es ist erwiesen und unsere Monarchie sagt es dem Königreich Serbien vor dem Forum der ganzen Kulturwelt laut und streng ins Gesicht, daß serbische Offiziere und Staatsbeamte die Mörder von Sarajevo mit Waffen und Sprengmitteln ausgerüstet und daß Organe der serbischen Grenzpolizei die Mörder und die Mordwerkzeuge über die Grenze geschmuggelt haben.“²⁶⁰ Der Verweis des Autors auf die „serbische Verkommenheit“ impliziert freilich, dass Serbien in den Augen Österreich-Ungarn nicht als Kulturvolk angesehen wurde.

In Belgrad neigte man nach dem eingehenden Studium des Ultimatums schließlich rasch zum Nachgeben. Das serbische Kabinett war nicht sicher, ob Russland tatsächlich für den kleinen Balkanstaat einen Krieg beginnen würde. Am Morgen des 25. Juli 1914 hatte Serbien ein Antwortschreiben ausformuliert. Bis auf Punkt sechs wurden sämtliche Forderungen Österreich-Ungarns erfüllt. Die Antwortnote befand sich jedoch immer noch in den Händen der serbischen Regierung und war noch nicht in Stein gemeißelt. Änderungen galten nach wie vor als denkbar. Gleichzeitig versuchten internationale Diplomaten weiterhin, die Wogen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zu glätten, sowie die angespannte Lage zu entschärfen. Der britische Außenminister hatte beispielsweise noch am Abend des 24. Juli 1914 versucht, Serbien eine längere Frist zur Beantwortung der Begehrnote einzuräumen. „Er warf auch die Frage einer Vermittlung auf, obgleich er akzeptierte, dass die Österreicher jede Einmischung in ihre Beziehungen zu Serbien ablehnten. Er schlug vor, Deutschland könnte, gemeinsam mit Frankreich und Italien, als Vermittler zwischen Österreich und Russland auftreten, falls Russland mobil machte, was diplomatische Kreise für möglich hielten.“²⁶¹

²⁶⁰ <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=pel&datum=19140724&seite=2&zoom=33> (27.01.2014).

²⁶¹ Keegan, Weltkrieg, S.91.

Für Serbien gewann die Position Russlands insgesamt eine immer größere Bedeutung. Gleichzeitig stand fest, dass eine Mobilmachung der Armee des Zaren massive Folgen für den Frieden in Europa nach sich ziehen würde. In St. Petersburg war man sich über diese Situation im Klaren, doch der Zar konnte und wollte eine weitere Erniedrigung des befreundeten Serbiens nicht hinnehmen. Bereits im Rahmen der bosnischen Annexionskrise hatte Russland den von ihm stets geförderten Balkanstaat im Stich lassen müssen.²⁶² Eine weitere Demütigung Serbiens kam deshalb nicht in Frage, wenngleich der Zar die schwerwiegenden Folgen einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich kannte. Dennoch muss an dieser Stelle festgehalten werden, dass Russland in keiner Weise dazu verpflichtet war, Serbien zu unterstützen. „Kein Bündnisvertrag band es, Belgrad zu helfen. Trotz der Bindung durch religiöse und sprachliche Gemeinsamkeiten und der Tatsache, dass die Russen“²⁶³ die Interessen Serbiens traditionell schützten, kann die Ursache dafür kaum in einem intuitiven Gemeinschaftsgefühl gelegen haben.

Tatsächlich spielten wirtschaftspolitische Fragen bei der Unterstützung der serbischen Anliegen eine nicht unbedeutende Rolle. Russland fürchtete vor allem, dass eine Verschiebung des Gleichgewichts auf dem Balkan die wirtschaftlichen Handlungsmöglichkeiten des Zarenreiches stark einschränken würden. Zudem wähnte sich der Zar militärisch gesehen in einer guten Ausgangsposition. Österreich-Ungarn war im Falle eines Krieges gezwungen, einen Teil seiner Truppen auf den Balkankriegsschauplatz zu entsenden. Zusätzlich hatte der Französische Präsident Poincaré Russland zugesichert, dass Frankreich im Falle einer Konfrontation mit dem Deutschen Reich „seine Bündnisverpflichtungen erfüllen werde.“²⁶⁴ Den innenpolitischen Schwierigkeiten seines Landes trotzend, entschied sich der Zar letztlich dazu, nicht klein beizugeben, sondern Serbien voll und ganz zu unterstützen.

Die proserbischen Ambitionen Russlands blieben schließlich auch in Belgrad nicht unbemerkt. Als am 25. Juli 1914 immer noch nicht klar war, wie sich das serbische Kabinett

²⁶² vgl. Perlin, Zweibund. S.109-112.

²⁶³ Stevenson, 1914. S.42.

²⁶⁴ Skřivan, Partner. S.389.

entscheiden würde, brachte eine Meldung des serbischen Gesandten in Russland einen letztlich entscheidenden Stimmungsumschwung. Der Gesandte informierte die Regierung in Belgrad darüber, dass die Stimmung im Sommerpalast von Nikolaus II. eindeutig proserbisch wäre. Gleichzeitig sickerte durch, dass der Zar zwar nach wie vor Abstand davor nahm, die Mobilmachung für die russische Armee anzuordnen, unterdessen bereitete sich Russland jedoch dennoch akribisch auf den Beginn einer militärischen Auseinandersetzung vor.²⁶⁵ Der noch am Vormittag des 25. Juli 1914 eingeschlagene Kurs, wonach Serbien sehr nachgiebig auf das Ultimatum Österreich-Ungarns reagiert hätte, wurde daraufhin abgeändert.

Die Hoffnungen auf den russischen Beistand führten Serbien schließlich dazu, das Ultimatum nicht vollständig zu erfüllen. Von den zehn Forderungen wurden lediglich drei zur Gänze angenommen. Das serbische Kabinett entschied sich letztlich dazu, sechs Forderungen nur unter Vorbehalt zu erfüllen. Ein Punkt des Ultimatums wurde gänzlich zurückgewiesen. In Punkt sechs des Ultimatums hätte sich Serbien dazu verpflichten sollen, „eine gerichtliche Untersuchung gegen jene Teilnehmer des Komplotts vom 28. Juni einzuleiten, die sich auf serbischem Territorium befinden; von der k. und k. Regierung hierzu delegierte Organe werden an den bezüglichen Erhebungen teilnehmen“²⁶⁶. Vor allem die Erfüllung des zweiten Teils dieses Punktes missfiel der serbischen Regierung zutiefst. Die Teilnahme österreichisch-ungarischer Organe an der Aufklärung des Attentates hätte die Souveränität Serbiens in Frage gestellt und wäre eine Einmischung in innere Angelegenheiten gewesen. Noch schlimmer wog jedoch die Tatsache, dass die Ermittlungen von österreichisch-ungarischen Beamten möglicherweise eine Mitwisser- beziehungsweise Mittäterschaft von serbischen Regierungsmitgliedern zu Tage gefördert hätten. Serbien entschloss sich deshalb dazu, diesen Punkt der Forderungen gänzlich abzulehnen.

Die endgültige Entscheidung der serbischen Regierung fiel freilich erst knapp vor dem Ende der 24 stündigen Frist. „In den hektischen Stunden die nun folgten, wurde die Antwort auf die österreichische Note formuliert, neu entworfen, wurden Zeilen gestrichen, Sätze handschriftlich korrigiert. Wie in der japanischen Botschaft in Washington während der Nacht vor Pearl Harbor verlor die Schreibkraft die Nerven. Das fertige Schriftstück war ein undiplomatischer Palimpsest mit Korrekturen und nachträglichen Zusätzen. Eine

²⁶⁵ vgl. Zavarovsky, Politik. S.95.

²⁶⁶ <http://www.uibk.ac.at/zeitgeschichte/zis/library/rauchensteiner.html> (19.01.2014).

Viertelstunde vor Ablauf der Frist wurde die Antwort fertig gestellt²⁶⁷. Ministerpräsident Nikola Pašić überbrachte die Note schließlich persönlich der Gesandtschaft der Donaumonarchie in Belgrad. „Die serbische Antwort mochte unordentlich ausgesehen haben, aber sie war ein Meisterstück diplomatischer Doppeldeutigkeit.“²⁶⁸ Am Abend des 25. Juli 1914 studierte Wladimir Freiherr von Giesl, der Gesandte des Habsburgerreiches in Serbien, bereits das geschickt formulierte Antwortschreiben.

„Nachdem er die Antwortnote überflogen und erkannt hatte, daß es sich nicht um die von Wien geforderte vorbehaltlose Annahme des Ultimatums handelte, erklärte Giesl umgehend den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Belgrad und verließ wenige Minuten später per Bahn die serbische Hauptstadt.“²⁶⁹ Innerhalb von nur einer Stunde nach der Übergabe der Antwortnote hatten sämtliche Mitarbeiter ihre Arbeit in der Gesandtschaft für immer eingestellt und befanden sich auf dem Weg nach Österreich-Ungarn. Unmittelbar vor seiner Abreise telegraphierte Giesl noch folgende Zeilen nach Wien: „Ich habe infolge ungenügender Antwort der königlich serbischen Regierung auf unsere [...] Forderungen die diplomatischen Beziehungen mit Serbien für abgebrochen erklärt und mit Personal der Gesandtschaft Belgrad verlassen“²⁷⁰. Der Weg für den Krieg war mit diesem Schritt geebnet worden, wenngleich die Reaktionen der Mittelmächte auf die Antwortnote Serbiens höchst unterschiedlich ausfielen.

Kaiser Franz Joseph stellte etwa fest, dass der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Serbien nicht ausschließlich in einem Krieg münden müsse. Dennoch erklärte sich der in Bad Ischl weilende Monarch dazu bereit, die Mobilmachung anzuordnen.²⁷¹ Während sich Kaiser Franz Joseph über die Tragweite seiner Entscheidung bewusst war und dem immer wahrscheinlicher werdenden Krieg pessimistisch gegenüberstand, war die Stimmung in der Bevölkerung Österreich-Ungarns euphorisch. Selbst unter den Diplomaten des Ballhausplatzes kam es nur vereinzelt zu kritischen Stimmen. Ein hoher Beamter des Außenministeriums hielt etwa in seinem Tagebuch fest: „In Wien wogt auf den Straßen großes Leben. Die Serben haben abgelehnt und Giesl hat Belgrad verlassen. Alles tut so, als

²⁶⁷ Keegan, Weltkrieg. S.92.

²⁶⁸ Christopher M. Clark, Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog (München 2013). S.595.

²⁶⁹ Angelow, Kalkül. S.458-459.

²⁷⁰ Skřivan, Partner. S.389.

²⁷¹ vgl. van der Kiste, Franz. S.218.

ob man froh sei, daß endlich eine Entscheidung gefallen ist. Vor dem Kriegsministerium sammelt sich die Menge. Fortwährend wird „Hoch!“ gerufen und die Volkshymne gesungen, dazu die „Wacht am Rhein“. [...] Nach Mitternacht ziehen noch immer patriotische Scharen durch die Straßen, zum größten Teil aber Lausbuben. Ich fürchte, es ist kein heiliger Krieg den wir führen.“²⁷²

Am 25. Juli 1914 stand der Krieg jedoch keineswegs fest. Kaiser Wilhelm II. hielt die Antwortnote Serbiens beispielsweise für einen großartigen Erfolg der Wiener Diplomatie und urteilte, dass damit jeglicher Grund für einen Krieg wegfallen würde. Überhaupt kehrte der Kaiser des Deutschen Reiches „nach seiner emotionalen Erregung nach dem Attentat wieder völlig auf seinen, die letzten dreißig Jahre vertretenen, friedenserhaltenden Kurs“²⁷³ zurück. Dass Österreich-Ungarn nach Erhalt der Antwortnote die Beziehungen zu Serbien abgebrochen und Kaiser Franz Joseph die Mobilmachung befohlen hatte, konnte Wilhelm II. jedenfalls nicht nachvollziehen. Auch in der deutschen Öffentlichkeit begannen plötzlich Friedensinitiativen. Ab 25. Juli 1914 „organisierte die SPD große, aber gemäßigte Antikriegsdemonstrationen, während ihre Führer in Geheimtreffen mit Ministern andeuteten, dass ihre Haltung davon abhängen würde, ob der Krieg ein Verteidigungskrieg oder ein Krieg zur Unterstützung eines österreichischen Angriffskrieges sein würde.“²⁷⁴

In Österreich-Ungarn sah man sich indes längst als Opfer. Die Schuld am drohenden Krieg wurde einzig und allein Serbien zugeschrieben. Die Neue Freie Presse äußerte sich dazu etwa wie folgt: „Die Verantwortung für jeden Blutstropfen, der in den bevorstehenden Kämpfen vergossen wird, fällt auf Serbien, und wie die Mörder, die den Erzherzog Franz Ferdinand getötet haben, aus Belgrad gekommen und wie ihnen dort die Bomben und die Revolver in die Hand gedrückt worden sind, so mordet Serbien mit verbrecherischer Hand den Frieden. Die Tränen, die fließen werden mögen auf der Seele der Männer brennen, die durch ihre Umtriebe den geduldigsten Staat dazu drängen, das Schwert aus der Scheide zu reißen. Ein Krieg der Verteidigung, ein Krieg der Gerechtigkeit, ein Krieg gegen die Anwendung des Fürstenmordes in der Politik wird beginnen“²⁷⁵. Mit diesen Worten prophezeite die Neue Freie Presse ihren Lesern hetzerisch den bevorstehenden Waffenhang. Die Kriegserklärung

²⁷² zitiert nach Agstner, (Hg.) 1914. S.97-98.

²⁷³ Müller, Verhalten. S.88.

²⁷⁴ Stevenson, 1914. S.56.

²⁷⁵ <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=nfp&datum=19140726&seite=1&zoom=33> (27.01.2014).

war zu diesem Zeitpunkt jedoch noch nicht unterzeichnet. Eine Beilegung des Konfliktes stand immer noch zur Debatte.

Am 26. Juli 1914 startete schließlich Großbritannien eine letzte Friedensinitiative. Außenminister Grey unterbreitete dem Deutschen Reich den Vorschlag einer Viermächtekonferenz, in der Annahme, dass Berlin mäßigend auf Wien einwirken würde. Frankreich, Deutschland, Italien und Großbritannien sollten gemeinsam zwischen Österreich-Ungarn und Serbien vermitteln und der Entfesselung des Krieges somit Einhalt gebieten. Auch Russland wollte vermitteln und Österreich-Ungarn dazu bewegen, seine Forderungen gegen Serbien abzuschwächen. „Unterdessen tat Deutschland nichts, um Österreich zu Gesprächen mit Russland zu bewegen. Deutschland versuchte vielmehr, die russische Mobilmachung zu verzögern und gleichzeitig auf diplomatischem Wege Großbritannien und Frankreich aus dem Konflikt herauszuhalten.“²⁷⁶ Der Vermittlungsversuch Greys wurde vom Deutschen Reich entgegen der getätigten Versprechungen vorerst gar nicht an Österreich-Ungarn weitergeleitet. Die Verantwortlichen in Berlin gelangten aufgrund der Bemühungen des britischen Außenministers um den Frieden außerdem zu der Überzeugung, dass London einem Waffengang fernbleiben würde.

Aber auch Österreich-Ungarn versuchte sich krampfhaft jeglichen Interventionen zu entziehen. Als Außenminister Berchtold von der Konferenzidee seines Berufskollegen in Großbritannien erfuhr, teilte er noch am selben Tag Berlin mit, dass die Kriegserklärung Österreich-Ungarns in den nächsten Stunden ausgesprochen werde, um jeglicher Einmischung der europäischen Mächte den Boden zu entziehen. Als Berchtold am 27. Juli 1914 Kaiser Franz Joseph schließlich Bericht erstattete und auf die Auslösung des Krieges drängte, nahm er ebenfalls auf die aus seiner Sicht störenden Friedensbemühungen Bezug: „Mit Rücksicht auf die [...] sehr geschickt verfasste Antwortnote der serbischen Regierung, welche inhaltlich zwar ganz wertlos, der Form aber entgegenkommend ist, halte ich für nicht ausgeschlossen, daß die Tripelententemächte noch einen Versuch machen könnten, eine friedliche Beilegung des Konfliktes zu erreichen, wenn nicht durch die Kriegserklärung eine klare Situation geschaffen wird.“²⁷⁷ Der in unzähligen diplomatischen Situationen zögerlich reagierende Außenminister drängte somit energisch darauf, den Krieg endlich zu beginnen.

²⁷⁶ Keegan, Weltkrieg. S.95.

²⁷⁷ <http://www.uibk.ac.at/zeitgeschichte/zis/library/rauchensteiner.html#dok2> (22.01.2014).

Auch die Presse der Donaumonarchie verhielt sich wenig sachlich. Untergriffige Kommentare gegenüber dem serbischen Volk und Lobpreisungen der k. u. k. Armee standen nach der Zurückweisung des Ultimatums durch Serbien auf der Tagesordnung. Etwaige Ängste der Bevölkerung in Bezug auf die Auslösung eines möglichen Weltkrieges wurden von den Zeitungen hingegen heruntergespielt: „Der Weltkrieg könnte nur durch eine frevelhafte Sünde an der Menschheit entstehen. Der Krieg mit Serbien, dieses Strafurteil, das in einem fernen Winkel von Europa für beispiellose Herausforderung, für amtlich zugelassenen und von Offizieren und Personen im Staatsdienste veranstalteten Mord und für alle seit Jahren begangene Niedertracht vollzogen werden soll, ist nichts was die anderen Großmächte näher berühren, den Wohlstand der Völker zerstören und Jammer über die Erde verbreiten müßte“²⁷⁸, stellte etwa die Neue Freie Presse beschwichtigend fest.

Um Kaiser Franz Joseph endgültig für eine Kriegserklärung gewinnen zu können, griff Berchtold letztlich auf einen unbedeutenden Grenzzwischenfall bei Temes Kubin zurück, bei dem Einheiten der k. u. k. Armee einen Warnschuss auf serbische Soldaten abgegeben hatten. Berchtold stilisierte die Situation aufgrund einer Meldung des Korpskommandos als serbischen Angriff auf Truppen der Donaumonarchie hoch. Er verlangte daraufhin von Kaiser Franz Joseph den Kriegszustand herzustellen, zumal die militärischen Auseinandersetzungen ohnehin bereits begonnen hätten.²⁷⁹ Berchtold gelang es jedenfalls, Serbien als Aggressor darzustellen. Kaiser Franz Joseph unterzeichnete daraufhin in vollem Bewusstsein, einen Weltbrand auslösen zu können, die Kriegserklärung gegen den verhassten Balkanstaat. „Am 28. Juli 1914 erklärte Österreich-Ungarn Serbien den Krieg, und schon am folgenden Tag begann die Beschießung Belgrads. Die tödliche Lawine, die Millionen von Menschenleben unter sich begraben sollte, setzte sich in Bewegung. Das neunzehnte Jahrhundert war definitiv zu Ende.“²⁸⁰

Der Irrtum in Bezug auf das Gefecht bei Temes Kubin kam freilich rasch ans Licht. Außenminister Berchtold ließ die Darstellung über den vermeintlichen gegnerischen Angriff deshalb noch rechtzeitig aus der offiziellen Kriegserklärung gegen Serbien streichen, was er

²⁷⁸ <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=nfp&datum=19140728&seite=1&zoom=33> (27.01.2014).

²⁷⁹ vgl. Manfred Rauchensteiner, Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie 1914 – 1918 (Wien 2013). S.129-138.

²⁸⁰ Skřivan, Partner. S.390.

vor Kaiser Franz Joseph wie folgt begründete: „Nachdem die Nachrichten von einem Gefechte bei Temes-Kubin keine Bestätigung erfahren haben, hingegen bloß eine Einzelmeldung über ein geringfügiges Geplänkel bei Gradište vorlag, die wohl nicht geeignet erschien, zur Begründung eines gewichtigen Staatsaktes herangezogen zu werden, habe ich es in Anhoffnung der nachträglichen Allerhöchsten Genehmigung Euer Majestät auf mich genommen, aus der an Serbien gerichteten Kriegserklärung den Satz über den Angriff serbischer Truppen bei Temes-Kubin zu eliminieren.“²⁸¹ Zum Zeitpunkt der Darlegungen des Außenministers war die Kriegserklärung freilich längst unterzeichnet worden. Weder Berchtold noch Kaiser Franz Joseph unternahmen schließlich Anstrengungen, um dem beginnenden militärischen Schlagabtausch noch im letzten Augenblick Einhalt zu gebieten.

Der Beginn des Krieges brachte selbstverständlich auch die Mobilisierung der eigenen Bevölkerung für diesen mit sich. In einem „Völkermanifest“ versuchte Kaiser Franz Joseph seine Untertanen auf den Krieg einzuschwören, welcher als einziger Ausweg dargestellt wurde. Serbien freilich wurde als undankbarer und von Hass auf die Monarchie durchdrungener Feind beschrieben: „Immer höher lodert der Haß gegen Mich und Mein Haus empor; immer unverhüllter tritt das Streben zutage, untrennbare Gebiete Österreich-Ungarns gewaltsam loszureißen. Ein verbrecherisches Treiben greift über die Grenze, um im Südosten der Monarchie die Grundlagen staatlicher Ordnung zu untergraben [...] und zu frevelhaften Taten des Wahnwitzes und des Hochverrates aufzureizen. Eine Reihe von Mordanschlägen, eine planmäßig vorbereitete und durchgeführte Verschwörung, deren furchtbares Gelingen Mich und Meine treuen Völker ins Herz getroffen hat, bildet die weithin sichtbare blutige Spur jener geheimen Machenschaften, die von Serbien aus ins Werk gesetzt und geleitet wurden. Diesem unerträglichen Treiben muß Einhalt geboten“²⁸² werden, schlussfolgerte der Kaiser.

Die Bevölkerung Österreich-Ungarns reagierte euphorisch auf den Beginn des Krieges. In der Hoffnung auf einen raschen Sieg versammelten sich die Menschen in den Städten und Dörfern, um ihrer Jubelstimmung Ausdruck zu verleihen. Besonders Eindrucksvoll stellte sich die Situation in Wien dar, welche in der Presse wie folgt beschrieben wurde: „Es umarmten sich die Leute auf den Straßen. Alten Männern standen die Tränen in den Augen, die

²⁸¹ Agstner, (Hg.) 1914. S.108.

²⁸² <http://www.uibk.ac.at/zeitgeschichte/zis/library/rauchensteiner.html#dok3> (23.01.2014).

Begeisterung machte sie weich. Es war ein grandioses Bild. Tausende und Abertausende kamen gezogen und kein Bezirk fehlte, der nicht seine Manifestanten entsendet hätte. Der Hauptschauplatz war begreiflicherweise wieder beim Kriegsministerium gelegen, aber auch die Plätze aller vaterländischen Denkmäler waren die Schauplätze begeisterter Ovationen.“²⁸³ In völliger Verkennung des unsäglichen Leides, welches der Krieg auf allen Seiten mit sich bringen sollte, feierten die Menschen bis in die Morgenstunden die Kriegserklärung.

Noch war allerdings ungewiss, ob der Krieg ein lokal begrenzter Konflikt bleiben würde. Auf Seiten der Habsburgermonarchie fürchtete man vor allem ein Eingreifen Russlands und eine damit verbundene Ausweitung des Krieges auf ganz Europa. Sowohl das Deutsche Reich wie auch Großbritannien versuchten sich noch einmal auf dem diplomatischen Parkett und strebten danach, die militärische Auseinandersetzung zwischen Österreich-Ungarn und Serbien begrenzt zu halten. Kaiser Wilhelm II. bedrängte etwa die Donaumonarchie, „sich mit der Besetzung Belgrads [...] als Pfand für die Einhaltung der serbischen Versprechungen zufrieden zu geben.“²⁸⁴ Der britische Außenminister hatte dem Deutschen Reich zuvor ein militärisches Eingreifen seines Landes angedroht. Österreich-Ungarn lehnte diesen mäßigenden Vorschlag jedoch rundum ab, zumal er die Konfrontation mit Serbien nach Meinung des Ballhausplatzes keineswegs entschärft, sondern lediglich hinausgeschoben hätte. Zudem erhielt Österreich-Ungarn positiven Zuspruch führender Militärs des Deutschen Reiches, welche der Donaumonarchie demonstrativ den Rücken stärkten.

Eine entscheidende Bedeutung bei der Ausweitung des lokalen Konfliktes zu einem Weltkrieg kam nach der Kriegserklärung der Donaumonarchie an Serbien Russland zu. Am 28. Juli 1914 machte Russland in Anbetracht des beginnenden Krieges zwischen Österreich-Ungarn und Serbien mobil.²⁸⁵ Das Zarenreich zögerte jedoch aufgrund der schwerwiegenden Konsequenzen, welche eine Generalmobilmachung nach sich ziehen konnte. Deshalb wurde lediglich eine Teilmobilmachung angeordnet. Während Russland sich darauf vorbereitete, in den Krieg einzusteigen, versuchte man in St. Petersburg gleichzeitig die zukünftigen Gegner zu beruhigen. Den europäischen Diplomaten vermittelte der Außenminister des Zaren, dass Russland keinerlei Angriffsabsichten gegen das Deutsche Reich hegen würde. Am 29. Juli

²⁸³ <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19140729&seite=5&zoom=33> (28.01.2014).

²⁸⁴ Stevenson, 1914. S.47.

²⁸⁵ vgl. Barbara Tuchmann, August 1914 (Frankfurt am Main 2013). S.79.

1914 ordnete Nikolaus II. jedoch endgültig die russische Generalmobilmachung an. Diese Entscheidung sollte sich letztlich als verhängnisvoll erweisen.

Das Zarenreich hätte „– ohne seine Sicherheit aufs Spiel zu setzen, ohne den allgemeinen Frieden zu gefährden und ohne die Serben im Stich zu lassen – am 29. Juli nur eine Teilmobilmachung tief im Landesinneren anzuordnen brauchen. Eine Generalmobilmachung, einschließlich der an Deutschland grenzenden Militärbezirke, bedeutete einen allgemeinen Krieg.“²⁸⁶ Um im Falle eines russischen Angriffes oder einer russischen Kriegserklärung nicht ins Hintertreffen zu geraten, waren auch Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich dazu gezwungen, ihre Truppen aufmarschieren zu lassen. Am 31. Juli 1914 und somit ganze 34 Tage nach dem Attentat von Sarajevo fielen die Würfel für den Ersten Weltkrieg. Der Generalmobilmachung Russlands begegnete das Deutsche Reich schließlich mit einem Ultimatum. Es forderte das Zarenreich auf, die Mobilisierung seiner gesamten Streitmacht sofort zu widerrufen. Nachdem die Frist verstrichen war und Russland die Generalmobilmachung nicht gestoppt hatte, erklärte das Deutsche Reich am 1. August 1914 seinem Nachbarn im Osten den Krieg.²⁸⁷

Während damit ein Weltbrand von nie gekannten Ausmaßen ausgelöst wurde, geriet der am Anfang der Julikrise von 1914 stehende Wunsch Österreich-Ungarns das aufbegehrende Serbien zu bestrafen gänzlich in den Hintergrund. In den Augen des Deutschen Reiches kam dem wenig bedeutsamen Balkanstaat ohnehin nur eine Statistenrolle zu. Während Österreich-Ungarn von einer erfolgreichen Strafexpedition gegen Serbien träumte, forderte Kaiser Wilhelm II. sein Pendant in der Donaumonarchie auf, seine militärischen Kräfte Russland entgegenzuwerfen. „Serbien spielt in dem Riesenkampfe, in den wir Schulter an Schulter eintreten, eine ganz nebensächliche Rolle, die nur die allernötigsten Defensivmaßregeln erfordert“²⁸⁸, mahnte der Kaiser des Deutschen Reiches seinen wichtigsten Verbündeten. Die Rachegefühle hochrangiger Militärs der Donaumonarchie gegenüber Serbien kannten freilich keine Grenzen. Über Sieg und Niederlage im Ersten Weltkrieg entschieden jedoch die Schlachten an anderen Fronten. Im Laufe des großen Ringens sollte Serbien und letztlich auch Österreich-Ungarn nur eine untergeordnete Rolle zukommen.

²⁸⁶ Keegan, Weltkrieg. S.99.

²⁸⁷ vgl. Clark, Schlafwandler (München 2013). S.673.

²⁸⁸ Angelow, Kalkül. S.463.

10. Zusammenfassung und Resümee

Abschließend gilt es festzuhalten, dass Stereotype und Vorurteile bei der Betrachtung des Balkanraumes stets eine bedeutende Rolle gespielt haben. Lange vor der Einführung des Balkanbegriffes wurde die Region bereits mit negativen Gefühlen und Zuschreibungen in Verbindung gebracht. Österreich-Ungarn befand sich im 19. sowie im 20. Jahrhundert in einer besonderen Position dem Balkan gegenüber. Vor allem die Niederlage gegen Preußen in der Schlacht bei Königgrätz im Jahr 1866 und der daraufhin erfolgte Ausschluss Österreichs aus dem Deutschen Bund führten zu einer stärkeren Hinwendung der Monarchie in Richtung Balkan, zumal diese Region eine der wenigen war, in der Österreich-Ungarn noch einen bedeutenden Einfluss ausüben konnte.²⁸⁹ Im Umgang mit dem Balkanraum spielten in der Donaumonarchie Vorurteile und Stereotype schließlich eine gewichtige Rolle. Vor allem die Tatsache, dass die führenden Kräfte der Monarchie ihr Land als Staat ersten Ranges wahrnahmen und die Balkanbewohner als Halbbarbaren verhöhnten, zeigt deutlich die Unterschiede auf, die im Denken der Menschen vorherrschten.

In der Außenpolitik Österreich-Ungarns sind ebenfalls Stereotype und Vorurteile gegenüber dem Balkanraum wahrnehmbar. Einblicke in berufliche aber auch privat verfasste Dokumente, wie etwa Briefe oder Tagebücher, bestätigen diese These. Herabwürdigungen und Geringschätzungen gegenüber den Balkanstaaten gehörten im Umfeld des Außenministeriums zum guten Ton. In der Regel waren die zuständigen Minister ebenso von dieser Einstellung geprägt wie ihre Untergebenen.²⁹⁰ Einschränkend muss jedoch angemerkt werden, dass die Einstellung der führenden Politiker der Monarchie gegenüber dem Balkan keineswegs in Kontrast zur Haltung der Gesamtbevölkerung gesehen werden darf. Die Geringschätzung des Balkanraumes zog sich durch alle Schichten und Berufsgruppen der Donaumonarchie. Nicht nur die Diplomaten, auch die Medien und das einfache Volk trugen ihre Abneigung gegenüber den als Halbbarbaren verspotteten Balkanvölkern offen zur Schau. Zudem kam es auch außerhalb der Grenzen Österreich-Ungarns fortwährend zu Vorurteilen und Stereotypen gegenüber dem Balkan.

²⁸⁹ vgl. Steven W. Sowards, *Moderne Geschichte des Balkans* (Norderstedt 2004). S.220.

²⁹⁰ vgl. Rauscher, Berlin. S.30.

Welche negativen Zuschreibungen und Herabwürdigungen konnten jedoch konkret herausgefiltert werden? Bei intensiver Betrachtung der zahlreichen Dokumente und wissenschaftlichen Werke, welche die Zeit von 1885 bis 1918 widerspiegeln, fallen unzählige gegen den Balkanraum vorgebrachte Vorurteile ins Auge. Neben der den Bewohnern dieser Region zugeschriebenen Feigheit und Verschlagenheit ist es vor allem die Rückständigkeit welche angeprangert wird. Auch unhygienische Zustände, die Unkultiviertheit der Bevölkerung sowie der Vorwurf, dass der Balkanraum unterentwickelt wäre, wurden vielfach geäußert. Nicht selten wurden die Bewohner der Balkanstaaten auch mit Vorstellungen, wonach sie eine undemokratische und barbarische Lebensweise haben würden, assoziiert. Schlussendlich sahen zahlreiche Politiker Österreich-Ungarns den Balkan als Pulverfass, welches von Meuchelmördern wimmeln würde und in dem jederzeit ein schwerwiegender Konflikt auszubrechen drohe.

Andererseits kam es in Bezug auf den Balkan jedoch auch zu stereotypischen Zuschreibungen, welche mitunter sogar positiv konnotiert waren. So wurden die Balkanbewohner in Österreich-Ungarn teilweise als tapfere Krieger wahrgenommen, welchen eine unglaubliche Zähigkeit und Ausdauer zugeschrieben wurde. Daneben existierten auch Vorstellungen über die Landschaft, die vor allem von orientalischen Einflüssen geprägt waren. So sind es etwa Reiseberichte, welche ein romantisches Bild der Balkanregion vermittelten und von der Unberührtheit der Natur schwärmen. Besonders auffallend ist dabei die Tatsache, dass sich die positiven wie auch die negativen Zuschreibungen sogar überlappen können. So wurden die Balkanbewohner zwar einerseits als kriegerisch begabtes und tapferes Volk eingeschätzt, andererseits existierten jedoch auch Vorurteile, wonach die Balkanvölker militärisch völlig unfähig sein würden.

Zudem kam es bei der Bewertung der jeweiligen Staaten auf dem Balkan zu höchst unterschiedlichen Zuschreibungen, welche in erster Linie von der politischen Zusammenarbeit und der Bündnispolitik der jeweiligen Länder mit der Habsburgermonarchie geprägt wurden. So erfuhr etwa Bulgarien im Jahr 1885 weitaus negativere Zuschreibungen als im Jahr 1914, zumal das Land zu diesem späteren Zeitpunkt politisch bereits näher an das Habsburgerreich herangerückt war, während 1885 noch eine stärkere Rivalität bestanden

hatte.²⁹¹ In ähnlicher Weise gestalteten sich auch die Beziehungen zu Serbien. Ein mit der Monarchie verbündetes Serbien kam vereinzelt in den Genuss positiver Zuschreibungen, während das Serbien des Jahres 1914 von Österreich-Ungarn angefeindet und mit Herabwürdigungen bedacht wurde.

Augenfällig ist auch die Wandlungsfähigkeit der jeweiligen Bewertungen. Nach der Ablösung der Dynastie Obrenović und der Thronbesteigung Peters I. aus dem Haus Karadjordjević im Jahr 1903 versuchte Österreich-Ungarn dem neuen Herrscher, in der Hoffnung, dass er der Monarchie wohlwollend gegenüber stehen würde, mit positiven oder zumindest neutralen Zuschreibungen zu begegnen.²⁹² Als sich jedoch nach kurzer Zeit offenbarte, dass Peter I. eine Anlehnung an Russland und nicht an die Donaumonarchie anstrebte, änderte sich das Bild Serbiens und seines Herrschers in Österreich-Ungarn deutlich. Ausführlich ergingen sich die Zeitungen der Monarchie daraufhin über den Königsmord in Serbien, welcher zur Ablösung des Hauses Obrenović geführt hatte. Der neue Herrscher wiederum wurde als hinterlistiger und erbarmungsloser Meuchelmörder verunglimpft, der seinen Thron und seine Herrschaft mit Blut besudelt hätte.

In jedem Fall lässt sich nachweisen, dass die Außenpolitik Österreich-Ungarns stark von Vorurteilen und Stereotypen gegenüber den Balkanländern geprägt war. Inwiefern diese Zuschreibungen die tatsächlichen politischen Entscheidungen beeinflusst haben, ist hingegen schwer nachvollziehbar. Zwar gelang es der Monarchie stets ohne Probleme, bei politischen oder militärischen Konflikten die eigene Bevölkerung, nicht zuletzt mit Hilfe der Presse, gegen den jeweiligen Balkanstaat zu instrumentalisieren, dass Vorurteile gegenüber dieser Region jedoch zu einer dezidiert negativen politischen Haltung der Habsburgermonarchie gegenüber einem Land auf dem Balkan geführt hätten, konnte nicht in allen Fällen nachgewiesen werden. So trat die Monarchie beispielsweise zu Beginn des 20. Jahrhunderts stets als Protegé Albaniens auf, wenngleich einschränkend klar gestellt werden muss, dass eine Schwächung Albaniens mit einer Stärkung des mit Österreich-Ungarn verfeindeten Serbiens einher gegangen wäre.²⁹³ Deutlich zeigte sich jedenfalls, dass die Außenpolitik Österreich-Ungarns geschickt auf Vorurteile und Stereotype verwies, wenn sich Spannungen

²⁹¹ vgl. Härtel, Schönfeld, Bulgarien. S.134-136.

²⁹² vgl. Rathberger, Blick. S.40-41.

²⁹³ vgl. Faleschini, Beziehungen. S.36.

mit einem Balkanstaat abzeichneten. Die seit Generationen in den Köpfen der Bevölkerung verankerten Zuschreibungen über den Balkanraum wurden von den Diplomaten und Politikern der Habsburgermonarchie im Konfliktfall jedenfalls bereitwillig für das Erreichen politischer Ziele instrumentalisiert.

11. Literaturverzeichnis

Holger Afflerbach, Der Dreibund. Europäische Großmacht- und Allianzpolitik vor dem Ersten Weltkrieg (Wien / Köln / Weimar 2002).

Rudolf Agstner, (Hg.) 1914. Das andere Lesebuch zum 1. Weltkrieg. Unbekannte Dokumente der österreichisch-ungarischen Diplomatie (Wien 2013).

Jürgen Angelow, Kalkül und Prestige. Der Zweibund am Vorabend des Ersten Weltkrieges (Wien / Köln / Weimar 2000).

Stefan Appelius, Bulgarien. Europas ferner Osten (Bonn 2006).

Waltraud Bayer, Die russische Presse während der bosnischen Krise 1908/9. Außenpolitische Zielvorstellungen der führenden Presseorgane vor dem Hintergrund der europäischen Politik. Diss. (Wien 1990).

Helga Berdan, Die Machtpolitik Österreich-Ungarns und der Eisenbahnbau in Bosnien-Herzegowina 1872 – 1914. Dipl.-Arbeit (Wien 2008).

Günther Blaicher, (Hg.) Studien zu Klischee, Stereotyp und Vorurteil in englischsprachiger Literatur (Tübingen 1987).

Gerd Erwin Böhm, Neutrale Positionen der Donaumonarchie. Fallstudie zum neutralen Krisenverhalten Wiens vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Dipl.-Arbeit (Wien 1993).

Karl Erich Born, Von der Reichsgründung bis zum Ersten Weltkrieg (Stuttgart 1970).

Marie-Janine Calic, Sozialgeschichte Serbiens 1815 – 1914. Der aufhaltsame Fortschritt während der Industrialisierung (München 1994).

Christopher M. Clark, Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog (München 2013).

Jost Dülffer, Martin Kröger, Rolf-Harald Wippich, Vermiedene Kriege. Deeskalation von Konflikten der Großmächte zwischen Krimkrieg und Erstem Weltkrieg 1865 – 1914 (München 1997).

Jürgen Elvert, (Hg.) Der Balkan. Eine europäische Krisenregion in Geschichte und Gegenwart (Stuttgart 1997).

Moana Faleschini, Die diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Italien vor dem Ersten Weltkrieg, unter besonderer Berücksichtigung ihrer Balkanpolitik und der Gründung des Staates Albanien. Dipl.- Arbeit (Wien 1999).

Wolfgang Geier, Südosteuropa-Wahrnehmungen. Reiseberichte, Studien und biographische Skizzen vom 16. bis zum 20. Jahrhundert (Wiesbaden 2006).

Immanuel Geiss, Der Balkan als historische Konfliktregion. In: Jürgen Elvert, (Hg.) Der Balkan. Eine europäische Krisenregion in Geschichte und Gegenwart (Stuttgart 1997).

Immanuel Geiss, Der Berliner Kongreß – Eine historische Retrospektive. In: Ralph Melville, Hans-Jürgen Schröder, (Hg.) Der Berliner Kongress von 1878. Die Politik der Grossmächte und die Probleme der Modernisierung in Südosteuropa in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (Wiesbaden 1982).

Heinz Alfred Gemeinhardt, Deutsche und österreichische Pressepolitik während der Bosnischen Krise 1908/09 (Husum 1980).

Johann Wolfgang Goethe, Faust. Der Tragödie erster Teil (Wien 2003).

Gerhard Grimm, Das „Balkan-Bild“ des „Brockhaus“ im 19. Jahrhundert. In: Elvert, (Hg.) Balkan (Stuttgart 1997).

Mehmet Hacisalihoğlu, Die Jungtürken und die mazedonische Frage 1890 – 1918. Diss. (München 2003).

Dieter Hackl, Der Offensivgeist des Conrad von Hötzendorf. Dipl.-Arbeit (Wien 2009).

Hans-Joachim Härtel, Roland Schönfeld, Bulgarien. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart (Regensburg 1998).

Robert A. Kann, Die Prochaska-Affäre vom Herbst 1912. Zwischen kaltem und heißem Krieg (Wien 1977).

John Keegan, Der Erste Weltkrieg. Eine europäische Tragödie (Hamburg 2006).

George F. Kennan, Bismarcks europäisches System in der Auflösung. Die französisch-russische Annäherung 1875 bis 1890 (Frankfurt am Main / Berlin / Wien 1981).

John van der Kiste, Franz Joseph I. Kaiser von Österreich (Essen 2005).

Franz-Josef Kos, Die Politik Österreich-Ungarns während der Orientkrise 1874/1875 – 1879. Zum Verhältnis von politischer und militärischer Führung (Köln / Wien 1984).

Eric A. Leuer, Die Mission Hoyos. Zur Rolle österreichisch-ungarischer Diplomaten während der Juli-Krise 1914. Dipl.-Arbeit (Wien / Frankfurt am Main 2010).

Michael R. Lorenz, „Serbien muss sterben“. Tradierung publizistisch vermittelter Vorurteile. Vergleichende Analyse der Balkan-Berichterstattung österreichischer Tageszeitungen der Jahre 1914 und 1991. Dipl.-Arbeit (Wien 1992).

Ralph Melville, Hans-Jürgen Schröder, (Hg.) Der Berliner Kongress von 1878. Die Politik der Grossmächte und die Probleme der Modernisierung in Südosteuropa in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (Wiesbaden 1982).

Michael Müller, Das Verhalten der deutschen Führung in der Julikrise 1914. Risikostrategie oder gewollter Krieg in Europa. Dipl.-Arbeit (Wien 2008).

Jasmina Nuhanović, Annexion von Bosnien und Herzegowina zur Zeit der Österreich-Ungarischen Monarchie – eine kulturgeschichtliche Studie. Dipl.-Arbeit. (Wien 2009).

Alan Palmer, Franz Joseph I. Kaiser von Österreich und König von Ungarn (München 1994).

Emil Palotás, Machtpolitik und Wirtschaftsinteressen. Der Balkan und Rußland in der österreichisch-ungarischen Außenpolitik 1878 – 1895 (Budapest 1995).

Kurt Konrad Perlin, Der Zweibund im Spiegel der Annexionskrise. Dipl.-Arbeit (Wien 2008).

Andreas Rathberger, Der Blick auf den Balkan. Klischees, Ängste und Wunschvorstellungen über den Balkan in der Öffentlichkeit der Habsburgermonarchie 1848-1914. Dipl.-Arbeit (Wien 2007).

Manfried Rauchensteiner, Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie 1914 – 1918 (Wien 2013).

Manfried Rauchensteiner, Der Tod des Doppeladlers. Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg (Wien / Graz 1994).

Walter Rauscher, Zwischen Berlin und St. Petersburg. Die österreichisch-ungarische Außenpolitik unter Gustav Graf Kálnoky 1881 – 1895 (Wien / Köln / Weimar 1993).

Salomon Schweigger, Ein neue Reyssbeschreibung auss Teutschland nach Constantinopel und Jerusalem (Graz 1964).

Bernd Six, Stereotype und Vorurteile im Kontext sozialpsychologischer Forschung. In: Günther Blaicher, (Hg.) Studien zu Klischee, Stereotyp und Vorurteil in englischsprachiger Literatur (Tübingen 1987).

Aleš Skřivan, Schwierige Partner. Deutschland und Österreich-Ungarn in der europäischen Politik der Jahre 1906 – 1914 (Hamburg 1999).

Steven W. Sowards, Moderne Geschichte des Balkans (Norderstedt 2004).

David Stevenson, 1914 – 1918. Der Erste Weltkrieg (Düsseldorf 2006).

Manfred Tobisch, Das Deutschlandbild der Diplomatie Österreich-Ungarns von 1908 bis 1914 (Frankfurt am Main 1994).

Maria Todorova, Die Erfindung des Balkans. Europas bequemes Vorurteil (Darmstadt 1999).

Barbara Tuchmann, August 1914 (Frankfurt am Main 2013).

Volker Ullrich, Die nervöse Grossmacht. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs 1871 – 1918 (Frankfurt am Main 1997).

Michael W. Weithmann, Balkan-Chronik. 2000 Jahre zwischen Orient und Okzident (Graz / Wien / Köln 1995).

Clemens Zavarovsky, Politik und Militär im 1. Weltkrieg am Beispiel von Österreich-Ungarn. Vom Weg in den Krieg bis zum Kriegswinter 1914/15. Dipl.-Arbeit (Wien 2011).

www.anno.onb.ac.at

www.duden.de

www.ieg-ego.eu

www.uibk.ac.at

12. Abstract

Die vorliegende Diplomarbeit beschäftigt sich mit der Außenpolitik Österreich-Ungarns im 19. und 20. Jahrhundert. Nach der Niederlage der Donaumonarchie in der Schlacht von Königgrätz im Jahr 1866 war es vor allem der Balkan, auf dem Österreich-Ungarn seinen stetig schwindenden Einfluss geltend machen konnte. Der Umgang der Habsburgermonarchie mit den Balkanvölkern stellte sich gegen Ende des 19. sowie zu Beginn des 20. Jahrhunderts jedoch als wenig schmeichelhaft dar. Vorurteile und Stereotype gegenüber den Bewohnern der Region prägten das Bild. Neben vereinzelten positiven Ansichten waren es vor allem herabwürdigende Vorstellungen, die mit dem Balkan assoziiert wurden. Der Bevölkerung wurde neben vielem Anderen Rückständigkeit, Feigheit, Brutalität, Unkultiviertheit, Versclagenheit, sowie eine unhygienische, hinterlistige und barbarische Lebensweise vorgeworfen.

Neben der aus heutiger Sicht arroganten und herablassenden Art und Weise mit welcher die Diplomaten Österreich-Ungarns den Balkan betrachteten fällt vor allem die rasche Wandlungsfähigkeit der positiven wie auch der negativen Zuschreibungen ins Auge. Verhielt sich ein Balkanstaat gegenüber der Donaumonarchie unkooperativ oder widerstrebend, so wurde er in Österreich-Ungarn von der politischen Elite jedoch auch von den Medien mit einer Reihe von negativen Vorurteilen bedacht. Änderte der jeweilige Staat seine politische Ausrichtung und glich seine Positionen jener der Habsburgermonarchie an, so kam es unmittelbar zu neutralen und sogar positiven Zuschreibungen. Die Spitzendiplomaten der Monarchie versuchten auf diese Art und Weise nicht zuletzt die öffentliche Meinung der Habsburgermonarchie gemäß ihren Wünschen sowie gemäß den außenpolitischen Zielen Österreich-Ungarns zu beeinflussen. Die Verbreitung von Vorurteilen und Stereotypen über den Balkan wurde von der Habsburgermonarchie Jahrzehnte lang unbewusst aber auch bewusst betrieben. Nicht zuletzt gelang es dadurch, die eigene Bevölkerung zur Durchsetzung von außenpolitischen Zielen zu instrumentalisieren.

13. Lebenslauf

Mag. Lukas Grossberger

Geburtsdatum:

31.01.1986

Geburtsort:

Waidhofen/Ybbs

Staatsbürgerschaft:

Österreich

Religionsbekenntnis:

römisch-katholisch

Bildungsweg:

1992 – 1996 Volksschule Seitenstetten

1996 – 2000 Hauptschule Seitenstetten

2000 – 2006 HAK Waidhofen/Ybbs

Hochschulbildung:

2006 – 2011 Diplomstudium Geschichte